ARCHITEKTUR DER DDR

'87

BAUEN ZUM WOHLE DES VOLKES

750
JAHRE
BERLIN
1987

BAUAUSSTELLUNG DER DDR

vom 18.5.-31.8.1987 Dienstag-Sonntag von 10.00-18.00 Uhr in der Dynamo-Sporthalle

ARCHITEKTUR DER DDR

7'87

Inhalt

Die Zeitschrift „Architektur der DDR“ erscheint monatlich

Jahresbezugspreis
DDR: 06000, Ausland: 120,– DM

Einzelheftpreis
DDR: 00500, Ausland: 10,– DM

Die Bezugspreise für das Ausland gelten ausschließlich Mehrwertsteuer, Verpackung und Versand.

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der DDR:
Sämtliche Postämter und der VEB Verlag für Bauwesen Berlin

BRD und Berlin (West):
ESKABE Kommissions-Großbuchhandlung, Postfach 36, 8222 Ruhpolding/Obb.; Helios Literatur-Vertriebs-GmbH, Eichborndamm 141/167, Berlin (West) 52; Kunst und Wissen, Erich Bieber OHG, Postfach 46 7000 Stuttgart 1; Gebrüder Petermann, Buch + Zeitung INTERNATIONAL, Kurfürstendamm 111, Berlin (West) 30

Österreich
Helios Literatur-Vertriebs-GmbH & Co. KG, Industriestr. B 13, 2345 Brunn am Gebirge

Schweiz:
Verlagsauslieferung Wissenschaft der Freihofer AG, Weinbergstr. 109, 8033 Zürich

Im übrigen Ausland:
Der internationale Buch- und Zeitschriftenhandel, Auslandsbezug wird auch durch den AHB Buchexport der DDR, DDR – 7010 Leipzig, Leninstraße 16, und durch den Verlag vermittelt.

Gesamtherstellung
Druckerei Märkische Volksstimme, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01), Potsdam, 1561
Printed in GDR, P 15/A19/87 und P 15/A20/87

Anzeigen
Alleinige Anzeigenverwaltung: VEB Verlag Technik, Oranienburger Straße 13/14, Berlin, 1020, PSF 201, Fernruf 2 87 00, Gültiger Preiskatalog 286/1

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Verlagsdirektor: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10, Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin, Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR“
Träger des Ordens Banner der Arbeit
VEB Verlag für Bauwesen, Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Telefon 2 04 12 67 · 2 04 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR
Artikelnummer: 5236

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 6. Mai 1987
Illusteil: 12. Mai 1987

Titelbild:
FDGB-Erholungsheim „Hermann Matern“ in Wernigerode
Foto: Thomas Berger, Wolmirstedt

Fotonachweis:
Wolf-Dieter Volkmann, Gera (1); Daniel Kopeljanski, Moskau (2); Gerhard Hoffmann, Berlin (2); Thomas Berger, Wolmirstedt (17); Helmut Böhnert, Berlin (11); W. Töpfer, Frankfurt (Oder), (9); Jutta Döringshoff, Berlin (9); Friedhelm Fehr, Berlin (4); Hedwig Pahnke, Berlin (4); Peter Hajny, Schwerin (2)
ZLB/L 840029–14

ISSN 0323–03413
Archit. DDR Berlin **36** (1987), Juli, 7, S. 1–56

Herausgeber:
Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion:
Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Dipl.-Ing. Gabriele Knaetsch, Redakteurin
Christa Laasch, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung:
Joachim Hiebsch

Korrespondenten im Ausland:
Janos Böhönyey (Budapest), Daniel Kopeljanski (Moskau), Luis Lapidus (Havanna), Methodi Klassanow (Sofia)

Zeit- und Materialeinsparung mit Raumelementen

Auf Baustellen unserer Republik sind in den vergangenen Jahren verstärkt Bauwerke in der Montagebauweise aus raumgroßen Zellen des Typs RE 80 errichtet worden. Ein unterkellertes dreigeschossiges Gebäude mit einer Geschoßfläche von 1550 Quadratmetern kann auf diese Weise nach 5 bis 6 Monaten schlüsselfertig übergeben werden. Zur Anwendung kommt diese Technologie besonders beim Bau von Wohnheimen und Versorgungseinrichtungen der Industrie sowie Gebäuden der Volksbildung, des Gesundheitswesens und des Dienstleistungsbereiches.

Die kurzen Bauzeiten werden vor allem durch einen hohen Vorfertigungsgrad erreicht. Wesentliche Arbeiten der Ausbauprozesse finden nicht mehr auf der Baustelle, sondern in stationären Produktionsanlagen des Vorfertigungsbetriebes statt, sind also weitgehend industrialisiert. Das betrifft beispielsweise die elektro-, sanitär- und heizungstechnische Ausstattung der Raumzellen. Damit verbesserten sich zugleich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

Bei der Errichtung der ersten Gebäude nach dieser Technologie gewannen unsere Kollektive viele neue Erkenntnisse, sammelten Erfahrungen für eine noch rationellere Arbeitsweise. Sie erkannten, daß bei weitem nicht alle Möglichkeiten dieser effektiven Bauweise ausgeschöpft waren. Wir stellten uns deshalb die Aufgabe, die Raumelementebauweise weiterzuentwickeln und zu komplettieren. Insbesondere ging es darum, den Arbeitszeitaufwand, den Materialverbrauch – vorrangig bei Stahl – und den Transportaufwand zu senken sowie die Arbeitsqualität zu erhöhen. Im Zusammenwirken von Entwicklungsabteilungen und Produktionskollektiven unseres Bau- und Montagekombinates mit der Ingenieurhochschule Cottbus, der Bauakademie der DDR, dem VEB Betonleichtbaukombinat und anderen Einrichtungen haben wir das geschafft. Gemeinsam wurde zum Beispiel eine neue Stabilisierungslösung für Raumelementegebäude entwickelt, die eine gewichtige Senkung des Materialverbrauchs zuläßt. Sie gründet sich auf eine Neuberechnung des Stabilisierungssystems der Gebäude. Weiterhin gelang es, das Kellerbausystem zu rationalisieren. Der Einsatz von wandgroßen Stahlbetonfertigteilen brachte sehr gute Ergebnisse in der Materialeinsparung für die Keller. Bei 20 Objekten werden auf diese Weise insgesamt 2600 Tonnen Beton und 110 Tonnen Stahl eingespart. Dieses Material würde für den Bau des Kellersystems von 4 Raumelementegebäuden reichen.

Das enge Zusammenwirken der Forscher, Techniker und Produktionskollektive brachte noch eine Reihe weiterer Effekte. So ermöglicht eine neuentwickelte mehrschichtige Außenwand nicht nur eine rationellere Arbeit in der Vorfertigung, sondern auch eine bessere Wärmedämmung der Gebäude und eine ansprechendere architektonische Gestaltung der Fassaden. Für die Dachkonstruktionen werden jetzt bereits im Betonwerk vorgefertigte Dachelemente mit Wärmedämmung eingesetzt – eine Einsparung von jährlich 9500 Stunden Arbeitszeit auf den Baustellen ist die Folge. Sie verbesserten durch eine Reihe von Neuerungen die Fertigungsanlagen für die jeweiligen Bauelemente und tragen so dazu bei, den Montagekollektiven paßgerechte Teile zur Verfügung zu stellen.

Im Zusammenwirken mit all unseren Partnern gelang es, beim Erzeugnis Raumelemente einen Erneuerungsgrad von 85 Prozent zu erreichen. Grundlage dafür bildete, daß bereits bei der Ideenfindung sowie der Erarbeitung des Pflichtenheftes eine enge Verbindung zwischen Forschung, Entwicklung und Produktion hergestellt wurde. Viele Neuerervorschläge sind in die Weiterentwicklungen eingeflossen. Bereits mit dem Pflichtenheft haben wir auch festgelegt, welche Teilergebnisse schon vor Abschluß des Forschungsthemas schrittweise in die Produktion überzuleiten sind, um Zeitgewinn zu erzielen. Insgesamt konnten wir durch ein solches Herangehen Einsparungen von 300 Tonnen Profil- und Bewehrungsstahl sowie 800 Tonnen Zement pro Jahr erreichen. Außerdem werden jährlich Transporte im Umfang von 5000 Tonnen nicht mehr benötigt. Der Einsatz der neuen Raumelemente eröffnet die Möglichkeit, die Bauzeit um zirka 50 Prozent zu senken. Zugleich ist es unser Ziel, auch in der Projektierung neue standardisierte Projekte zu erarbeiten, CAD-Technik verstärkt zu nutzen, um die Projektierungszeit je Objekt auf durchschnittlich 14 Tage zu senken.

Obering. Peter Freyer
Generaldirektor des
VEB Bau- und Montagekombinat Ost

Oben: Im Ephraims-Palais (Entwurfskollektiv Dr. G. Stahn), das in seiner ursprünglichen Gestalt neu entstand, wurde eine prachtvolle barocke Stuckdecke eingebaut, die Andreas Schlüter um 1700 entwarf.

Unten: Hauptpostamt in Berlin-Marzahn (Architektenkollektiv Prof. Eisentraut, Kny, Weber)

Links: Rekonstruierte Wohnhäuser in der Stralauer Allee in Berlin

Oben: Fernwärmewerk bei Stockholm (Architektenkontor Berg)

Oben: Wohngebäude in Sestrorezk bei Leningrad (Architekt: G. Dawidow; s. a. unseren Beitrag auf S. 34)

Links: Kimmweg in Wohngebiet Erfurt-Herrenberg (Städtebaul. Planung: Nitsch, Thomann u. a.; Projektierung: Scheider, Hasselmann, Weingart u. a.)

Unten: Ein 1. Preis im städtebaulichen Wettbewerb für das Zentrum von Helsinki (Architekt: A. Sipinen)

Hohe Auszeichnungen

Anläßlich des 1. Mai 1987 wurden auch verdienstvolle Architekten mit hohen staatlichen Auszeichnungen geehrt.
Mit dem Orden „Banner der Arbeit" Stufe I wurde Kollege Werner Wachtel, Stellvertreter des 1. Sekretärs des BdA/DDR geehrt. Mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze wurde Kollege Ekkard Böttcher, langjähriger Vorsitzender der Zentralen Fachgruppe „Industriebau" des BdA/DDR ausgezeichnet.
Ebenso erhielten Wissenschaftler der Bauakademie der DDR hohe Auszeichnungen.
Das Entwicklungskollektiv „Technologenarbeitsplätze als CAD/CAM-Lösung für den Wohnungsbau" mit den Mitgliedern Wolfgang Dahlenburg, Klaus Jacobitz, Siegfried Kiepke, Walter Klemt, Erwin Ost, Günter Scharping, Brigitta Schimpf, Dr. Klaus Sommermeier, Dr. Udo Springer, Horst Stade, Dr. Heinrich Weidenmüller und Elke Zeugner wurde mit dem Orden „Banner der Arbeit" Stufe I ausgezeichnet.
Das Entwicklungskollektiv „CAD-Lösung Industriebauplanung" mit den Mitgliedern Dr. Almer Almers, Dr. Peter Backasch, Dr. Joachim Fischer, Dieter Frießleben, Edith Guhs, Oberingenieur Alfred Hartmann, Jochen Heller, Detlef Hollmann, Joachim Kaiser, Winfried Kung, Peter Litzkow, Katrin Pfalzgraf, Joachim Plötze, Christian Ullerich, Dr. Manfred Weiß und Jörg Wenske wurde mit dem Orden „Banner der Arbeit" Stufe III geehrt.

UIA-Regionalkongreß in Ungarn – Vorbereitung auf den XVI. UIA-Weltkongreß

In Vorbereitung auf den XVI. Weltkongreß der UIA, der vom 12.–18. Juli 1987 in Brighton/Großbritannien stattfindet, wurde in dem historischen Schloß Rackeve/Ungarische Volksrepublik ein Vorkongreß der Region 2 durchgeführt. Daran nahmen Vertreter der nationalen Sektionen der UIA aus 12 Ländern teil. Der BdA/DDR wurde auf dieser Arbeitsberatung durch seinen 1. Sekretär, H. Scholz, vertreten.
Schwerpunkte der Aussprache waren die Vorbereitung des Berichtes des Vizepräsidenten der UIA für die Region 2, J. Böhönyey, die Berichte der nationalen Sektionen zum Kongreßthema (Siedlungen und Städte – Bauen für die Welt von morgen), ein Bericht zum UIA-Programm 4 (Die Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft), für das A. Kudrjawzew aus der UdSSR verantwortlich ist, sowie Fragen in Vorbereitung der Wahl der leitenden UIA-Gremien. Die Vertreter der nationalen Verbände informierten über ihre Aktivitäten zum Weltkongreß.
Der Bund der Architekten der DDR wird mit einer Delegation sowohl am Kongreß als auch an der anschließenden Generalversammlung in Dublin teilnehmen. Es werden 2 Berichte gegeben zu den Zielen und Ergebnissen des Wohnungsbauprogrammes der DDR sowie zur städtebaulich-architektonischen Gestaltung der Hauptstadt Berlin, und auf einem Friedensforum wird dieses grundsätzliche Anliegen der Menschheit nach Erhaltung des Friedens und für eine nukleare und konventionelle Abrüstung im Sinne der Friedenspolitik des sozialistischen Staates der DDR unterstützt. Darüber hinaus beteiligt sich der BdA der DDR mit einem eigenen Stand an der Kongreßausstellung sowie mit 8 Arbeiten der Hochschulen am Studentenwettbewerb.
Der BdA/DDR leistet mit der Teilnahme am XVI. Weltkongreß der UIA einen wichtigen Beitrag im Rahmen seiner internationalen Arbeit.

Hubert Scholz

Rostocker Interessengemeinschaft für territoriale Rationalisierung und Stadtentwicklung

Der Oberbürgermeister und Vertreter von mehr als 50 Betrieben und Einrichtungen unterzeichneten in Rostock eine Vereinbarung zur Bildung der Interessengemeinschaft „Territoriale Rationalisierung und Stadtentwicklung". Schlüsseltechnologien, Kommunalwirtschaft und Wohlbefinden der Bürger sind die Hauptrichtungen der gemeinsamen Ziele. Rund zwanzig Vorhaben wurden bereits im Gründungsdokument festgehalten. Dazu zählen ein Fertigungszentrum für Leiterplatten, ein Technologiezentrum der Mikroelektronik, die Qualifizierung von zweitausend Kadern für die moderne Rechentechnik, aber auch die Instandsetzung und Modernisierung von mindestens 300 Wohnungen, der Umbau des ehemaligen Frachtschiffes „Condor" zum Pionierschiff, die Gewährleistung eines guten Zustandes aller Kinderspielplätze, die Umgestaltung des Verkehrsschwerpunktes „Schutower Ring" sowie die schrittweise Errichtung eines Handwerkerhofes in Rostock Ost. Geleitet wird die Interessengemeinschaft durch den Rat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters, ihm gehören Generaldirektoren und Direktoren der Kombinate, die Rektoren der Universität und der IHS sowie der Chefarchitekt der Stadt Rostock an. Als Arbeitsorgan soll ein gemeinsames Büro gebildet werden.

Wohnungsbau in Ungarn

In der Ungarischen VR sind im vergangenen Jahr 69350 Wohnungen neu gebaut worden. 1986 ist der Plan im Wohnungsbau mit 4000 Wohnungseinheiten übererfüllt worden. In diesem Jahr entstehen etwa 60000 bis 61000 Neubauwohnungen.

Lärmschutzkonferenz

Am 1. und 2. Dezember 1987 führt die AG (Z) Lärmschutz beim Präsidium der Kammer der Technik gemeinsam mit dem Bezirksverband Gera der KDT in Gera die 7. Konferenz Lärmschutz unter dem Thema „Fortschritte der Lärmbekämpfung" durch. Inhaltliche Schwerpunkte in vier Sektionen werden sein: Probleme der Bauakustik – Lärmschutz im Städtebau – Meßtechnik und rechnergestützte Meßwertverarbeitung – Fortschritte der Maschinenakustik. Anfragen sind zu richten an den Bezirksverband Gera der KDT, Humboldtstr. 13, Gera, 6500.

Neues Krankenhaus für Marzahn

Der Bau des neuen Krankenhauses Marzahn wird Ende dieses Jahres im Wuhletal begonnen. Es soll Ende 1990 fertiggestellt sein. Mit dem größten Investitionsobjekt des Berliner Gesundheitswesens der nächsten Jahre wird sich die medizinische Betreuung für die dann 350000 Einwohner der Stadtbezirke Marzahn und Hellersdorf spürbar verbessern. Die Konzeption für das künftige Krankenhaus sieht ein zehngeschossiges Hochhaus vor, das in drei Etagen die poliklinischen Abteilungen aufnehmen wird. Von einem Schwesternzimmer aus sollen je zwei ärztliche Arbeitsplätze zugänglich sein. Dabei wird das Erdgeschoß die stark frequentierten Abteilungen wie Pädiatrie, Chirurgie und Allgemeinmedizin aufnehmen. Die sieben oberen Etagen dienen als Bettenhaus. Von einem Versorgungskern erstreckt sich nach beiden Seiten je eine Station mit 36 Betten. Jedes der Ein-, Zwei- und Vierbettzimmer erhält eine oder zwei Sanitärzellen. Mit dem Hochhaus durch Tunnel verbunden sind ein diagnostisch-therapeutisches und ein technisches Zentrum.

Oben: Ideenreiches Projekt für eine Kindergartenfreianlage bei Prag (Architekt: J. Sedlicky)

Unten: Hotel, Standesamt, Theater, Standesamt, Gaststätten: Kaikan-Zentrum in Toyoama, Japan (Architekt: K. Kurokawa)

Darunter: Wohnhaus in Wien (Architekt: G. Oberhofer)

*Oben: Vom 5. Juni bis 30. August 1987 wird am Bauhaus Dessau eine Ausstellung **„Moderne Architektur in der ČSSR"** am Beispiel Stavoprojekt Liberec gezeigt. Ausgeführte Bauten, Ideen und Projekte werden anhand von Skizzen, Zeichnungen, Modellen und Fotos vorgestellt. Sie geben Einblick in die Arbeit eines bedeutenden Projektierungsbetriebes mit international beachteten Leistungen aus den letzten zehn Jahren. Der Fernsehturm Ještěd, das Kaufhauu Maj in Prag, das Skisprungareal in Harrachov, Kulturhaus und Schwimmhalle in Liberec sowie der Umbau des Messepalastes für die Moderne Galerie Prag unterstreichen die Vielseitigkeit des architektonischen Schaffens ebenso wie Erfolge bei großen internationalen Architekturwettbewerben. S.*

Internationale Architekturpreise

UIA-Goldmedaille

Diese höchste Ehrung des Internationalen Architektenverbandes wurde 1987 an den finnischen Architekten Reima Pietila verliehen. Damit wurde seine Schaffensperiode von 30 Jahren auf praktischem und theoretischem Gebiet gewürdigt. Seit 1973 wirkt er als Hochschullehrer an der Universität in Oulu. Pietila ist Verfasser von Wohngebieten (in Tapiola, Tampere und Malmiwkartano in Helsinki), er projektierte bedeutende Einrichtungen in Tampere wie das Kulturzentrum Hervanta, die Hauptbibliothek und die Kaleva-Kirche sowie das internationale Kongreß- und Studentenzentrum bei Helsinki. Bereits 1958 war er der Autor des finnischen Pavillons auf der Weltausstellung in Brüssel und 1986 der finnischen Botschaft in New Delhi. Er ist Gewinner zahlreicher internationaler Architekturwettbewerbe.

Pritzker Architekturpreis

Dieser seit 1969 jährlich vergebene Preis der US-amerikanischen Hyatt-Gründung wurde 1987 an den 73jährigen japanischen Architekten Kenzo Tange vergeben. Tange wurde u. a. durch seinen Plan für Tokio (1960), das Hiroshima-Friedenszentrum (1955) und seine Olympiabauten (1964, Abb.) bekannt. Er baute darüber hinaus auch in China, Australien, Italien, Jugoslawien und in den USA. Er ist Ehrendoktor der Universitäten in Buffalo, Stuttgart, Mailand, Hong-Kong, Sheffield, Cambridge und Buenos Aires.

Sir-Patrick-Abercrombie-Preis

Im Rahmen des von der UIA vergebenen Preises für Stadtplanung und territoriale Entwicklung wurde mit Jury-Entscheid vom 5./6. Februar 1987 eine ehrende Erwähnung (Anerkennung) an ein Kollektiv für die Umgestaltung der Innenstadt von Gera mit den Kollegen Lothar Bortenreuter, Kurt Griebel und Hans-Georg Tiedt vergeben. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß die Umgestaltung der Innenstadt in einen lebendigen städtischen Organismus unter Wahrung des historischen Aspektes der Stadt erfolgte. Dafür gilt den Geraer Kollegen der Glückwunsch. Es ist die erste internationale Anerkennung für ein in der DDR realisiertes städtebaulich-architektonisches Vorhaben.

Kulturschaffende für den Frieden

Unter dieser Devise fand im Zentralen Ausstellungssaal Moskaus (historische Manege) eine Ausstellung statt, die ein sowohl der Form als auch dem Inhalt nach denkwürdiges Ereignis des vergangenen Jahres bleibt. Sie wurde von allen Schaffensverbänden sowie vom Ministerium für Kultur und von der Akademie der Künste der UdSSR organisiert.
Die Ausstellung und die zahlreichen, sie begleitenden Massenveranstaltungen waren eine Antwort der sowjetischen Meister der darstellenden Künste, der Musik, des Theaters, des Films und der Architektur auf die Erklärung des Jahres 1986 zum Jahr des Friedens durch die Vereinten Nationen. Eine Besonderheit dieser ungewöhnlichen Ausstellung war der thematische und künstlerisch-räumliche Aufbau des großen Saales, der darauf gerichtet war, daß die Meister der Kultur untereinander, mit den Moskauern und den Gästen der Hauptstadt lebhaft und wirksam Umgang hatten und die aktuellen Probleme der multinationalen sozialistischen Kunst im Kampf für die Festigung des Friedens und die Erhaltung von Kulturschätzen erörtert werden konnten. Es gab viele Besucher aus anderen Ländern, und natürlich haben die hervorragenden Kulturschaffenden aller Kontinente, die auf Initiative des Schriftstellers Tschingis Aitmatow auf das „Issyk-Kul-Forum" nach Moskau gekommen waren, ihr großes Interesse nicht zufällig zum Ausdruck gebracht.
Fünf Tage waren den Problemen des architektonischen Schaffens gewidmet. Die Architekten – berühmte Meister und talentierte Nachwuchsarchitekten – haben ihre Arbeiten vorgestellt und über die beruflichen Aufgaben in engem, gleichberechtigtem Kontakt mit den Besuchern diskutiert. Und es waren in fünf Tagen 180 000!
Ehrengäste des „Tages der Architektur" waren der Präsident des Internationalen Architektenverbandes (UIA), Georgij Stoilow, der Vizepräsident des UIA, Janos Böhönyey, und Architekten aus 14 Ländern, die die UIA-Arbeitsgruppe „Wohnen" vertreten.
Diskussionen fanden zu solchen aktuellen Themen statt wie „Der Mensch in der modernen Stadt", „Fortschrittliche Traditionen und Traditionen des Fortschritts", „Die besten Werke der sowjetischen Architektur", „Junge Architekturpreisträger internationaler Wettbewerbe" u. a. Zu den Erklärungen wurden Dias und Filme über die Architekturthematik gezeigt, darunter solche, die mit Preisen des Verbandes der Filmschaffenden und des Bundes der Architekten ausgezeichnet worden sind.
Die Begegnungen der Architekten mit Gästen der Ausstellung zeichneten sich durch völlige Offenheit und einen breiten Themenkreis aus: das Schicksal der Baudenkmäler des Nordens, die Vor- und Nachteile der Fußgängerzone Arbat in Moskau, die Aufgaben der Rekonstruktion von veralteten vorgefertigten Wohnhäusern, die Probleme der Entwicklung des Dienstleistungsnetzes und solche konkreten Fragen für den Besucher, wann schließlich die Instandsetzung der Häuser in ihrer alten Moskauer Gasse dem Ende entgegengeht... Im wesentlichen haben sich hier im Saal für alle sichtbar Elemente der öffentlichen Meinung zu einer Reihe wichtiger Aspekte des Städtebaus und der Architektur geprägt. Das ist zweifellos ein inhaltlich schöpferisches Ereignis und ein Ergebnis von gegenseitigem Nutzen! Bemerkenswert ist, daß, als die Ausstellung bereits zu Ende war, im Pressezentrum immer noch zahlreiche telefonische Anfragen zu hören waren: „Wann ist der nächste Tag des Architekten?"

Daniel Kopeljanski, Moskau

ARCHITEKTUR aktuell

Links oben: Blick in die Ausstellungshalle

Links unten: Kinderzeichnungen und -modelle zum Thema „Phantasiestädte", die großen Erfolg bei den Besuchern hatten

Links: Planung für Fußgängerbereiche um den Universitätsplatz in Salzburg

Links unten: Alters- und Pflegeheim in der Nähe von Bern (Architekten: Helfer Architekten)

Unten: „Quartier im Kanal" in Evry II, Frankreich (Architekt: H. Ciriani)

Darunter: Projekt für ein Solarenergiehaus an der Schwarzmeerküste in der SR Rumänien

Leningrad im Jahr 2005

Ein Modell für die städtebauliche Entwicklung Leningrads bis zum Jahr 2005 ist von Architekten, Ökonomen und Soziologen geschaffen worden. Dieser Generalplan zielt in erster Linie darauf ab, die Newa-Metropole für ihre 4,4 Millionen Einwohner noch wohnlicher zu gestalten und zugleich alle historischen Werte ihrer 280jährigen Geschichte zu erhalten. So sollen in den gegenwärtigen Grenzen der Stadt fast 40 Millionen Quadratmeter Wohnfläche neugeschaffen werden.

Brücke über den Großen Belt

Die Idee ist über 100 Jahre alt: Eine Brücke über den Großen Belt soll Dänemarks Landesteile enger miteinander verbinden. Die Kosten hatten aber bisher jede Planung bleiben lassen. Nun ist es soweit: 1988 soll Baubeginn sein. 80 m muß die Brücke hoch sein, damit Frachtschiffe darunter passen. Die Kosten für einen Eisenbahntunnel und die Brücke für Bahn und Pkw werden auf 13 Mrd. Kronen geschätzt. Aber bereits jetzt warnen Ökonomen und Naturschützer vor den Baumaßnahmen.

Turm von Pisa wieder schiefer

Zwei Millimeter hat er sich im vergangenen Jahr geneigt. In den letzten 68 Jahren hat sich der 813 Jahre alte Turm nur jeweils rund einen Millimeter von der Senkrechten entfernt. Wissenschaftler hatten damit gerechnet, daß sich die Neigung des 5,10 m aus dem Lot geratenen Turmes weiter verlangsamen würde. Eine Regierungskommission soll nun untersuchen, wie eine weitere Neigung der Touristenattraktion verhindert werden kann.

Wohnungsbau in Westberlin

Im vergangenen Jahr sind 19,7 Prozent weniger Wohnungen fertiggestellt worden als 1985. Diese verhängnisvolle Entwicklung kann auch durch Erklärungen des statistischen Amtes, daß sich die aus der Zahl der im Jahre 1986 erteilten Baugenehmigungen herzuleitende Baunachfrage für 1987 „kaum" rückläufig entwickeln werde, wenig ändern.

Funktionelle und gestalterische Qualität mit hohem Nutzeffekt im Industriebau

Bericht über das Seminar der Zentralen Fachgruppe „Industriebau" des BdA/DDR
Architekt Ekkehard Böttcher
Vorsitzender der ZFG „Industriebau" des BdA/DDR

Aufgabe und Zielstellung

In den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" heißt es einleitend zum Abschnitt über die Gestaltung der Arbeitsstätten:
„Städtebau und Architektur haben entsprechend der grundlegenden Bedeutung der Arbeit für die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten und der gesellschaftlichen Beziehungen wesentlich zur Schaffung einer Arbeitsumwelt beizutragen, die Arbeitsfreude und Leistungsbereitschaft fördert.
Die ökonomische Strategie... setzt für alle Investitionsvorhaben der Volkswirtschaft und damit für die Rationalisierung und Gestaltung von Arbeitsstätten neue Maßstäbe.
Hohe Effektivität der Investitionen und gediegene Qualität der Industriearchitektur sollten dabei stets eine Einheit bilden." Bei der Entwicklung effektiver Gebäudelösungen und Konstruktionen ist „variablen Projektlösungen, die auf der Basis eines einheitlichen Grundsortiments und von Ergänzungselementen bei Anwendung der Segmentprojektierung vielfältigen Anforderungen an die Funktion, Zweckmäßigkeit und Gestalt der Gebäude Rechnung tragen," besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
Ausgehend von diesen Grundsätzen und den richtungweisenden Beschlüssen des XI. Parteitages der SED, war es Ziel dieses Seminars, Aufgaben und Perspektiven der Entwicklung sowie beispielhafte Lösungen aus der Sicht der staatlichen Organe, der erzeugnisverantwortlichen Kombinate, der Forschung und Entwicklung, sowie der Planungs-, Vorbereitungs- und Durchführungspraxis darzulegen. Dabei sollten auch die Arbeitsstandpunkte des Vorstandes der Zentralen Fachgruppe „Industriebau" diskutiert und Wege aufgezeigt werden, die zur Erhöhung der Effektivität, zur Verbesserung der funktionellen und gestalterischen Qualität sowie zu einer größeren Variabilität in der architektonischen Gestaltung und bei den Ausbaulösungen führen. Schließlich sollten damit auch Anforderungen an künftige Industriebauwerke aus dem Entwicklungstrend moderner Fertigungsverfahren mit mikroelektronisch gesteuerten Robotertechnologien eingeschätzt und Aufgaben für die weitere Entwicklung offener Bausysteme für das Bauen nach 1990 abgeleitet werden.
Bereits mit der Neukonstituierung der Zentralen Fachgruppe „Industriebau" nach dem VIII. Bundeskongreß hatten wir einen langfristigen Arbeitsplan aufgestellt, der schon als ein Leitthema die Verbesserung der funktionellen und gestalterischen Qualität des Erzeugnisangebotes für Industriebauten vorsah. So konnten wir uns gründlich auf dieses Seminar vorbereiten.
1985 hatte sich in einer erweiterten Vorstandssitzung unserer Zentralen Fachgruppe eine Vorbereitungsgruppe konstituiert, in die auch Vertreter des Institutes für Industriebau der Bauakademie, des Betonleichtbaukombinates und des Metalleichtbaukombinates berufen waren. Sie bereitete dieses wichtige Seminar fachlich und organisatorisch vor. Dazu gehörte auch die Erarbeitung und Formulierung von Arbeitsstandpunkten, die in mehreren Phasen entworfen, im Vorstand diskutiert und abgestimmt wurden. Diese Ausarbeitung diente der inhaltlichen Orientierung und wurde als Diskussionsgrundlage mit den Einladungen den Tagungsteilnehmern und Referenten zugestellt, um sie mit der Zielsetzung des Seminars bekanntzumachen.
Besondere Bedeutung maßen wir auch der Gewinnung aussagekräftiger Experten und leitender Mitarbeiter aus dem Ministerium für Bauwesen, den erzeugnisverantwortlichen Kombinaten, der Forschung, Entwicklung und der Praxis bei. Den Bemühungen unserer Kollegen aus Karl-Marx-Stadt war es schließlich zu verdanken, daß das Seminar mit einer sehr instruktiven Baustellenbesichtigung verbunden werden konnte.
Das Seminar wurde in Karl-Marx-Stadt mit rund 120 Teilnehmern durchgeführt. Am Vormittag des ersten Beratungstages wurde der Themenkomplex „Gesellschaftliche und fachliche Grundsätze zur Erhöhung der Gebrauchswerte von Produktions- und Arbeitsstätten" in Referaten von Vertretern des Ministeriums für Bauwesen und der Bauakademie der DDR behandelt. Der Nachmittag stand unter der Thematik „Aufgaben und Beispiele der Forschung und Entwicklung für das Angebot an Mehrzweckbauwerken" mit Vorträgen von Kollegen der erzeugnisverantwortlichen Kombinate und Betriebe.

Am zweiten Tag wurde vorrangig über „Zukunftsorientierte technologische Anforderungen an Industriegebäude und die generative Entwicklung offener Bausysteme" mit Beiträgen von Vertretern der TU Dresden und der HAB Weimar referiert. Der Nachmittag wurde für einen Baustellenbesuch des VEB Barkas-Werke Karl-Marx-Stadt genutzt, um an einem konkreten Vorhaben die praktische Umsetzung der Beschlüsse und Grundsätze studieren und einschätzen zu können.

Eröffnung und Begrüßung

In meiner Eröffnung habe ich auf die Aktualität der zu behandelnden Probleme zur Qualitätsverbesserung der Produktions- und Arbeitsstätten hingewiesen und die Arbeitsstandpunkte als Orientierung unseres Anliegens zur Diskussion gestellt.
Zur Begrüßung im Namen des Präsidiums des BdA/DDR wertete der **1. Vizepräsident, Prof. Dr. Krenz**, das Seminar als „eine Art Spitzentreffen der Fachleute auf diesem Gebiet". Sich zusammen mit den neuen Anforderungen an Wirtschaftlichkeit und Qualität grundlegende Fragen der Perspektive, wie sie sich aus der ökonomischen Strategie mit dem Blick auf das Jahr 2000 ergeben, vor Augen zu führen, entspräche dem hohen gesellschaftlichen Rang, den der Industriebau in den Beschlüssen des XI. Parteitages der SED einnimmt.
Die Schritte zur stärkeren Intensivierung und Integration aller Bauprozesse schließt die komplexe Gestaltung der Arbeitsumwelt ein, die kein kosmetisches Anhängsel sein darf. Prof. Krenz schloß seine Begrüßung mit dem Hinweis, daß der Industriebau in diesem Jahrhundert schon einmal ein Wegbereiter der modernen Architektur war und daß es heute unser Anliegen sein sollte, neue Fortschritte für die neunziger Jahre anzubahnen.

Der **Vorsitzende der Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt des BdA/DDR, Dipl.-Ing. Arnold**, begrüßte die Teilnehmer mit dem Hinweis auf den gastgebenden Bezirk, der einer der stärksten Industriebezirke der Republik mit ausgezeichneten Beispielen gut gestalteter Industriearchitektur ist.

Referate zu gesellschaftlichen und fachlichen Grundsätzen

In seinem Grundsatzreferat über die Aufgaben des Industriebaues nach dem XI. Parteitag der SED und die gesellschaftliche Bedeutung der architektonischen Gestaltung von Produktions- und Arbeitsstätten, stellte **Dr. Schlesier, Leiter der Abteilung Städtebau im Ministerium für Bauwesen,** die Feststellung an den Anfang, daß der Schritt in die Zukunft des Jahres 2000 heute beginnt. Die architektonische Gestaltung der Arbeitsumwelt erlange wachsende Bedeutung.
Zu den Aufgaben des Bauwesens nach dem XI. Parteitag der SED erläuterte er, daß die zuverlässige Sicherung der Bauaufgaben zur Stärkung der materiell-technischen Basis unserer Volkswirtschaft an erster Stelle steht und besonders der Anteil der Baumaßnahmen zur Modernisierung und Rekonstruktion von Arbeitsstätten im Zuge der Intensivierung wachse. Mehr denn je stehen die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen, die Senkung des Bauaufwandes, eine hohe Material- und Energieökonomie, die Verkürzung der Bauzeiten und ein schnelles Reagieren des Industriebaus auf neue Aufgaben im Vordergrund.
Dementsprechend gelte es, das Produktionsprofil der Industriebaukombinate auf die veränderte Struktur der Bauaufgaben und eine qualitativ neue Etappe der Industrialisierung des Bauens auszurichten.
„Wohnmilieu und Arbeitsumwelt sind zwei Seiten einer Medaille", führte Dr. Schlesier weiter aus, „sie bilden das wesentliche bauliche Umfeld, innerhalb dessen sich die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise vollzieht". In diesem Zusammenhang würdigte er am Beispiel ausgezeichneter Industriebauten die auf diesem Gebiet erreichten Fortschritte. Er hob die besondere Verantwortung der Architekten in der Industriebauplanung, der Komplexarchitekten und aller Beteiligten bei der Erzeugnisentwicklung hervor, die durch das Ministerium für Bauwesen noch entschiedener im Interesse hoher Wirtschaftlichkeit und Qualität gefördert werde.
Über die Aufgaben der Bauforschung für die Gestaltung von Produktions- und Arbeitsstätten referierte **Prof. Dr.-Ing. Dr. sc. Grönwald, Vizepräsident der Bauakademie der DDR und Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur.** An den Anfang seiner Ausführungen stellte er grundlegende Gedanken zur Entwicklung der Industriearchitektur. Es lohne sich, die Geschichte der Industriearchitektur sorgfältig zu analysieren und an bedeutende Traditionen anzuknüpfen.
In Verantwortung der Bauakademie sei in verschiedenen Ebenen für einen effektiven Industriebau und die Entwicklung der Industriearchitektur zu forschen:
Dazu gehören die Forschungsschwerpunkte der Bauakademie, die auf der 51. Plenartagung eingehend behandelt wurden, wie die Entwicklung der Schlüsseltechnologien und ihre rasche Umsetzung auf die Leistungsentwicklung des Bauwesens, der sparsame Umgang mit den Ressourcen, insbesondere die Erhöhung der Energie- und Materialökonomie sowie eine höhere städtebaulich-architektonische Qualität bei deutlich verringerten Aufwendungen.
Weiter auszuarbeiten sind die Grundlagen für städtebauliche Planung von Arbeitsstätten. Dabei werde sich die Bauforschung stärker auf die objektiven Wirkungsmechanismen des Reproduktionsprozesses für die Stadt als Ganzes in Verbindung mit der produktiven Basis insgesamt orientieren. Dazu ist ein integriertes CAD-System für die städtebauliche Planung auszuarbeiten.
Schließlich ginge es um die weitere Entwicklung der Arbeitsumweltgestaltung, wobei es um eine Kategorie der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung unserer Gesellschaft geht. Hierzu seien von der Industrie für konkrete Vorhaben Aufträge zu erteilen, die dann auch eine Arbeitsebene der Wissenschaft bilden. Prof. Grönwald schloß seine Ausführungen mit dem Appell, bauliche

Maßnahmen der Industrie auf der Grundlage von Gestaltungskonzeptionen sorgfältig mit der Gesamtentwicklung der Stadt zu verbinden.
Als nächster Redner sprach **Dr. sc. Seiffarth, stellvertretender Direktor des Institutes für Industriebau der Bauakademie.**
Er betonte, daß die 1984 eingeschlagene Entwicklungsrichtung für die Vervollkommnung der Bausysteme für den Industriebau sowohl von der 8. Baukonferenz als auch von der 51. Plenartagung der Bauakademie voll bestätigt wurde.
Nach einer Einschätzung der Anwendungs-Trends bei Mehrzweckgebäuden in Stahlbeton bzw. Spannbeton ging er auf künftige Entwicklungstendenzen ein. Für die Entwicklung von Tragkonstruktionen hob er folgende Aufgaben hervor:
– Für die dominierenden Segmentzellengeometrien eingeschossiger Gebäude sind die entsprechenden Lösungen vorhanden. Für die an Bedeutung gewinnenden quadratischen Segmentzellen von 12,0 m × 12,0 m bis zu 24,0 m × 24,0 m und mit großen Systemhöhen, für die noch kein Sortiment zur Verfügung steht, sind entsprechende Tragwerke zu entwickeln.
– Bei mehrgeschossigen Gebäuden können ebenfalls viele Gebrauchsanforderungen erfüllt werden. Grundrisse über 7,2 m × 7,2 m bis 12,0 m × 12,0 m bzw. 12,0 m × 18,0 m bei Geschoßhöhen bis 7,2 m und Verkehrslasten bis 30 kN/m^2 sollen künftig möglich werden. Hierbei gewinnen auch monolithische Stahl- und Spannbetonbauweisen und Verbundkonstruktionen an Bedeutung.
Bei den Umhüllungskonstruktionen ging Dr. Seiffarth besonders auf die energieökonomischen und bauphysikalischen Anforderungen, gemessen am internationalen Entwicklungstrend, ein. Grundsätzlich müssen die langfristig orientierten Entwicklungsaufgaben für Außenwände eine komplexe Lösung beinhalten, wie Senkung des Heizenergieverbrauchs, Nutzung der Umweltenergie und Wärmerückgewinnung, was nur durch spezielle Mehrschichtkonstruktionen erfüllt werden kann.
Die architektonische Gestaltungsfähigkeit muß weiter verbessert werden und einer angemessenen Variantenbreite entsprechen. Abschließend schätzte Dr. Seiffarth ein, daß kein neues Bausystem erforderlich sei und daß vorhandene Lösungen kombinierbar zu machen sind, wie bereits vorgeschlagen wurde.

Referate zur Forschung und Entwicklung in den Kombinaten

Über die Aufgaben der Forschung und Entwicklung für Mehrzweckgebäude in Stahlbeton sprach **Dr. Langhammer, Direktor für Wissenschaft und Technik im Betonleichtbaukombinat.** Er konzentrierte sich auf die Verbesserung der Qualität und Gestaltungsmöglichkeiten ein- und mehrgeschossiger Mehrzweckgebäude (EMZG und MMZG).
Nach Darstellung des Produktionsvolumens für EMZG 83, vereinheitlichter Geschoßbau (VGB) und Stahlbeton-Skelettbauserie 75 (SKBS 75) wurde dargelegt, daß für die einzelnen Elementegruppen durchgängige Systembaureihen festgelegt und damit die Grundprinzipien für ein offenes und flexibles Bausystem verwirklicht seien, wobei aber die Möglichkeiten des Konstruktionssystems architektonisch noch nicht voll ausgeschöpft werden.
Als Entwicklungsschwerpunkte für die MMZG bis 1990 nannte Dr. Langhammer:

– die Erweiterung der Mindestspannweiten auf 9,0 m – 12,0 m und unterschiedlicher Systemhöhen innerhalb eines Geschosses bei SKBS 75,
– die Rationalisierung der Projektierungstechnologie durch CAD-Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Optimierung der Gebäudevarianten,
– die Steigerung des Spannbetonanteils und die Verbundwirkung bei SKBS 75 als materialökonomische Effekte,
– die Erhöhung der Wärmedämmung bei den Mehrschichtenaußenwandplatten,
– die Schaffung weiterer Sichtflächenvarianten im Rahmen der Serienproduktion durch Matrizenstrukturen, Abriß- und Abschlagbeton sowie die Verbesserung einheitlicher Zementfarben,
– die Erweiterung des Angebots architektonischer Gestaltungsmöglichkeiten durch konsequente Nutzung der Vorzüge der Bausysteme und ihrer Sichtflächengestaltung und
– die Fortführung der Grundlagenuntersuchungen durch die Bauakademie für Lösungen, die besonderen Gestaltungsanforderungen gerecht werden.

Das Bausystem EMZG 83 sei bei notwendigen Weiterentwicklungen auch noch über einen größeren Zeitraum anwendbar. Schwerpunkte für die weitere Entwicklung seien
– die Einführung von Verbundkonstruktionen,
– die Ergänzung der Spannweiten durch Zwischenstufen mit 15,0 m und eventuell 21,0 m,
– die Weiterentwicklung der Außenwand aus Gasbeton, deren Außenflächengestaltung äußerst kompliziert ist. Mit der Lackindustrie wird an einem neuen System für die Oberflächenbeschichtung gearbeitet. Für bestimmte Gebäude könnte eine Vorhangfassade oder auch die Mehrschichtenplatte der MMZG zum Einsatz kommen.

Mit dem Aufruf zu einer engen Zusammenarbeit aller am Industriebau Beteiligten mit dem Betonleichtbaukombinat, schloß Dr. Langhammer seine Ausführungen.
Der **Chefarchitekt des Metalleichtbaukombinates (MLK), Dipl.-Ing. Engelhardt** sprach über Entwicklungsaufgaben im Metalleichtbau. Nach Darstellung der Einsatzbestimmungen für Walzstahl im Inland charakterisierte er die Einsatzgebiete des Stahlhochbaues für Einzelfertigungen und des Metalleichtbaues vorwiegend für die Serienfertigung.
Der Stahlhochbau wird mit den Hauptmerkmalen der Vereinheitlichung wiederverwendungsfähiger Konstruktionsdetails, mit Auswahlreihen für Konstruktionselemente sowie mit Projektierungshilfsmitteln und Informationen für die Projektierung im Rahmen des Komplexprogramms des RGW weiterentwickelt.
Aus einer Marktanalyse für die Steigerung der Exportchancen von Metalleichtbauten ergab sich die Notwendigkeit offene Bausysteme zu entwickeln. Mit der Rahmenhalle 80 ist eine optimale Anpaßbarkeit an Kundenwünsche in Abmessungen, Spannweiten, Höhen, Dachneigungen, Belastungen, Kranausrüstungen sowie Reihungen gegeben, die eine ständige Aktualisierung erlaubt.
Nach gleichen Kriterien ist auch ein offenes Bausystem für einfache EMZG entwickelt worden, wobei auch hier, wie bei der Rahmenhalle 80, die Ausbildung der Gebäudehülle entsprechend dem Bedarf weiterentwickelt wird.
Kollege Engelhardt schloß mit der Anregung, zukünftig, wo es effektiv ist, auch Mischbaukonstruktionen mit höherer gestalterischer Variabilität einzusetzen, um die Palette der Gebrauchswerte unserer Bauwerke weiter zu erhöhen.
Über die Verbesserung der Ausbaukonstruktionen zur Erhöhung des Gebrauchswertes und der Variabilität von Mehrzweckgebäuden gab **Dr. Wolf, BMK Erfurt**, eingangs eine Einschätzung des derzeitigen Standes in der DDR mit internationalen Vergleichen des Vorfertigungs- und Mechanisierungsgrades sowie des Bauzeitaufwandes und leitete daraus Schlußfolgerungen für die Entwicklung ab. Für die Weiterentwicklung bis 1990 und danach bildet die Entwicklungs- und Verbesserungskonzeption des bautechnischen Ausbaus die wesentliche Grundlage. Dabei geht es um die Niveauerhöhung in vier Hauptrichtungen.
– Die Qualität der Tragkonstruktionen, insbesondere der Betonelemente, ist bei Reduzierung der Montagetoleranzen wesentlich zu erhöhen.
– Die weitere Erhöhung des Vorfertigungsgrades stellt eine wesentliche Voraussetzung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität dar.
– Einen entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Vorbereitungsprozesse bildet die Schlüsseltechnologie der CAD/CAM-Lösungen für den Ausbau.
– Das Niveau der Baustellenprozesse wird wesentlich beeinflußt durch die Qualität der Tragkonstruktionen und der Ausbaumaterialien, den Ausstattungsgrad mit leistungsfähigen Mechanismen sowie die Arbeitsorganisation.

Eingehend auf die konzipierte Entwicklung der Hauptkonstruktionselemente des Ausbaus nannte Dr. Wolf als wesentliche Voraussetzung die weitgehende Verwendung veredelter einheimischer Rohstoffe. Bei den Dachdeckungen liegt der Schwerpunkt bei der Einführung dehnfähiger Folieneindekkungen, der Bitumen-Polymer-Kombinationen und Bitumen-Kautschuk-Emulsionen für Flüssigkeitsbeschichtungen. Bei Dämmstoffen stehen besonders Mineralwolleplatten, auch trittfeste und einbaugerechte, im Vordergrund.
Bei Fußböden sind bewährte Fließestriche und Vakuumverfahren für Zementestriche weiter zu entwickeln. Neue Bahnbeläge auf PVC- und Gummibasis, strukturiert und in Farbvarianten sind in Vorbereitung.
Für leichte Trennwände stellen auch zukünftig die Ständerwände die Optimallösung dar. Für handmontagefähige Purgipselemente sollen weitere Produktionsstätten errichtet werden.
Bei Außenwänden stehen gestaltungsvariable, leichte hochdämmfähige Elemente aus und mit Gasbeton und witterungsbeständiger Außenschale im Vordergrund.
Und bei Unterdecken orientieren sich die Arbeiten auf leichte Gipskarton- bzw. Mineralwolleplatten sowie auf spezielle Decken für reine Räume.
Der Schlüssel für die Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet des Gebäudeausbaus im Industriebau liegt nach den Worten von Dr. Wolf in einer umfassenden interdisziplinären sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.
Nach der Vorstellung des Produktionsprofils des Kombinates „Baufa" konzentrierte sich **Dr. Beyer, Abteilungsleiter im Forschungsinstitut des VEB Holz- und Leichtbauelemente** in seinem Vortrag auf die Entwicklungstendenzen bei weichen Dachbelägen, Plattenmaterial und leichten Mehrschichtenkonstruktionen.
Bei der Erzeugnispalette weicher Dachbeläge mit geringer Reißkraft nehmen Glasvliesbeläge und Aluminiumbahnen eine wichtige Rolle ein.
Als Weiterentwicklung der Spanplatten wird eine asbestfreie mineralisch gebundene Bauplatte mit guten Brandschutzeigenschaften und Witterungsbeständigkeit vorbereitet.
Die Palette der Mehrschichtenplatten wird materialreduziert mit verbessertem Feuerwiderstand und erhöhter Wärmedämmung erweitert werden, dabei sind auch Verbesserungen in der Farbgebung erreichbar. Auch wird eine dichtere Außenwandfuge in kurzer Zeit eingeführt. Nach der Vorstellung von Holztragkonstruktionen stellte Dr. Beyer abschließend eine Reihe von Leistungen der „Baufa" für den Export vor.
Zu den konstruktiven und bautechnologischen Prämissen für die Verbesserung des Elementeangebots sprach der **Direktor des Institutes für Stahlbeton, Dr. Kühn,** die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

– Mehrzweckgebäude aus Stahlbeton werden auch bis zum Jahr 2000 im Anwendungsumfang an erster Stelle stehen, so daß deren Weiterentwicklung größte Aufmerksamkeit verdient.
– Das heißt, die bereits heute gegebenen Möglichkeiten mit ihren konstruktiven und bauphysikalischen Weiterentwicklungen sind voll zur Anwendung zu bringen.
– Eine hochproduktive industrielle Fertigung aller Elementesortimente mit hohen Losgrößen muß stets gewährleistet sein.

– Die gegebenen Möglichkeiten der Bauweisen sind durch das Projekt, besonders den funktionellen und ökonomischen, aber auch den gestalterischen Anforderungen entsprechend, zu erschließen.
– Die Anwendung effektiver, wirtschaftlich herstellbarer und materialökonomischer Tragkonstruktionen sind eine wesentliche Vorgabe der Erzeugnisentwicklung.
– Für die Herstellung einheitlicher, konstruktiver und bauphysikalisch optimaler und attraktiver Außenwandelemente sind veränderte Technologien, wie Negativverfahren, Vorsatzschichten mit natürlichen Zuschlagstoffen und Wärmebehandlungsmethoden weiter zu entwickeln.
– Die industriell wirtschaftliche Herstellbarkeit unter Berücksichtigung des Baustoffangebotes, der Ausbildung, Konstruktion und Ökonomie der Formen stehen an herausragener Stelle.

Schließlich wurden Kriterien der Beanspruchung bei Transport, Umschlag und Lagerung sowie der einfachen und schnellen Montage bei dichter Fugenkonstruktion benannt und auf die Berücksichtigung hoher Ausbaufreundlichkeit hingewiesen.
Abschließend betonte Dr. Kühn, daß die Sicherung einer hohen Qualität und Dauerbeständigkeit der Bauwerke in der Einheit von Elementesortiment, bautechnischer Projektierung und Bauausführung erreicht werden muß.
Mit dem Hinweis, daß Bauforschung und Baupraxis derzeit international durch die Forderung nach Energieeinsparung geprägt sind, stellte **Dr. Blechschmidt, BMK Süd, Leiter der AG Bauphysik,** Kriterien, Probleme und Entwicklungsrichtungen für die Verbesserung der Energieökonomie durch die Gebäudehülle dar.
Ziel der Entwicklung muß es sein, den ökonomisch optimalen Wärmeschutz durchzusetzen. Das bedeutet, die Anwendung von Hüllkonstruktionen mit Wärmedämmwerten von R=2,0 bis 3,0 schrittweise durchzusetzen, wobei alle Außenbauwerksteile einen annähernd gleich großen Wärmeschutz aufweisen müßten.
Neben der Suche nach neuen Lösungen sind auch bekannte Systeme, wie Thermohaut, Außenwände mit leichten Wetterschalen und Dämmstoffoptimierung weiter zu entwickeln.
Bei Fensterkonstruktionen ist Wert auf die Durchsetzung des temporären Wärmeschutzes zu legen.
Abschließend wies Dr. Blechschmidt auf die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen hin, die es den Baukombinaten noch besser ermöglichen, Bauaufwand, Material- und Energieökonomie zu optimieren.
Der **Chefarchitekt des Betonleichtbaukombinates, Dipl.-Ing. Ader,** wertete das Seminar als Auftakt für eine Folge von Beratungen zur Weiterentwicklung der architektonischen Qualität des Industriebaues nach 1990 unter Einbeziehung des Betonleichtbaukombinates und stellte Betrachtungen über den Einsatz von CAD/CAM-Technologien für die Bausystementwicklung an den Anfang.
Im Mittelpunkt seiner Darlegungen stand die Vorbereitung einer „Konzeption zur architektonischen Gestaltung von Mehrzweckgebäuden des BLK".
Während die Bauweise EMZG 83 zu einem späteren Zeitpunkt untersucht werden soll, zielt die Konzeption für MMZG bereits auf wichtige Vorschläge für die Erhöhung der architektonischen Qualität der Gebäude.

Es soll herausgearbeitet werden, daß ein abgestimmtes Grundsortiment mit zielgerichteten Variationsmöglichkeiten für die Mehrheit der Bauaufgaben eine deutliche Vielfalt der architektonischen Gestaltung ermöglicht.

In der Konzeption ist die Außenwand als entscheidendes Bauwerksteil für die gestalterische Wirkung des Gebäudes und seiner bauphysikalischen Funktionsfähigkeit herauszuarbeiten.

Diese Gestaltungskonzeption soll mit dem gesellschaftlichen Beirat abgestimmt und im kollektiven Zusammenwirken aller an der Forschung und Entwicklung beteiligten Einrichtungen erarbeitet werden.
Die Reihe der Referate am ersten Beratungstag schloß **Dipl.-Ing. Rüpprich, Mitglied des Büros des Präsidiums des BdA der DDR,** mit seinem Vortrag über die themenbezogenen Aufgaben und Ziele unseres Fachverbandes.
Einleitend gab er seine Zustimmung zu den vorliegenden Arbeitsstandpunkten und legte dann anhand von Skizzen seine Gedanken über Wesen und Inhalt offener Bausysteme dar. Er setzte sich dafür ein, ein unharmonisches Nebeneinander von unterschiedlich gestalteten Flach- und Geschoßbauten, Fassaden- und Ausbaukonstruktionen zu vermeiden und die Möglichkeiten für eine komplexe Gestaltung zu verbessern. Die neuen inhaltlichen Anforderungen der Produktivkräfte und die äußere Gestalt der Industriebauten müssen im Einklang stehen, Spitzentechnologien, die in unseren Bauwerken angewandt werden, auch in der Qualität der Gebäude ablesbar sein.
Kollege Rüpprich unterbreitete dem Seminar Vorschläge, die in die „Arbeitsstandpunkte" aufgenommen wurden und die nach dem IX. Bundeskongreß mit der Bauakademie, dem BLK und anderen erzeugnisverantwortlichen Kombinaten sowie der ZFG „Industriebau" weiter erörtert werden sollen.
Unterstützt wurde auch der Vorschlag, eine gesonderte Beratung des Bundesvorstandes des BdA/DDR über die Aufgaben im Industriebau und bei der Gestaltung der Arbeitsstätten durchzuführen.

Referate über den Industriebau der Zukunft

Prof. Dr. Lander, TU Dresden, eröffnete die Referate des zweiten Tages mit dem Vortrag über Prinzipien zur architektonischen Gestaltung der Fabrik der Zukunft.
Nach einer Analyse des derzeitigen Erkenntnisstandes in der Forschung und Entwicklung für die zukünftigen Produktionsbauten, bei denen die Rationalisierung und die Rekonstruktion vorhandener Bausubstanz eine wesentliche Rolle spielen, trug Prof. Lander Gedanken zur Gestaltung für automatisierte Produktionsstätten vor. Sie wurden auf der Basis von Grundlagenarbeiten der TU formuliert und können hier nur stark verkürzt wiedergegeben werden:
1. Um Konfliktmöglichkeiten zwischen den Standzeiten der Bauwerke und dem Umschlag der Produktionstechnologie auf ein Minimum zu reduzieren, sind wandlungsfähige, d. h. flexible Bauwerke eine grundlegende Bedingung, die durch skelettförmige Tragkonstruktionen zu sichern sind.
Weitere Kriterien der Flexibilität sind
– die räumliche Großflächigkeit und Kompaktierung
– die Austauschbarkeit von ingenieurtechnischen und bautechnischen Ausbauteilen sowie
– horizontale und vertikale Erweiterungsmöglichkeiten der Bauwerke, ggf. durch Aufstockungen.

Die Formen notwendiger Flexibilität sind natürlich stets aus den konkreten Produktionsanforderungen abzuleiten.
2. Die räumliche Großflächigkeit darf nicht durch massive Einbauten eingeschränkt werden. Lager sind in die Fertigungsabschnitte zu integrieren, eindeutige Verkehrs- und Transportnetze sind festzulegen.
Die Ver- und Entsorgung der Maschinensysteme liegt vorteilhaft im Unterflur, Transportebenen sind brückenkranähnlich im Oberbereich anzuordnen um ggf. einen schnellen Aggregateaustausch zu sichern.
3. Da der Mensch im automatisierten Produktionsprozeß vorwiegend Einrichtungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten bzw. Kontroll-, Steuer- und Reglungstätigkeiten wahrnimmt, ist dafür der Arbeitsumweltgestaltung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
– Es bedarf eines Wegesystems, von dem der Produktionsprozeß jederzeit überschaubar und erreichbar ist.
– Die Konzentration der visuellen Überwachung sollte durch eine aktivierende Raumgestaltung unterstützt werden.
– Sozialräume, also Räume für die menschliche Begegnung, sollten unter Mitwirkung des Nutzers gestaltet werden.

4. Die territoriale Einordnung und Rekonstruktion automatisierter Produktionsstätten ist abhängig vom Grad der Standortanforderungen, vom Umweltsbezug und vom menschlichen Maßstab.
5. Was im Großen für die Produktion gilt, gilt auch für die „Nebenfunktionen", besonders für den Bereich der Vorbereitung, aber auch die Sozial-, Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen.
Zusammenfassend stellte Prof. Lander fest, daß diese Gestaltungprinzipien mit den derzeitigen Bauweisen, sowohl in Montage- als auch im Monolithbau, aber mit entsprechend moderner Struktur und Konstruktion vom Grundsätzlichen her bewältigt werden.
Anhand einer Reihe von Lichtbildern aus dem In- und Ausland wurden die vorgenannten Grundsätze anschaulich untermauert und auf die erhöhten Anforderungen an Gestaltung, Konstruktion und Bauphysik in Ausrichtung auf die Nutzeranforderungen hingewiesen.
Zum Themenkomplex der Forschung und Entwicklung für offene Bausysteme für das Bauen nach 1990 sprach **Prof. Dr. Lahnert, HAB Weimar.** Er betonte, daß der Wettlauf mit der Zeit erfordert, heute bereits das Notwendige zu tun, um die Investitionen des nächsten Jahrzehnts zügig und qualitätsgerecht vorzubereiten. Rückblickend auf die guten Traditionen im deutschen Industriebau, konstatierte er, daß Ordnung die Grundlage einer guten Gestaltung ist, dem Produktionsprozeß und der Funktion der Vorrang eingeräumt und die Konstruktion geformt und nicht die Form konstruiert werden muß. Dabei beeinflussen sich das funktionelle und ästhetische Niveau gegenseitig.
Mit der verstärkten Planung im innerstädtischen Bauen gewinnt die Kombinierbarkeit der Bausysteme zunehmende Bedeutung für die Qualität von Städtebau und Architektur.
Ziel muß es sein, eine Unifizierung von Baukonstruktionen anzustreben, die nicht jeweils ein in sich abgeschlossenes Bausystem bilden, sondern zu einer Beschränkung des Elementesortimentes bei gleichzeitiger Erhöhung der Variabilität der Erzeugnisse, als Voraussetzung für hohe Losgrößen führen.
Dabei ist das Prinzip der modularen Ordnung im Zusammenhang mit Toleranzen und Passungen der Konstruktions- und Fertigungsgeometrie zu betrachten. Das ist auch für das Zusammenwirken von Trag- und Ausbauelementen besonders wichtig.
Zur Kombinierbarkeit gehört auch eine weitgehende Vereinheitlichung der Laststufen der Elemente, die Entwicklung von einheitlichen Außenwand- und Anschlußgeometrien mit gleichartigen Fugenausbildungen.
Schlußfolgernd faßte Prof. Lahnert seine Ausführungen dahingehend zusammen, daß in erster Linie die nutzungsfähigen Bauwerke in ihren Herstellungsphasen und daraus die zu fertigenden Elementesortimente zu betrachten sind.

Baustellenbesuch der Barkas-Werke in Karl-Marx-Stadt

Als Einführung zum Baustellenbesuch in den Barkas-Werken, erläuterte der **Chefarchitekt des VEB BMK Süd, Dipl.-Arch. Dekker,** anhand zeichnerischer Unterlagen Aufgabe, Ziel, Arbeitsweise und Kooperation bei dieser volkswirtschaftlich bedeutenden Rekonstruktions- und Neubauaufgabe innerhalb der Werkgeländes. Die kollektive Zusammenarbeit der Projektierung und Bauausführung des VEB BMK Süd mit dem Investitionsauftraggeber, den Planungsorganen und den beteiligten Betrieben führte zu bemerkenswerten Effekten.
Das Seminar unterstützte die zur Diskussion gestellten Arbeitsstandpunkte der Zentralen Fachgruppe Industriebau. Sie werden, wie auch auf dem IX. Kongreß des BdA unterstrichen wurde, Gegenstand der weiteren Beratung über die künftige Entwicklung des Industriebaus sein.

FDGB-Ferienheim „Hermann Matern“ in Wernigerode

1 *Vorderansicht des Erholungskomplexes (Bettenhaus und Komplement)*

2 *Zugangsbereich zum Erholungsheim*

Dipl.-Ing. Siegfried Miersch, Chefarchitekt
Dipl.-Ing. Thomas Berger, Komplexarchitekt
VEB BMK Magdeburg
KB Forschung, Projektierung und Technologie

1

2

3

4

3 *Blick von der Höhe auf den gesamten Gebäudekomplex*

4 *Komplement. Seitenansicht Küchenbereich. Im Vordergrund der Abenteuerspielplatz*

5 *Detaildachaufsicht Komplement*

6 *Dachgeschoß/Normalgeschoß Bettenhaus 1:900*

7 *Eingangsgeschoß 1:900*

8 *Schnitt A-A 1:500*

In Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED und des 10. FDGB-Kongresses wurde am 11. Oktober 1985 das derzeit im Bezirk Magdeburg größte FDGB-Erholungsheim „Hermann Matern" der Nutzung übergeben. Das Ferienheim mit einer Kapazität von rund 13000 Urlaubern pro Jahr befindet sich in Hasserode, am westlichen Stadtrand Wernigerodes, und somit am Fuße eines der schönsten Wander- und Wintersportgebiete der DDR.
Die Änderung der Bettenkapazität während der Vorbereitung führte während der Bearbeitung zu einer grundlegenden Umgestaltung der ursprünglich geplanten Lösung. Dies betrifft den Baukörper des Bettenhauses und die Geländemodellierung.
Bei Anwendung einer industriellen Bauweise war eine Lösung erforderlich, die unter Beachtung der genannten Bedingungen, der komplizierten Geländesituation und der umliegenden Bebauung die funktionellen, gestalterischen und ökonomischen Vorgaben erfüllt.

Städtebauliche Einordnung/Standortbedingungen

Ausgehend von der vorgegebenen Grundstücksform, einer Hanglage mit ca. 10 m Höhendifferenz, der erforderlichen verkehrstechnischen Erschließung von der Südseite und der sich ergebenden Geschossigkeit des Bettenhauses erfolgte eine kompakte und dabei differenzierte Bebauung, die Beziehungen zur umgebenden Architektur und zur Landschaft aufnimmt. Hierbei war ein Maximum an Freifläche gefordert. Durch weitgehende Beibehaltung der vorhandenen Geländemodellierung konnten Erdmassentransporte reduziert und eine künstliche Wasserfläche in die Freiraumgestaltung einbezogen werden. Über Höhenstaffelungen, auch der Baukörper und Terrassen, und die Orientierung der Sichtbeziehungen der Gaststätten und des Bettenhauses auf den Harz, z. B. mit „Brokkenblick", wurde eine optimale Verbindung von Innen- und Außenraum sowie von Landschaft und Architektur angestrebt.

Funktionelle Lösung

☐ Funktionsbereich Urlauber
In der Erdgeschoßebene erreichen die Urlauber über einen Haupteingang mit Vorfahrt an der Südseite und die Eingangshalle die Rezeption des Bettenhauses sowie die Speisesäle I und II mit 208 Plätzen. Durch Faltwände lassen sich die Speisesäle mit dem an die Eingangshalle angrenzenden Hallencafé (40 Plätze) verbinden, wodurch eine flexible Nutzung, auch für kulturelle Veranstaltungen, ermöglicht wird.
Über eine Treppenanlage in der Eingangshalle erreichen die Urlauber sowohl eine begehbare Dachterrasse mit Liegestuhlausleihe als auch die Sanitäranlagen und eine Bierbar mit 70 Plätzen im Untergeschoß.
Hier befindet sich auch ein Ausgang zur Terrassennutzung. Eine zweite Erschließung erfolgt über den Eingang an der Westseite im Untergeschoß mit Anschluß an die öffentliche Gaststätte mit 50 Plätzen und die Bierbar mit Kegelbahn. Über ein zweites Treppenhaus sind von hier aus ebenfalls die Speisesäle I und II erreichbar.
Räume für sportliche Betätigung und Sportgeräteausleihe wurden im Untergeschoß des Bettenhauses eingeordnet. Klub- und Fernsehräume mit 78 Plätzen und ein Kinderspielzimmer liegen im Eingangsgeschoß des Bettenhauses.
Die Kapazität des Bettenhauses beträgt insgesamt 363 Betten. Zusätzlich können 25 Betten für Kinder im Vorschulalter in Anspruch genommen werden. Zum Komplex gehören weiterhin 150 Betten in Privatunterkünften. Von

Bautechnischer Projektant
VEB Bau- und Montagekombinat Magdeburg
KB Forschung, Projektierung und Technologie
Entwurf
Dipl.-Ing. Thomas Berger, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Siegfried Miersch, Architekt BdA/DDR
Bau-Ing. Christian Theuerkauf
Dipl.-Ing. Karl-Ernst Zorn, Architekt BdA/DDR
Mitarbeit Entwurf
Dipl.-Ing. Wolf Dieter Buhtz, KDT
Dipl.-Ing. Günther Preil, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Anne-Monika Zorn, Architekt BdA/DDR
Freiflächengestaltung
Gartenbau-Ing. Gerhard Kristott, Architekt BdA/DDR
Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Jürgen Beyer, KDT
Dipl.-Ing. Axel Keßler, KDT
Innenprojekt
VEB Innenprojekt Halle
Dipl.-Architekt Ingeborg Czysch, Architekt BdA/DDR
Innenarchitekt Karin Janke, Architekt BdA/DDR
Investitionsauftraggeber
Bezirksvorstand Magdeburg des FDGB
Investbauleitung
Dipl.-Wirtsch. Frank Dannhauer
Dipl.-Ing. Berndt Effmann
Hauptauftragnehmer Bau
VEB Bau- und Montagekombinat Magdeburg
KB Industriebau Wernigerode
Bauleitung
Dipl.-Ing. Michael Zeiske, KDT
Bau-Ing. Berndt Mittag, KDT

6

5

7

8

den Urlaubern können eine Aussichtsterrasse auf dem Bettenhaus und auf dem Gaststättentrakt sowie vorgelagerte Terrassen im Freiraum mit Minigolfanlage, ein Kleinkindspielplatz und ein Abenteuerspielplatz genutzt werden.
Das vom FDGB geforderte Angebot an Dienstleistungen und Verkaufseinrichtungen wurde funktionell und gestalterisch in die Gesamtlösung integriert.

☐ Funktionsbereich Personal

Die nur für das Personal (insgesamt 103 Beschäftigte) zugänglichen Funktionsbereiche, Office, Lager, Technik und Sozialteil werden über einen separaten Personaleingang und eine interne Treppenanlage an der Nordseite des Gaststättentraktes erschlossen. Die Verwaltung befindet sich im Eingangsgeschoß des Bettenhauses.

☐ Funktionsbereich Speisenversorgung

Die Küche mit einer Kapazität von 700 Portionen wurde nach modernsten Gesichtspunkten projektiert und realisiert. Neben der Versorgung der angrenzenden Bereiche der Speisesäle, der öffentlichen Gaststätte und des Hallencafés kann über zwei Kleinlastenaufzüge eine Anrichteküche für die Bierbar im Untergeschoß versorgt werden.
Der größte Teil des Küchenlagerbereiches befindet sich im Untergeschoß, unmittelbar mit der Lieferrampe verbunden. Den Vertikaltransport übernimmt ein hydraulischer Lastenaufzug, dessen Arbeitszylinder ca. 5 m in den felsigen Untergrund gebohrt wurde.

☐ Funktionsbereich Technik

Die lufttechnische Versorgung der Hauptfunktionsbereiche erfolgt über die LTA-Zentralen auf den Dächern des Gaststättentraktes und des Bettenhauses.
Sämtliche Anschlußräume, die Not-

9

11

10

9 Blick auf den Haupteingang mit Vordach

10 Detail Haupteingang

11 Eingangshalle. Im Hintergrund Treppe zur Dachterrasse

stromversorgung mit Batterieraum und ein Dieselaggregat mit 75 kVA, eine Druckerhöhungsanlage und ein automatisch arbeitendes Feuerlöschsystem der Firma Ing. H.-J. Herzog Oschersleben befinden sich im Untergeschoß des Gaststättentraktes und des Bettenhauses.

Innenliegende Funktionsbereiche und Gaststätten wurden mit elektronischen Brandschutzüberwachungs- und Löscheinrichtungen der Firma Herzog ausgestattet (Infrarot- und Ionisationsmelder über zentrale Überwachungs- und Auslöseeinheit).

Konstruktive Lösung

Die Zielstellung, das Gebäude in Stahlbetonskelett-Montagebauweise zu errichten, wurde trotz der zu realisierenden funktionellen und gestalterischen Forderungen erfüllt. Zum Einsatz kam die Bauweise VGB mit Modifizierungen im Bereich der Dachaufbauten, der Dachflächen, der Außenwände und der Loggiabrüstungen.

Die Anordnung von Schrägverglasungen in Verbindung mit der gewählten Bauweise wurde in enger Zusammenarbeit mit dem VEB Leichtbauelemente Magdeburg gelöst.

Gestalterische Lösung

– Es wurde davon ausgegangen, alle Möglichkeiten der Bauweise zu nutzen und damit eine standortbezogene Lösung in der erforderlichen architektoni-

12 Blick auf das Hallencafé im Bereich der Schrägverglasungen

13 Sitzbereich im Speisesaal 1

14 Blick vom Hallencafé in Richtung Haupteingang

12

13

14

schen Qualität zu erreichen. Auf nur kubische Bauformen wurde bewußt verzichtet; die Baukörperbildung wurde durch Schrägverglasungen unterstützt. Durch individuelle Loggiabrüstungen am Bettenhaus (Stahlbeton) wurde eine Verbindung zur Tektonik des Komplementes angestrebt.

Zielstellung war die Schaffung unverwechselbarer Raumfolgen mit Erlebnisbereichen und variabler Nutzung sowie visueller und funktioneller Beziehungen zum Freiraum.

– Die Freiraumgestaltung erfolgte unter Berücksichtigung der Geländesituation und der umgebenden Landschaft. Schwerpunkte sind vorgelagerte Terrassen mit Spielmöglichkeiten, die Wasserfläche mit Wasserkaskade am Sturzbach, sportliche Einrichtungen und ein Abenteuerspielplatz.

– Wesentliches Anliegen war der disziplinierte und abgestimmte Einsatz von Material und Farbe.

Bei den Gebäudeaußenflächen dominieren Strukturbeton mit Silikat 80-Beschichtung, Schiefer, Granit, dunkles Holz bzw. Aluminium und bedampftes Glas.

Im Bereich des Komplements bestehen innere Wandflächen vorwiegend aus gefugtem und weißbeschichtetem Kalksandsteinmauerwerk und Rauhputzflächen, Hallenfußboden und Treppenbeläge aus braunen Spaltkeramikplatten. Im Bereich der Speisesäle, des Hallencafés und der Eingangshalle

15

15 Speisesaal II. Raumeindruck mit Ausgang in Richtung zur öffentlichen Gaststätte

16 Speisesaal II. Schräger Raumbereich mit Durchblick zum Balkon

17 Detail im Speisesaal II

18 Eingang zur öffentlichen Gaststätte

16

17

18

Gaststätte

19

20

19/20 *Bierbar mit Kegelbahn im Kellergeschoß*

wurde auf die üblichen Gipsdecken verzichtet. Hierfür wurde eine individuelle Metallkassettendecke aus Industrieabfällen, mattgrün gespritzt, mit einer speziell entwickelten integrierten Beleuchtung entworfen. Durch eine frühzeitige Zusammenarbeit mit dem VEB Innenprojekt Halle konnte eine abgestimmte und durchgängige Gestaltung des Ausbaus und der Ausstattung gesichert werden. Dies betrifft die Geometrie sowie die Material- und Farbwahl von Holz, Mobiliar und Textilien.
Neben dem gestalterischen Eigenwert der Materialien erfolgte der Einsatz intensiver Farbigkeit im Funktionsbereich Urlauber lediglich für Unterdecken (mattgrün) sowie für Stahlrohr (rot) bei Innen- und Außengeländern sowie Stützen der Eingangsüberdachung.
In den Funktionsbereichen Personal, Küche und Technik wurden Grün, Blau und Orange als Kennfarben eingesetzt.
Die Gestaltung der Arbeitsumwelt war Bestandteil der Gesamtlösung. Dies zeigt sich auch im 26 Plätze fassenden Personalspeiseraum auf der Ostseite des Gaststättentraktes.
– Verbindende Gestaltungselemente des Innen- und Außenraumes sind neben variierten Grüntönen und raumhohen Verglasungen die roten Stahlrohrgeländer mit Füllungen aus Sicherheitsglas, die mit den Schrägen der Baukörper korrespondieren.
– Die „Dachlandschaft“ des Komplementes, von der Westseite des Bettenhauses voll erlebbar, wurde gleichwertig in die Gestaltung einbezogen.
Dies betrifft die Ausführung und Farbigkeit der Dachaufbauten, der Dachränder und die Ausführung der Dachflächen in Rollkies auf Elastbaufolie.
– Die Zusammenarbeit mit dem Büro für architekturbezogene Kunst wurde frühzeitig vereinbart. Ein besonderes Anliegen der bildkünstlerischen Gestaltung war die Ehrung Hermann Materns (z. B. im Kommunikationsbereich Eingangshalle). Weitere thematische Schwerpunkte gehen auf die Funktion des Hauses und die Landschaft ein.
Zielstellung war die Einbeziehung der Werke der bildenden Kunst in den Innen- und Außenraum sowie ihr Einsatz zur Erhöhung der Wirksamkeit der Architektur. Eine unmittelbare Funktion erhält die Kunst bei den Objekten Informationssystem, Abenteuerspielplatz, Spielraum und Spielplastik.
Durch Anwendung einer differenzierten Lichtführung unter Beachtung von Tageslichteffekten sowie Schwerpunkten mit künstlichem Licht und Scheinwerfern werden Gestaltungsschwerpunkte und Werke der bildenden Kunst besonders zur Wirkung gebracht.
Die Durchsetzung teilweise unüblicher Lösungen in guter Qualität der Ausführung wurde durch das Verständnis und die engagierte Mitarbeit aller Beteiligten, insbesondere des Auftraggebers und des HAN Bau, ermöglicht.
Wesentlich waren die ständige Zusammenarbeit der Projektanten mit den realisierenden Betrieben, auch auf der Baustelle, die Übernahme der Verantwortung für die Gesamtgestaltung über die Leistungsgrenze des HAN-Baus hinaus und der Einsatz eines Komplexarchitekten.

Das Konsument-Warenhaus Berlin, Leninallee – Fennpfuhl

Architekt Ekkehard Böttcher,
BdA/DDR Chefarchitekt im VEB BMK Ost, Betrieb Forschung, Projektierung, Technologie, BT Berlin

1

2

Bebaute Gebäudefläche	4466,25 m²
Bruttogeschoßfläche	23022,00 m²
Verkaufsfläche	ca. 7000,00 m²
Lagerfläche	ca. 7000,00 m²
Umbauter Raum	117712,20 m³

Autorenkollektiv der Bauprojektierung
VEB BMK Ost, Betrieb Forschung und Projektierung, Betriebsteil Berlin, Arch. E. Böttcher BdA/DDR Chefarchitekt
Arch. J. Welsand BdA/DDR Projektverantwortlicher
Bau-Ing. H. Meinhold Abteilungsleiter
Dipl.-Ing. O. Michalsky Entwurfsingenieur
Bau-Ing. W. Böger Skelettkonstr. und Statik
Dipl.-Ing. W. Tietze Gleitkernkonstr. u. Statik

1 Nord-Ansicht von der Leninallee

2 Einfahrt mit Anlieferung von der Karl-Lade-Str.

3 West-Ansicht mit Lüfter

3

Städtebauliche Einordnung und architektonische Gestaltung

Der Standort und die städtebauliche Einordnung stellen besonders hohe Anforderungen an die architektonische Gestaltung. Die Beziehungen zum nördlich vorgelagerten Platz und zu den angrenzenden Gebäuden bedingen eine einprägsame Fassadengestaltung. Hierbei war entsprechend der ursprünglichen Konzeption in diesem Ensemble die architektonische Dominanz des ostwärts von unserem Gebäude geplanten Kulturhauses zu beachten. Dessen Fortfall sowie das Weglassen weiterer Dienstleistungseinrichtungen führten zu einer Akzentverschiebung, die das Warenhaus in den Mittelpunkt dieser Bauwerksgruppe rückte. Diese während unserer Projektierung und begonnenen Realisierung eingetretenen Einschränkungen der angrenzenden Bebauung bedingte auch eine wesentliche Reduzierung des unterirdischen Anlieferhofes, der ursprünglich auch für die Versorgung der Kaufhalle und der nun nicht mehr geforderten Post- und Dienstleistungsgebäude vorgesehen war. Damit verringerte sich der Flächenbedarf, die ursprünglich von Norden her angelegte Zufahrt wurde nach Süden an die Karl-Lade-Str. verlegt. Die lichte Kellerhöhe und die Konstruktionshöhe der 12,00 m langen Unterzüge für die Decke über dem Anlieferhof bedingten, daß die überdeckende Oberfläche höher liegt als der umgebaute Fußgängerbereich und darauf eine Grünanlage angelegt wurde.

Als Gestaltungsprinzip für das Gebäude hatten wir uns die Aufgabe gestellt, die Fensteröffnungen so weit wie möglich nach außen sichtbar zu machen und von den bisher bei Warenhäusern üblichen ornamentalen transparenten vorgesetzten Rundumverkleidungen, die sehr materialaufwendig und kostenintensiv sind, abzukommen. Wir wollten eine klare funktionelle Aussage treffen und das Warenhaus einladend weitgehend nach außen öffnen. Ein besonderes Problem bestand darin, den hohen Anteil brandschutztechnisch bedingter Rauchabzugsklappen einzuordnen. Nach vielen Variantenuntersuchungen und -vergleichen mit unterschiedlichen Materialien, Konstruktionsprinzipien und Gestaltungsformen auf der Basis realer Herstellungsmöglichkeiten entschieden wir uns in Abstimmung mit dem Büro für Städtebau der Hauptstadt der DDR, Berlin, für eine Vorhangfassade des Metalleichtbaukombinates, Werk Blankenburg, als geschoßhohes 1,50 m breites Wandelement. Gemeinsam mit den Konstrukteuren dieses Werkes wurden horizontal anzuordnende Aluminium-Kassetten entwickelt, die in einem goldbraun eloxierten Farbton („Wegal III") gehalten sind. Die umlaufenden Fensterbänder im IV. Geschoß, die Fensterreihen in den anderen Geschossen sowie die in Fensterhöhe umlaufenden waagerecht angeordneten Verblendungen der Rauchabzugsklappen sind silberweiß eloxiert und betonen auch die Großflächigkeit dieses Gebäudegrundrisses im Gegensatz zu den umliegenden viel- und mehrgeschossigen Wohnungsbauten. Ein weit auskragendes Vordach unterstreicht diese Haltung und überdeckt die umlaufenden Schaufensterreihen, deren Rahmen ebenfalls im Farbton „Wegal III" gehalten sind. Der Sockel hat einen Natursteinvorsatz aus Kalkstein, die Eingangsbereiche sind durch eine Klinkerformsteinverblendung denen der umliegenden Gebäude angepaßt.

Die nord-westlich angrenzende Lebensmittelkaufhalle ist im oberen Bereich auch mit Aluminiumkassetten wie unser Warenhaus verkleidet, so daß die Ensemblewirkung durch Anwendung gleicher Formen und Materialien unterstrichen wird. Ein in Grünanlagen eingebetteter künstlerisch gestalteter Brunnen auf dem Saefkow-Platz betont die Zugangsachse von der Fußgängerbrücke über die Leninallee zum Warenhaus. Im Warenhausinnern sind im Kunden- und Personalrestaurant Werke der baugebundenen Kunst gestalterisch gut eingeordnet.

Entwurfs- und Funktionslösung

Parallel geführte handelstechnische Untersuchungen des internationalen Entwicklungstrends solcher Verkaufseinrichtungen führten zu dem Vor-

4

5

6

4 Schnitt

5 Grundriß Erdgeschoß
1 Technikzentrale
2 Kundendienst
3 Kinderspielzimmer
4 Garderobe
5 Haupteingang/Windfang
6 Werbung
7 Kunden-WC

6 Grundriß 3. Obergeschoß
1 Umkleideräume
2 Fotolabor
3 Schreibzimmer
4 Entwurfsgruppe
5 Herstelleratelier
6 EDV
7 Malerwerkstatt
8 Konferenzraum
9 Poststelle
10 Telephonzentrale
11 BMSR-Werkstatt
12 ELT-Werkstatt
13 Lüfterzentrale
14 Lager Werbung
15 ELT-Verteilung
16 Arzt
17 Lichthof

A Technikbereich
B Personalbereich
C öffentlicher Bereich und Warentransport/-lagerung
D Werbung/Entwurf
E Büros/Verwaltung
F Lehrlingsausbildung
G soziale Einrichtungen

7 Nordansicht

8 Montagezustand

9 Als Markt gestaltete Erdgeschoßzone

schlag, Verwaltungs- und Nebenfunktionen in einem gesonderten Geschoßbau neben den Verkaufs- und Lagergebäuden anzuordnen. Leider konnte dieser funktionell, bautechnisch und ökonomisch überzeugende Lösungsvorschlag aufgrund der bereits festgeschriebenen städtebaulichen Einordnung nicht weiter verfolgt werden. Die Erarbeitung einer Studie ergab eine bauliche Konzeption mit folgenden Hauptsystemabmessungen:

- Gebäudelänge 12 x 6 m = 72,00 m
- Gebäudebreite 5 x 12 m 60,00 m
- Geschoßhöhen
  - Kellergeschoß 4,80 m
  - I. Geschoß (Erdgeschoß) und
  - II. Geschoß 5,40 m
  - III. Geschoß und IV. Geschoß 4,80 m
  - V. Geschoß (Dachaufbau) 5,40 m

An der Westseite des Kellergeschosses schließt sich unter einer monolithischen Decke auf Stützen im Raster 12 x 12 m der Anlieferhof an, dessen OFF 1,20 m unter des des Kellergeschosses liegt.
Ursprünglich auch zur Versorgung der geplanten angrenzenden Gebäude der Post und der Kaufhalle für Lebensmittel vorgesehen und von Norden erschlossen liegen Zu- und Abfahrt jetzt in Richtung Karl-Lade-Straße.
Die Hauptfunktionen verteilen sich in den Geschossen wie folgt:

- Kellergeschoß
  - Anlieferung, Handelsgut-Lager, Leergut
  - Techn. Gebäudeausrüstung (Elt., Sprinkler, Lüftung, Heizung, Wasser)
  - Zentr. Werkstätten
- I. Geschoß (Erdgeschoß)
  - Verkaufsfläche, Kundenbetreuung
  - WC-Anlagen, Personal-Zugang
- II. Geschoß (1. Obergeschoß)
  - Verkaufsfläche, Kundenbüros, Maßkonfektion
  - Lagerfläche
- III. Geschoß (2. Obergeschoß)
  - Kunden- und Personalrestaurant mit je 180 Plätzen
    Küchenanlagen für je 800 Portionen
  - Handelsgut-Lagerfläche
  - Personalbetreuung, Friseur, Kosmetik
- IV. Geschoß (3. Obergeschoß) mit Innenhof im nördl. Gebäudeteil
  - Verwaltung, Studios, Werkstätten, Werbung
  - Lüfterzentralen, Telefonzentrale, Elt-Verteilung, Regeltechnik
  - Personal-Sozial-, Wasch- und Umkleideräume, Arztstation, Berufsausbildung
- V. Geschoß (Dachaufbau) auf südl. Gebäudeteil
  - Lüftungszentrale, Maschinenräume der Aufzugsanlagen
  - Kleinkühlanlagen

Im Warenhaus sind ca. 570 AK beschäftigt (bis 700 AK sind möglich). Die großflächige Gebäudeausdehnung und die funktionellen Anforderungen bedingen umfangreiche lüftungstechnische Anlagen, die dezentralisiert angeordnet sind. Die Luftverteilung in den Verkaufs- und Restauranträumen übernehmen Anemostate in den untergehängten Decken. 6 Kleinkühltürme auf dem Dach sorgen für die Kühlung der Luft. Die Haupteingänge sind mit Luftschleieranlagen versehen.
Den brandschutztechnischen Anforderungen an Verkaufsstätten dieser Größenordnung entsprechend ist das Warenhaus in die Brandgefahrenklasse C und die Feuerwiderstandsklasse II eingestuft. Das Gebäude wird aufgrund seiner technologischen Nutzung in insgesamt 8 Brandabschnitte unterteilt. Zur Evakuierung sind in den Kernen 3 Treppenhäuser mit gegenläufigen, sogenannten „Theatertreppen“ als Treppenhaus der Kategorie I ausgebildet.
Eine Hitzeabführung wurde durch den Einsatz einer Sprinkler-Anlage als flächenwirksame Feuerlöscheinrichtung in den entsprechenden Räumen nicht erforderlich. Ein besonderes Problem stellt die Rauchabführung dar. Ein Abzugsschacht entraucht den inneren Teil des Gebäudes. Alle übrigen Räume mit Rauchgasabführung liegen an der Au-

konsument

7

8

9

10

12

13

10, 15 Verkaufsraum im Ergeschoß

11 Lichthof

12 gegenläufige Kundentreppe

13 Kundenrestaurant

14 Verkaufsraum im Obergeschoß

11

ßenwand und können über Fenster bzw. Rauchabzugsklappen entsorgt werden. Zusammen mit den Fenstern, die im IV. Geschoß ausschließlich zum Rauchabzug herangezogen werden, ist damit die geforderte Größe überschritten.
Den Vertikaltransport übernehmen neben den schon erwähnten Treppen vom Erdgeschoß zum II. Geschoß 2 Fahrtreppen, 2 Personenaufzüge und 4 Lastenaufzüge.

Tragkonstruktion

Für die Tragkonstruktion wurde in Anlehnung an die Geschoßmontagebauweisen ein individuelles Fertigteilsystem angewendet. Die senkrechten Lasten werden über die Deckenplatten zum Doppelriegel im Abstand von 220 mm zu den Stützen abgetragen.
Der Stützenfuß lagert auf den Riegeln auf, so daß die Riegelköpfe zusätzlich zur Auflagekraft noch durch die anteilige Stützenlast beansprucht und entsprechend bewehrt werden. Die Riegel kragen an den Außenseiten über die Stützen aus. Im Bereich der Gleitkerne liegen die Riegel auf den Wänden auf.
Die horizontalen Lasten (Wind und Stabilisierungskräfte) werden über Deckenscheiben (Fertigteilplatten mit Ringankern) in vier Gleitkerne eingetragen.
Die zulässige Deckenbelastung beträgt:

- im Verkaufsbereich $p = 5\,kN/m^2$
- im Lagerbereich $p = 7{,}5\,kN/m^2$
- über dem Anlieferhof $p = 5\,kN/m^2$ (nicht befahrbar)

Die Fundamentplatte mit 900 mm Dicke überträgt die Stützenlasten sowie die Lasten aus den Kernen in den Baugrund. Die Anordnung einer durchgehenden Platte wurde wegen des anstehenden Baugrundes (bindiger Boden) und der hydrologischen Verhältnisse (hoher Grundwasserstand und wasserführende Sandschichten), die eine Grundwasserdichtung erforderlich machten, gewählt.
Die Dicke der Grundplatte des Anlieferhofes beträgt wegen des Grundwasserauftriebes und der relativ geringen Auflast d = 1800 mm. Die Gleitkerne übernehmen die Aufzüge und Treppen, sowie alle Installationsführungen, einschl. der Lüftung.

14

15

Stadtbildanalyse und Gestaltungskonzeption für den Stadtkern Fürstenwalde

Dipl.-Ing. Dietrich Koch, HAG Komplexer Wohnungsbau des Bezirkes Frankfurt (Oder), Chefarchitekt
Dr. Ing. Wolfgang Töpfer, HAG Komplexer Wohnungsbau des Bezirkes Frankfurt (Oder), Komplexverantwortlicher Architekt

1

2

3

Aufgabenstellung

„Ein wichtiges Anliegen sozialistischen Städtebaus ist es, dafür zu sorgen, daß die effektivste Lösung der heutigen Bauaufgaben stets mit dem Blick auf die voraussehbare Zukunft der Stadt als Ganzes erfolgt. Dabei erlangt die harmonische Verbindung der neu entstehenden Bauten mit der vorhandenen wertvollen Bausubstanz immer größere sozialökonomische und kulturpolitische Bedeutung. Der liebevollen Pflege und Ausgestaltung des Stadtzentrums mit seinen Ensembles und historischen Gebäuden, mit seinen den Bürgern vertrauten Straßen und Plätzen gebührt dabei besondere Aufmerksamkeit."

Die praktische Umsetzung dieser in den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik" formulierten Zielstellung fordert eine neue Qualität in der schöpferischen Auseinandersetzung mit dem komplexen Gegenstand der Stadtgestalt.

Aus den gewachsenen Ansprüchen resultiert die Notwendigkeit, auch neue Schritte in der wissenschaftlichen Durchdringung unseres Arbeitsgegenstandes zu gehen, mitunter auch fachliches Neuland zu erschließen. Die genaue Betrachtung architektonischer Qualitätsanforderungen besonders innerstädtischer Bauvorhaben, deren Realisierung ehemalige Funktionsstrukturen und Erscheinungsbilder verändert, macht dieses Erfordernis besonders deutlich. Gilt es doch, hierbei genau den Spielraum in der Nutzungsänderung, in Maßstab, Proportion und Formensprache der Gesamtheit aller den städtischen Raum beherrschenden Architekturelemente zu ermitteln, bei dem soziale Strukturen nicht in ungewollte Qualitäten umkippen und im Bewußtsein der Bewohner verwurzelte Formen und Traditionen nicht zerstört werden, aber dennoch eine entscheidende Verbesserung der Lebensbedingungen eintritt.

Bei der Planung und Vorbereitung von Bauaufgaben an innerstädtischen Standorten sind die gestaltrelevanten Merkmale des Standortes zu erkunden, gewissenhaft zu analysieren, bewahrungswürdige Elemente aufzuspüren und in sozialer und gestalterischer Hinsicht zu werten mit dem Ziel, typische Gestaltfaktoren zu definieren, die geeignet sind, bei Übertragung auf den Entwurf der zu lösenden Bauaufgabe ein eigenständiges und unverwechselbares Erscheinungsbild zu erzeugen. Die Zielstellung kann dabei nicht allein in der Schaffung von Grundlagen für ein dogmatisches Nachvollziehen historischer Stadt- und Gebäudestrukturen bestehen, sondern es sind außer dem angepaßten, in Harmonie zur traditionellen Umgebung stehenden neuen Gebäude durchaus moderne, die Lebensauffassungen und Produktionsbedingungen unserer Zeit repräsentierende Architekturlösungen anzustreben. Beides sind gleichwertige Hauptaufgaben der städtebaulich-architektonischen Entwurfstätigkeit.

Als im Jahre 1985 durch den Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder) mit der Aufgabenstellung für das Vorhaben beschlossen wurde, rund 850 Wohnungen im Stadtkern der Kreisstadt Fürstenwalde zu errichten, war eine städtebauliche Direktive Bestandteil der Ratsvorlage, in der neben stadtstrukturellen Vorgaben für die weitere Vorbereitung vor allem stadtkompositorische und Gestaltungsanforderungen an die zu errichtenden Neubauten formuliert waren.

Vorausgegangen waren erste Untersuchungen standorttypischer Gestaltmerkmale, in deren Ergebnis aber erkennbar wurde, daß eine vollständige Erfassung dieser Merkmale nur durch eine systematische Analyse des Stadtbildes und die entwurfsmäßige Verarbeitung der aus der Analyse gewonnenen Erkenntnisse nur im Rahmen einer komplexen Gestaltungskonzeption möglich sein würde.

Dabei mußte die Arbeit auf folgende inhaltliche Schwerpunkte orientiert werden:

– Ermittlung von Gestaltanforderungen an die zu errichtenden Neubauten sowohl als Systemmerkmale für die parallel zu entwickelnde neue Wohnungsbauserie WBS 70/IW 86 F als auch im Sinne von Vorgaben für standortspezifische Gebäudelösungen
– Entwürfe für die teilweise bauliche Umgestaltung und vor allem für die Fassadenrekonstruktion zu erhaltender Altbauten
– den Entwurf von Freiflächenelementen, die Gestaltung von Straßen- und Bodenbe-

Beispiele zur Stadtbildanalyse

1 Freiraumstruktur Anfang des 20. Jh.

2 Heutige Struktur der Freiräume

3 Raumprofile (Nord-Süd-Schnitt durch den Stadtkern)

4 Gebäudeanalyse eines ausgewählten Straßenabschnittes

5 Bauflächen im Südosten des Baugebietes, auf denen Quartierergänzungen vorgesehen sind

lägen für den innerstädtischen Raum mit Ableitung von Anforderungen an Materialdisposition und Herstellungsverfahren
– die architekturbezogene Kunst, die Stadtmöblierung und Straßenbeleuchtung
– die Schrift- und Werbegestaltung.
Zu diesen Schwerpunkten wurden in der Gestaltungskonzeption Aussagen erarbeitet und als Ergebnis gemeinsamer Arbeit zwischen örtlichem Organ, städtebaulicher Planung, Komplexarchitekten des Baukombinates und bildendem Künstler in unterschiedlicher Form und mit unterschiedlichen Mitteln dargestellt. Es entstanden Zeichnungen, Fotomontagen, farbige Abwicklungen, Texte und Modelle.
Im Arbeitsprozeß wurde deutlich, daß die einzelnen Arbeitsergebnisse entsprechend dem Prozeßcharakter der komplexen Umgestaltung eines Stadtgebietes zu unterschiedlichen Zeitpunkten praxiswirksam werden und daß sie selbstverständlich an unterschiedliche Adressaten gerichtet sind.
Zum Beispiel wurden, da der Kreisbaubetrieb mit der Rekonstruktion vorhandener Gebäude einschließlich Fassadenneugestaltung bereits begonnen hatte, viele Entwürfe zur Altbausubstanz sofort in die Praxis umgesetzt, während um die Architektur der neu zu errichtenden Gebäude oder um das Anspruchsniveau für die Gestaltung der Außenanlagen innerhalb des Planungsgebietes z. Zt. noch die Auseinandersetzung geführt wird. Das bedeutet, daß einige Ergebnisse bereits Projektcharakter tragen, während andere konzeptionellen Vorlauf charakterisieren, der schrittweise den sich verändernden Bedingungen angepaßt werden muß. Die Bearbeiter sehen in der Gestaltungskonzeption für den Stadtkern von Fürstenwalde einerseits ein langfristig wirksames Führungsinstrument in der Hand des Stadtarchitekten, zugleich aber in der inhaltlichen Breite und dem erreichten Bearbeitungsgrad ein Experiment, über dessen Effektivität erst nach Ablauf einiger Jahre geurteilt werden kann.
Grundlage für die Ausarbeitung der Gestaltungskonzeption war eine umfassende Stadtbildanalyse des betrachteten Planungsgebietes, welches im wesentlichen den historischen Stadtkern umfaßt, mit folgenden Analysegegenständen:
– historische Entwicklung der Stadtstruktur, der Stadtgestalt und Analyse der Funktionsstruktur. Hierbei wurden durch genaue örtliche Bestandsaufnahme, aber auch unter Nutzung historischer Karten und Fotos sowie verbaler Aussagen älterer Bürger, die heutige und die frühere Funktionsverteilung, die Hauptkommunikationsbereiche, die Verkehrs- und Freiflächenstruktur sowie städtebauliche Maßstabsfragen untersucht.

FASSADENANSICHT

NEBENRAUM
WOHNUNG
VERKAUFSSTELLE
HAUSEINGÄNGE
LADENEINHEIT
FUNKTIONELLE GLIEDERUNG

FIRST-TRAUF UND SOCKELLINIE

FASSADENPROPORTION

VERHÄLTNIS ÖFFNUNG-MASSE

GLIEDERUNG DER ÖFFNUNGEN

PLASTISCHE GLIEDERUNG

DACHZIEGEL
BLECH
GLATTPUTZ MIT FARBANSTRICH
KLINKER BZW. KERAMIK
MATERIAL UND FARBE

4

5

6

7

8

- städtebaulich-räumliche Struktur der vorhandenen Bebauung. Hauptgegenstand dieses Untersuchungskomplexes sind Gestaltmerkmale, die durch Gebäudeensembles, d. h. nach bestimmten Prinzipien zueinander geordneter Einzelgebäude, gebildet werden. Dazu gehören Raumproportionen, Gesamtheit der Dachlandschaft, häufige Geschoßanzahlen, Baufluchten und Sichtbeziehungen. Gegenstand dieses Analyseteiles sind aber auch Fehler und Zerstörungen in ehemals ausgewogenen Gestaltstrukturen und Schlußfolgerungen für ihre Beseitigung.
- Gestaltmerkmale der Freiflächen und Außenanlagen. Diese Analyse reicht von der Bewertung der vorhandenen Bäume und Grünflächen bis hin zur Ermittlung der verschiedensten Pflasterstrukturen einschließlich der Beurteilung ihrer Wiederverwendbarkeit.
- gestaltdominante Bau- und Landschaftselemente. Hier wurde die Wirkung einmaliger, milieuprägender Gestaltelemente analysiert.
- Gestaltmerkmale der vorhandenen Gebäude.
  In diesem Analyseteil wurde die zu erhaltende Gebäudesubstanz anhand historischer Fotos, aber auch verlorengegangene Gebäude hinsichtlich funktioneller Gliederung, Fassadenproportionen, Verhältnis Wand-Öffnungen, plastischer Gliederung der Fassade, Trauf- und Firstlinien, Sockelhöhe, Tür- und Fensterproportionen, Dachaufbauten, Material und Farbe untersucht und Schlußfolgerungen für die architektonische Gestaltung der einzuordnenden Neubauten abgeleitet.

Ergebnis der Stadtbildanalyse und der Gestaltungskonzeption

Von den genannten Analysegegenständen sollen schwerpunktmäßig die für die Planung wesentlichen Ergebnisse vorgestellt werden.

Funktionsstruktur

Charakteristisch für die Fürstenwalder Altstadt war vor ihrer Zerstörung eine äußerst dichte Funktionsmischung. Anfang dieses Jahrhunderts wies der Stadtkern neben einigen Industriebetrieben und 3 Kaufhäusern über 200 Geschäfte, Gaststätten, Handwerksbetriebe und Institutionen auf. In den Geschäftsstraßen und am Markt waren je Haus eine bis drei, die Tiefe der Grundstücke maximal nutzende Einrichtungen untergebracht. Diese Nutzung vorrangig der Erdgeschosse führte zu einem extremen Überbauungsgrad der Höfe mit all seinen Problemen; doch die Straßenräume waren dabei abwechslungsreiche und funktionstüchtige Kommunikationszonen.

Infolge der Kriegsverluste fehlen heute die ehemals reich ausgestatteten Fußwegeverbindungen zwischen Thälmann- und Mühlenstraße, ebenso der Marktplatz. Die nach 1945 benötigten Wohnhäuser wurden bis auf wenige Ausnahmen ohne gesellschaftliche Einrichtungen gebaut, die städtischen Aktivitäten verlagerten sich nach Norden in die Thälmannstraße. Als Relikt blieb die Mühlenstraße erhalten – heute Ausgangspunkt der Neuplanung. Die Generalbebauungspläne reservierten die Flächen um das Rathaus für großflächigen Gesellschaftsbau. In Auswertung der Analyse und Überprüfung des zukünftigen Bedarfes an gesellschaftlichen Einrichtungen ist geplant, die Baufelder am Rathaus mit funktionsunterlagerten Wohnhäusern zu bebauen. Durch annähernde Wiederherstellung der ursprünglichen Freiraumpro-

9

10

Bestehende Häuser, die den Maßstab für die Neubebauung bilden

6 *Eckhaus in der Mühlenstraße*

7 *Rekonstruierte Häuser in der Schloßstraße*

8 *Neubauten in der Straße der Jugend*

Blick in die Leninstraße

9 *Anfang des 20. Jahrhunderts*

10 *Nach Fertigstellung der Marktquartiere*

11 *Heutiger Zustand*

11

portionen, ein vielfältiges und kleinteiliges Funktionsangebot sowie eine Architektur und Freiflächengestaltung von hoher Qualität wird ein altstadtgerechtes Ensemble angestrebt, mit einem lebendigen Milieu in einer unserer Zeit entsprechenden Qualität.

In den weniger frequentierten Straßen kann reiner Wohnungsbau errichtet werden.

Bebauungsstruktur

Der Stadtkern wies vor der Zerstörung eine starke Überbauung auf – eine Folge kontinuierlicher Stadtentwicklung mehrerer Jahrhunderte. Das mittelalterliche Gründungsschema blieb trotz vielfältiger Baumaßnahmen in seiner Gesamtheit erhalten, eine fortwährende Verdichtung erfolgte durch Grundstücksteilung, Gebäudeaufstockung und Hofüberbauung. Die Baufluchten wurden bis ins 20. Jahrhundert respektiert, da sie eine maximale Grundstücksnutzung gewährleisteten. Nach dem Krieg wurden die Baufluchten generell zurückgesetzt.

Der historische Stadtgrundriß zeichnete sich durch exakt begrenzte Räume aus; öffentliche Bereiche waren von privaten getrennt. Derartig eindeutige Abgrenzungen sind heute noch als Relikte anzutreffen. Die ursprünglichen Raumfolgen von Gassen, Straßen und Plätzen sind verlorengegangen. Die Regel sind jetzt übergreifende Freiräume. Die Analyse zeigt, daß die mit der Stadtgründung festgelegte Bebauungsstruktur auch den heutigen und künftigen Bedürfnissen gerecht wird, sofern die Verkehrsprobleme, die sich z. Z. im Zentrum konzentrieren, gelöst werden.

Mit der Lösung der Bauaufgabe zur Komplettierung des Stadtzentrums sind in Anlehnung an die historische Situation wieder klare Baufluchten und klar begrenzte Freiräume zu schaffen. Gestaltungsschwerpunkte sind dabei der Markt als zentraler Stadtplatz und der Dombereich als durchgrünte Ruhezone.

Die Quartiere sind in der Planung so bemessen, daß auch bei einer höheren Bebauung entlang der ursprünglichen Baufluchten angenehme und funktionstüchtige Straßen- und Platzräume sowie annehmbare Wohnhöfe entstehen.

Hausbreite

Die historische Parzellenstruktur war kleinteilig und in ihren Grundstücksbreiten differenziert. Vom Marktplatz und den Geschäftsstraßen mit den größten Parzellen (bis ca. 18 m) ausgehend, wobei die Eckparzellen die größten Frontlängen (bis ca. 30 m) hatten, verkleinerten sich die Grundstücke bzw. Hausbreiten zur Stadtmauer hin (4 bis 6 m). In der Regel nahmen die Häuser die gesamte Grundstücksbreite ein, so daß geschlossene Häuserfronten entstanden.

Die Analyseergebnisse auf den Neubau anzuwenden heißt, nicht Wohnblöcke, sondern Einzelhäuser zu bauen. Auch wenn ökonomische und technische Gründe zwingen, weiterhin Segmente zu Blöcken zu addieren, so wird angestrebt, die funktionelle Einheit „Hausgemeinschaft" herzustellen, daher die haus- bzw. segmentweise Gestaltung als Grundprinzip anzuwenden, wobei sich die Hausgestaltung in die Ensemblewirkung einzuordnen hat.

Bei der Festlegung der Neubau-Hausbreiten ist weiter zu bedenken, daß im Falle notwendiger Geschoßzahlerhöhungen die analysierten Hausbreiten nicht ohne weiteres übernommen werden können, da sich die Fassadenproportionen ändern. So wirkt beispielsweise ein 26 m langer Zweigeschosser gut proportioniert, während ein Viergeschosser gleicher Länge zum unproportionierten Wohnblock wird. Das Verhältnis Hausbreite-Höhe muß neu festgelegt werden. Mit der Anwendung unterschiedlich breiter Segmente soll eine auf die Proportionen der Straßen-

12

13

14

räume bezogene Differenzierung der Hausgrößen erreicht werden.

Geschoßanzahl, Traufline

Die ursprüngliche Bebauung der Stadt, abgesehen von den Anfängen der Stadtentwicklung, war überwiegend zweigeschossig. Diese Bebauung prägt auch heute noch wesentlich das Stadtbild. Spätere Ersatzbauten durchbrechen die ehemals gleichmäßigen Traufen, teilweise sehr unharmonisch. Aufgrund niedrigerer Dächer weichen die Firstlinien kaum von den mit hohen Satteldächern ausgestatteten Zweigeschossern ab.

Der Wohnungsbau nach 1945 erfolgte anfangs in Anpassung an den Gebäudebestand. Aufgrund niedrigerer Geschoßhöhen konnte dreigeschossig gebaut werden, ohne die vorherrschenden Trauflinien zu durchbrechen. Diese Altneubauten sind Ansatzpunkt für die geplanten Wohnhäuser in unmittelbaren Anschluß an Altbauten.

Die in den siebziger Jahren errichteten vier- und fünfgeschossigen Blöcke sind von Interesse, obwohl sie sich im weniger frequentierten Randbereich befinden, da die heutigen Realisierungsbedingungen noch die gleichen sind; auch muß die harmonische Anpassung im Nordteil des Stadtkerns gesucht werden.

Die sich nicht unmittelbar an die Altbauten anschließenden Baufelder können vier- bis fünfgeschossig bebaut werden mit der Vorgabe, daß im Einzugsbereich der Baudenkmale die Trauflinie über dem dritten Geschoß anzuordnen ist. Die Traufe ist, wie früher, deutlich durch einen Dachüberstand zu markieren.

Der Geschoßzahlwechsel benachbarter Häuser war ursprünglich nicht typisch, prägt heute aber das Stadtbild mit, so daß dieses Gestaltungsprinzip auf den Neubau übertragbar ist. Da geschoßhohe Staffelungen meist unharmonische Sprünge darstellen, sollte eine Milderung mittels differenzierter Sockel- und Erdgeschoßhöhen (bei Funktionsunterlagerung), Höhenstationierung, Variation der Trauflinie bzw. Dachaufbauten erreicht werden.

Geschoßhöhe, Sockelhöhe

Die Erdgeschoßhöhe der analysierten Alt- bzw. Altneubauten beträgt in der Mühlenstraße (Geschäfte) 3,30 bis 4,50 m und in der Schloßstraße 2,60 bis 4,10 m. Die Wohnungsgeschosse sind 3,05 bis 4,30 m bzw. 2,60 bis 3,80 m hoch. Grundsätzlich wechseln die Geschoßhöhen von Haus zu Haus, auch wenn die Trauflinie annähernd gleich ist. Diese repräsentativen Beispiele geben für den geplanten Wohnungsneubau nur wenige Ansatzpunkte. Auch zwingen wirtschaftliche Aspekte zur Minimierung auf funktionsbedingte Größen. Durch die nicht erreichbare Anpassung in den Geschoßhöhen, die sich besonders deutlich in den abweichenden Fensterformaten zeigt, werden die Neubauten immer in gewissem Kontrast zu den Altbauten stehen. Doch sollte zumindest die Funktionsunterlagerung entsprechend der Bedeutung ihres Standortes in ihrer Höhe zwischen 3,30 m und 4,20 m variiert werden, zumal nicht nur Geschäftsstraßen, sondern auch der Marktplatz neu aufzubauen sind.

Der weitaus größte Teil der Altstadthäuser hat Sockel von maximal 60 cm. Die Höhenlage der Erdgeschoßfußböden wurde den Funktionen angepaßt, wobei Höhensprünge im Haus keine Seltenheit sind. Hohe Sockel, wie sie bisher für den industriellen Wohnungsbau typisch waren, sind kein geeignetes Mittel zur Gestaltung fußgängerfreundlicher Kleinstadt-Straßenräume.

Dachausbildung, Firstlinie

In den von Altbauten geprägten Bereichen beherrscht das hohe, ziegelgedeckte Satteldach, an den Quartierecken abgewalmt, das Erscheinungsbild. Dachhöhen von 5 bis 6 m sind keine Seltenheit. Während in den Hauptgeschäftsbereichen die Traufstellung vorherrscht, war in den Gassen die Giebelstellung oft die einzige Möglichkeit, die schmalen Parzellen zu bebauen. Von diesen Giebelhäusern, die einmal ganze Straßenzüge prägten, sind nur noch wenige erhalten, so daß dieses Gestaltungsprinzip nicht auf den Neubau zu übertragen ist.

Im Laufe der Stadtentwicklung wurden erst einzelne Häuser durch höhere Gebäude mit weniger steilen Dächern ersetzt, dann kamen Wohnblöcke mit Flachdächern unterschiedlichster Form hinzu. Von den Mansarddachhäusern sind nur wenige erhalten geblieben.

Für den Neubau gilt die Zielstellung, grundsätzlich sichtbare Dachflächen anzuordnen, wobei die Dachneigung differenziert werden kann (Satteldach, Mansarddach). Die Dachflächen der Altbauten wurden fast ausnahmslos hausbezogen gegliedert, sei es durch kleine Höhensprünge der Trauf- oder Firstlinie, durch Brandmauern oder differenzierte Dachneigungen. So setzt sich die Eigenständigkeit der Hausfassaden in der Dachfläche fort. Standortgerecht bauen, d. h. das Stadtbild erhalten, bedeutet, die Gliederungsprinzipien der Stadthäuser zu übernehmen. Die Dachflächen sind durch geringfügige Höhenstaffelungen und Randstreifen voneinander abzusetzen.

Blick auf Marktplatz und Dom

12 Nach Fertigstellung der Marktquartiere

13 Vor der Zerstörung 1945

14 Heutige Situation

15 Geplanter Platz am Rathausgiebel

16 Modell vom Rathausquartier (Ausschnitt)

15

16

Dachaufbauten waren und sind für die Altbauten nicht typisch, treten aber vereinzelt auf. Die gleichmäßig angeordneten kleinen Dachgaupen des repräsentativen Bürgerhauses Mühlenstr. 26 können im Einzelfall als Vorbild dienen, doch ist die ungestörte Dachfläche im allgemeinen erstrebenswert, d. h. Fenster sind in die Dachschräge zu integrieren. Fenstergruppierungen und loggiaähnliche Öffnungen im Dachbereich sind zu vermeiden.

Fenster

Die analysierten Alt- bzw. Altneubauten weisen relativ gleichmäßig auf die Fassaden verteilte Fenster auf, grundsätzlich im Hochformat und durch Sprossen gegliedert. Die Fensterhöhen betragen in der Mühlenstraße 1,55 bis 2,50 m, in der Schloßstraße 1,20 bis 1,90 m. Fast ausnahmslos haben benachbarte Häuser unterschiedliche Fenster, ebenso variiert das Verhältnis Masse zu Öffnung. Durch unterschiedliche Höhenstationierung und andere Geschoßhöhen bilden die Brüstungs- und Sturzlinien keine durchgehenden Geraden. Es ist festzustellen, daß gerade die Fenster einschließlich der Faschen jedem Haus ein individuelles Gepräge geben – ganz im Gegensatz zu den gleichförmig angeordneten bzw. gruppierten Fenstern der Wohnblöcke.

Diese Vielfalt traditioneller Bauweisen läßt sich nicht wiederholen, doch sollten alle Möglichkeiten einer variablen Fensteranordnung bzw. -gestaltung genutzt werden. Dominante Bauteile, die den Charakter der Stadt prägen, sind mit individuell hergestellten Fenstern auszustatten. Mit diesen Fenstern kann ein Bezug zu den Altbauten, aber auch zur modernen Baugesinnung hergestellt werden.

Treppenhausfenster auf der Straßenseite sind für die Altbauten untypisch. Die Treppenhäuser der Neubauten sind den Höfen zuzuordnen bei gleichzeitiger Lage der Hauseingänge an der Straße.

Zur formalen Gestaltung der alten Haustüren ist festzustellen, daß diese unter Einhaltung durchgängiger Prinzipien wie Aufnahme der Fenstersturzhöhen und Anordnung von Oberlichtern individuell den Häusern angepaßt wurden. Schaufenster und Ladentüren bilden eigenständige funktionelle und formale Einheiten, deren Gestaltung auf Grund zeitbezogener Umbauten häufig im Widerspruch zu den Obergeschossen steht. Die Läden wurden ein- oder beidseitig der Haustür angeordnet, haben 2,20 bis 3,50 m hohe, sprossengegliederte Schaufenster mit niedrigen Brüstungen und Markisen sowie ein- und zweiflüglige Türen mit wenigen Eingangsstufen und Oberlichtern.

Diese Gestaltungsprinzipien sind Planungsgrundlage; eine ausgewogene architektonische Gesamtwirkung der Hausfassade ist Zielstellung. Voraussetzung für die angestrebte, der historischen Situation analoge Kleinteiligkeit und Erlebnisvielfalt, ist ein Umdenken der Handelsorganisationen, die bisher allein vom rationellen Warenumschlag ausgingen.

Fassadenoberflächen, Gliederungselemente

Bis auf wenige Klinkerbauten haben alle Altbauten Putzfassaden, die zur Zeit einen PAC-Farbanstrich erhalten. Auch die in der 0,8-MP-Bauweise errichteten Wohnblöcke sind geputzt, so daß mit dem geplanten Wohnungsneubau erstmals die großformatige Plattenstruktur im Stadtbild erscheinen wird. Ob so die in der Komplexrichtlinie geforderte harmonische Anpassung an den Gebäudebestand erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Um den Kontrast zu minimieren, sind schmale, saubere Fugen und putzähnliche Oberflächen erforderlich.

Die Altbaufassaden wiesen sparsame Schmuck- und Gliederungselemente wie Fensterfaschen und Gurtgesimse auf. Historisierende Schmuckelemente am rationell in Serie gefertigten Plattenbau sind weitestgehend auszuschließen. Plastische Gliederungselemente wie Loggien, Balkons und Erker sind für die historischen Gebäude nicht typisch. Wenige vorhandene Erker fügen sich harmonisch in das Stadtbild ein, während die Balkons der Wohnblöcke aus den 60er Jahren zur Durchmischung der privaten und gesellschaftlichen Sphäre in den öffentlichen Straßen führen – es entsteht das Milieu eines Wohngebietes, nicht des Stadtzentrums. Deshalb sind in Zukunft Balkons oder Loggien den Quartierhöfen zuzuordnen; Erker sollten den Neubau ausschließlich an städtebaulich dominanten Punkten prägen.

Städtebaulich-architektonische Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse

Die aus der Stadtbildanalyse gewonnenen Erkenntnisse wurden mit der Gestaltungskonzeption bezogen auf zwei Schwerpunkte praktisch umgesetzt:

1. Bei der städtebaulichen Planung und den ersten Schritten der Investitionsvorbereitung des Gesamtvorhabens und

17

18

17 *Marktplatz – Westseite. Entwurfsbeispiel aus der Gestaltungskonzeption*

18 *Isometrie des wiederaufgebauten Stadtkerns*

2. bei der Gestaltung standorttypischer Gebäudelösungen für den industriellen Wohnungsbau.

Die städtebauliche Lösung ist gekennzeichnet durch die Aufnahme der historisch gewachsenen Quartierstruktur und im wesentlichen auch der alten Baufluchten. Dadurch war es möglich, vorhandene, erhaltenswerte Gebäude in das neu zu gestaltende Ensemble des Stadtkerns gleichwertig einzubeziehen. Daraus ergab sich die Verpflichtung, diese Gebäude und ihre Gestaltmerkmale bis zu einem gewissen Grad zum Maßstab der Neubebauung zu machen. Die Quartierbebauung ermöglichte gleichzeitig die städtebauliche Fassung der durch Kriegszerstörungen freigelegten Baudenkmäler Dom und Rathaus in einer neuen baulichen Qualität und damit die Wiederherstellung traditioneller Sichtbeziehungen zu diesen Dominanten im städtebaulichen Raum. Aus der Analyse der Funktionsstruktur wurde eine Wertigkeitsskala der Gestaltung abgeleitet: Der Marktbereich erhält die höchste Wertigkeit, es folgen der Dombereich an zweiter Stelle und danach die Nebenstraßen. Daraus ergab sich für die Planung und für die Gebäudelösungen ein abgestuftes Forderungsprogramm zum Gestaltungsaufwand. Geschäfte wurden nur im Marktbereich eingeordnet, während in den Nebenstraßen die Wohnfunktion dominiert.
Aus der Analyse abgeleitet wurden für die Neubauten 3 bis 5 Stockwerke und ein- bzw. zweiseitig orientiertes ausgebautes Mansarddach. In Ausnahmefällen wird das Satteldach mit Walm erforderlich.
In den Bereichen mit hoher gestalterischer Wertigkeit ist die volle Gebäudeecke mit umlaufendem Dach geplant, während aus Gründen des nur möglichen Schrittmaßes bei der Erzeugnisentwicklung in den für die Realisierung zuerst vorgesehenen Bereichen geringerer Wertigkeit Eckverbinderlösungen zur Anwendung kommen werden.
Es werden folgende Grundvarianten für die Gebäudelösung eingesetzt:

- Mittelganghaus
- Außenganghaus
- Segmentwohnungsbau als Zweispänner mit differenzierten Segmentlängen sowie Eck- und Endsegmente.

Sämtliche Gebäude sind unterkellert und besitzen Hausdurchgänge. Um die Vorzüge der Quartierstruktur für die Wohnqualität möglichst umfassend nutzen zu können, sind die Grundrisse des Segmentwohnungsbaus zoniert, d. h. trotz Lage des primären Hauseinganges zur Straße liegen alle Räume, in denen geschlafen wird, an der Hofseite der Gebäude. Die Gebäudefassaden sind entsprechend den Analyseergebnissen hausweise ohne Balkons oder Loggien gestaltet.
An städtebaulich dominanten Punkten, z. B. an einigen Marktplatzfassaden und an einer Marktecke sind individuell ausgebildete Erker vorgesehen. Die Fenster haben überwiegend stehendes Format und aus Vorfertigungsgründen einheitliche Abmessungen, ohne in besonderen Gestaltungssituationen abweichende Formate auszuschließen.
Von besonderer Detailwirkung werden die ebenfalls aus der Analyse abgeleitete Putzstruktur der Fassaden mit Verwendung von Farbe und Fensterfaschen und Gesimsmarkierungen sowie die Möglichkeit zusätzlicher Plastizität der Baukörper durch Höhen- und Seitenversätze geringer Maßsprünge sein.
Durch eine intensive und konstruktive Gemeinschaftsarbeit zwischen der städtebaulichen Planung und den Kollegen des Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinates Frankfurt (Oder) konnten diese aus der Stadtbildanalyse und Gestaltungskonzeption Fürstenwalde abgeleiteten und auch für andere innerstädtische Bauaufgaben bedeutsamen Ergebnisse für ihre städtebaulich-architektonische Umsetzung in die Praxis vorbereitet werden.

Institut für Halbleiterphysik in Frankfurt (Oder)

1 Eingangsgebäude und Laborgebäude an der Walter-Korsing-Straße

2 Eingangsgebäude vom „Kellenspring"

Dipl.-Ing. Dietmar Schröder
Akademieprojekt

1

2

Auf die ständig zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung der Mikroelektronik wurde innerhalb des letzten Jahrzehnts durch zahlreiche Beschlüsse der Partei- und Staatsführung der DDR reagiert. Die daraus abgeleiteten konkreten Aufgabenstellungen für das Institut für Halbleiterphysik der Akademie der Wissenschaften der DDR führten zu der Entscheidung für einen Institutsneubau.

Standort

Die Wahl des Standortes in Frankfurt (Oder), in der Nähe des VEB Halbleiterwerk, garantierte günstige Bedingungen für eine enge Verflechtung von Forschung, Entwicklung und Produktion der Halbleiterbauelemente. Für die Stadt Frankfurt bedeutet die Ansiedlung dieser Forschungseinrichtung nicht nur einen Beitrag für die weitere Entwicklung zu einem Zentrum der Halbleiterelektronik, sondern auch eine Erweite-

3 Gasstation und Laborgebäude von Südosten

4 2. Obergeschoß 1 : 600
225 bis 232 Garderoben
233 bis 247 Wissenschaftliche Arbeitsräume
255 bis 274 Laborräume
275 Technische Anlagen

5 Schnitt 1 : 600

6 1. Obergeschoß 1:600
Laborgebäude
116 bis 119 Gang (weiß)
120, 121 Reine Räume
136 bis 145 Garderoben
146 bis 150 Wissenschaftliche Arbeitsräume
157 Pausenraum (weiß)
Eingangsgebäude
101 bis 104 Direktorat
109 Lesesaal
110 Beratungsraum
111 Bücherspeicher
112 Technische Anlagen
113 Foyer
Verbindungsbau
101 bis 127 Büros und Verwaltung

Werkstatt- und Lagergebäude
101, 102 Laborräume
103 bis 113 Lager
114 bis 116 Hauptmechanik
118 bis 123 Lager
126 bis 129 Büros

7 Erdgeschoß 1 : 600
Laborgebäude
16 bis 18 Labore
21 bis 45 Technische Anlagen
Eingangsgebäude
2 Halle
3 Treppe
4 Garderobe
5 Pförtner
10, 11 Speisesaal
12 bis 18 Küche
Verbindungsbau
1 bis 20 Lager und Vorbereitung Küche
24 bis 39 Sozialräume
Werkstatt- und Lagergebäude
1 bis 3 Werkstätten
4 bis 7 Versorgungstechnik
8 bis 27 Lager und Werkstätten

Generalprojektant:
Akademieprojekt
Aufgabenverantwortlicher: Dipl.-Ing.
Dietmar Schröder

Konzeptionelle Bearbeitung Entwurf:
Architekt Joachim Hahn

Projektbearbeitung Hochbau:
VEB Bau- und Montagekombinat Ost
Betrieb Forschung und Projektierung
Frankfurt (Oder)
Kollektivleiter: Bauingenieur
Gerd-Michael Lange
Projektverantwortlicher: Dipl.-Arch.
Dieter Losansky

Projektbearbeitung Ausrüstung:
VEB Elektronikprojekt Dresden
Arbeitsverantwortlicher: Ingenieur
Johann Datzmann
Leitung: Ingenieur Dieter Wagner

Baugebundene Kunst:
Falko Warmt, VBK-DDR

3

rung der sozialen Struktur und nicht zuletzt eine Ergänzung des Stadtbildes. Der Gesamtkomplex wird von der Walter-Korsing-Straße im Westen, dem Kellenspring im Norden, der Fischerstraße im Osten sowie der Neuen Lehmgasse im Süden begrenzt.
Durch die Nähe zum Stadtzentrum und zu städtischen Grünanlagen – Anger, Gertraudenpark, zukünftiger Grünzug entlang des alten Oderarmes – ist das Gebiet städtebaulich bedeutsam.
Das Gelände liegt im Überschwemmungsbereich der Oder, auf eine Unterkellerung des Neubaus wurde daher verzichtet.
Die Anlage besteht aus fünf Teilobjekten, die einen Innenhof umschließen. Der Hof wird für technologische Funktionen genutzt. Das dem Stadtzentrum zugewendete Eingangsgebäude ist durch künstlerische Metallgestaltung und einen Laubengang in der Erdgeschoßzone aufgelockert und belebt den an-

4

5

WERKSTATT-UND LAGERGEBÄUDE

GASSTATION

6

7

WERKSTATT- UND LAGERGEBÄUDE

GASSTATION

LABORGEBÄUDE

EINGANGSGEBÄUDE

8

sonsten funktionellen Charakter des Gebäudekomplexes. Die alte Baumgruppe um den ehemaligen Brunnen („Kellenspring") ist in die Grüngestaltung einbezogen.
Beherrschender Bauteil ist das langgestreckte Laborgebäude. Die Begrenzung auf vier Geschosse berücksichtigt die benachbarte Bebauung. Die Farbgebung in verschiedenen Abstufungen von Gelbocker sowie ziegelroten und weißen Flächen im Kontrast zu dunkelbraunen Schäften und Fenstern nimmt ebenfalls Bezug auf die Umgebung.

Funktion

Kernstück der Anlage ist das Laborgebäude.
Im 1. Obergeschoß sind zwei Reine Räume der Staubklasse 100 (TGL 33367) angeordnet. Diese Räume können nur durch Schleusensysteme betreten werden. Große Aufmerksamkeit wurde der Nutzungsflexibilität im Reinraumbereich geschenkt. Ein System von Installationsöffnungen im Fußboden ermöglicht die Nachrüstung ohne erheblichen Aufwand.
Die oberen Geschosse enthalten physikalische und chemische Labore sowie Räume für wissenschaftliche Arbeitsplätze. Durch die Anordnung von zwei Fluren ergibt sich eine klare Gliederung der Funktionsbereiche innerhalb einer Etage, wobei in der Kernzone hauptsächlich Dunkelkammern, Röntgen-

Bauzeit:	Primärerschließung	1979
	Hochbau	1980 bis 1982
Umbauter Raum		57 000 m³
Bruttofläche		12 720 m²

9

10

8 Gesamtansicht

9 Speisesaal

10 Haupttreppe

11 Meß-, Steuer- und Regelwarte

12 Ein Meßraum im Laborgebäude

13 Lüftungszentrale

räume und ähnliche Labore untergebracht sind.
Auch die Labore des 2. und 3. Obergeschosses unterliegen Reinraumbedingungen (Staubklasse 100 000). Zwischen Fluren und Laborräumen sind Installationsschächte zur Aufnahme der zahlreichen Ver- und Entsorgungsleitungen angeordnet.
Im Eingangsgebäude befinden sich die Bereiche, die in gewissem Umfang der Öffentlichkeit zugänglich sind. Dazu zählen der Speisesaal, Beratungsräume, Bibliothek mit Lesesaal und ein häufig für kleine Ausstellungen genutztes Foyer. Die Räume wurden im Rahmen der verfügbaren Mittel möglichst großzügig bemessen, da in dieser Zone Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen der Stadt und der Gedankenaustausch zwischen den Institutsangehörigen gefördert werden sollen. Hinzu kommt die Notwendigkeit, wissenschaftliche Veranstaltungen durchzuführen.
Die Kapazitätsreserve der Küchenanlage wird zum Teil für Versorgungsaufgaben der Stadt genutzt.
Das Gebäude am Kellenspring enthält die Funktionsbereiche Verwaltung sowie Nebenräume für die Küche und Sozialräume. Mit gleichen Geschoßhöhen schließt das Werkstattgebäude und Lagergebäude entlang der Fischerstraße an, in ihm sind unter anderem Ausrüstungen für die Ver- und Entsorgung des Laborgebäudes und Werkstätten für den wissenschaftlichen Gerätebau untergebracht.
Ein Flachbau für weitere versorgungstechnische Anlagen schließt den Hof nach Süden.

Konstruktion

Nahezu alle Teilobjekte wurden in Stahlbetonskelett-Montagebauweise „Vereinheitlichter Geschoßbau – VGB“ errichtet. Der Stützenraster beträgt im Laborgebäude und im Eingangsgebäude 7200 mm x 7200 mm, im Erdgeschoß des Laborgebäudes ist die Riegelspannweite wegen der höheren Verkehrslasten im 1. Obergeschoß auf 3600 mm reduziert. Die übrigen Bauteile weisen Stützenraster von überwiegend 6000 mm, teilweise ebenfalls 7200 mm, auf. Die Riegel spannen in Längsrichtung der Gebäude.
25% der Deckenplatten im Laborgebäude sind Installationsplatten.
Die Umhüllung der Reinräume setzt sich aus Konstruktionselementen des VEB Stahlbau- und Förderanlagen Geschwenda und des Metalleichtbaukombinates Blankenburg zusammen.

11

12

13

Neue Wohngebiete in Leningrad

Architekt Jewgenij Melnikow

In der Sowjetunion realisiert man in jeder Etappe des Wohnungsbaues sowohl neue Konzeptionen als auch neue architektonisch-planerische Verfahren, die den heutigen Anforderungen entsprechen. Auf den Baustellen werden dann die neuen Typen von Wohn- und Gesellschaftsbauten, die Gestaltung des ganzen Wohnmilieus, die siedlungstechnische Ausgestaltung und die ingenieur-technischen Lösungen einer Überprüfung unterzogen. Es finden komplexe städtebauliche Experimente im Wohngebiets- oder Wohnkomplexmaßstab statt. Unter diesem Gesichtspunkt sind die heutigen Erfahrungen der Leningrader Architekten von Interesse.
Die Stadt Sestrorezk im Leningrader Gebiet wird heute als Kurort ausgebaut. In ihrer neuen Bebauung kann man zwei prinzipielle Richtungen feststellen: Erstens die Konzeption der Bebauung mit wechselnder Geschoßzahl, die auf der Erhaltung der natürlichen Umwelt nach dem Prinzip „Häuser inmitten von Grün" beruht. Zweitens die Projektierung von langgestreckten Gebäuden mit einer Geschoßzahl, die den herausgebildeten Maßstab und den Charakter der Bebauungssilhouette ändern, wobei die natürliche Umwelt zu einem Element der Wohnviertelgestaltung nach dem Prinzip „Grün inmitten von Häusern" wird.
Nähert man sich dem Bahnhof Sestrorezk, so ist aus dem Fenster der Vorortbahn ein in Bau befindliches und durch die malerische Kanalaue geteiltes Wohnviertel zu sehen. Hier, im Uferbereich des Finnischen Meerbusens, entsteht ein neuer Wohnkomplex mit unterschiedlicher Bebauungshöhe.
Wenn man die Gesetzmäßigkeiten der räumlich-gestalterischen Lösung dieses Wohnkomplexes klarstellen will, muß man etwas über Sestrorezk selbst und die bei der Gestaltung des neuen Kurortwohnkomplexes auftretenden Probleme sagen.
In Sestrorezk begegnet man der Natur der Karelischen Landenge und wird von der Gewässerfülle in Erstaunen versetzt. Das Kurortstädtchen, das man von einem Ende bis zum anderen in einer halben Stunde durchfahren kann, wurde auf der engen Landzunge zwischen der zerschnittenen malerischen Wasserfläche des Sees Rasliw und dem Finnischen Meerbusen angelegt. Unter karelischen Fichten verläuft hier der Fluß Sestra in einem Bogen, und den Mittelpunkt von Sestrorezk verschönern zwei malerische Kanäle, in deren Flußbett das Frühjahrshochwasser aus dem See Rasliw in den Finnischen Meerbusen abgeleitet wird. Einer dieser Kanäle trennt auch den im Bau befindlichen Wohnkomplex im Zentrum von Sestrorezk in zwei Wohnviertel. An heiteren Sommertagen strömen Tausende Leningrader an die Strände, in die umliegenden Wälder und auch nach Sestrorezk selbst, das ein populärer Erholungsort geworden ist.
Die Spezifik der Entwicklung des Stadtmilieus von Sestrorezk besteht somit darin, daß zwei verschiedene städtebauliche Funktionen der Lebenstätigkeit des Menschen auf dem Territorium der Stadt kombiniert werden – das Leben der hiesigen Bevölkerung und die Erholung der Leningrader. Die ländliche Bebauung inmitten von Grün und die abwechslungsreiche Landschaft ziehen die Erholungsuchenden an. Wie kann man diese Eigenschaften des Erholungsmilieus in einer modernen Bebauung wahren? Wie kann man die Parameter der modernen Bauten und die utilitaristische Funktion eines Gebäudes mit der natürlichen Umgebung und die Industrialisierung mit der Unverwechselbarkeit der Bebauung von Sestrorezk in Übereinstimmung bringen? Das ist keine einfache Aufgabe für den Architekten. Es wurde Zeit, die neuen Prinzipien der Gestaltung von Wohnformationen zu verstehen und weitere zu entwickeln.
Bei der Rekonstruktion einer jeden Stadt, einer mit Kurortcharakter und einer historisch entstandenen Stadt im besonderen ist es äußerst wichtig, die Komponenten der städtebaulichen Umgebung für die Berechnung der Maßstäblichkeit und Angemessenheit einer neuen Bebauung richtig auszuwählen. In Sestrorezk sind das die Ausmaße einer Kleinstadt und ihre gewachsene Bebauung. In der Gestaltung eines neuen Stadtmilieus nimmt die natürliche Umgebung der Stadt – die Landschaft, die Masse und die Höhe der Baumkronen in der Stadt selbst – einen besonderen Platz ein.
Die neuen Dimensionen der zu erhaltenden natürlichen Umwelt und der neuen Wohnformationen können zwei einander widersprechende Tendenzen in der Kurortbebauung ausdrücken – die Erhaltung der natürlichen Umgebung als Hauptkomponente oder deren Umwandlung in ein Element der Wohnviertelgestaltung. Im Vorentwurf der Wohnviertel 14 und 32 wurde das Prinzip der Wohnmilieugestaltung aus kompakten und durch die natürliche Umgebung voneinander getrennten Wohnkomplexen – das Prinzip der Verbindung der Wohnung mit der Natur – verwirklicht. Daher werden in dem Wohnviertel nicht so langgestreckte Wohnkomplexe mit wechselnder Geschoßzahl gebaut. Dieses städtebauliche Verfahren in Verbindung mit den landschaftlichen Bedingungen von Sestrorezk bringt Vielfalt, Silhouettenförmigkeit und Unverwechselbarkeit der Bebauung bei zeitgemäßer Siedlungsdichte hervor.
Ein anderes interessantes Beispiel der modernen Bebauung in Leningrad ist das Städtebauexperiment im Gebiet Schuwalowo-Oserki. Im Wohnviertel Nummer 12 dieses Gebietes wurde mit der Errichtung eines Experimentalwohnkomplexes für 10 000 Einwohner begonnen. Die ersten Vorbereitungen auf die Projektierung des Experimentalkomplexes begannen 1976, als das ausführliche Auflagenprogramm mit den skizzenhaften Ausarbeitungen für den Generalplan und die einzelnen Gebäude und Bauwerke bestätigt wurde. In dem unter Beteiligung einer Reihe von Forschungs- und Projektierungsinstituten Leningrads aufgestellten Auflagenprogramm ist vorgesehen, in der Projektierung, in der Bauausführung und in der Bewirtschaftung eine breite Fragenpalette bezüglich der perspektivischen architektonisch-planerischen und ingenieur-technischen Lösungen, der neuen Gebäudetypen und Gesellschaftsbauten sowie des komplexen Dienstleistungssystems zu überprüfen. Da das Experiment auf die nächste Etappe des Massenwohnungsbaues orientiert ist und die ihm zugrunde gelegten Lösungen nicht veralten dürfen, sind natürlich einzelne davon den Möglichkeiten des Massenwohnungsbaues in der heutigen Etappe etwas voraus.
Die für Leningrad ziemlich hohe Lage des Wohnviertels Nr. 12 in Schuwalowo-Oserki (durchschnittlich +25 m über dem Meeresspiegel), das an das Wohnviertel angrenzende weitläufige Erholungsgebiet mit dem Park und den Seen sowie die bequemen Verkehrsbedingungen mit dem Stadtzentrum schaffen zusammengenommen günstige Voraussetzungen für die Bevölkerung der künftigen Wohnformation.
Der neue Wohnkomplex wurde als ungeteilter Stadtorganismus geplant. Er wird aus Wohnformationen, einem weitgefächerten Sortiment von Gebäuden für den Handels- und Dienstleistungsbereich, für die kulturelle Betreuung

1 Sestrorezk. Wohnviertel Nr. 14/32. Modell. Architekt G. Dawydow

2 Sestrorezk. Wohnviertel Nr. 14/32. Lärmschutzkomplex mit wechselnder Geschoßzahl. Gebäude Nr. 1

3 Wohngebäude in Sestrorezk. Serie 600.11

4 Sestrorezk. Wohnviertel Nr. 14/32. Bebauung am Wasserabflußkanal

1

2

3

4

5

6

7

8

5 Sestrorezk. Wohnviertel Nr. 14/32. Fassadenabwicklung

6 Sestrorezk. Grundriß des Gebäudes Nr. 1

7/8 Gebäude Nr. 1. Normalgrundrisse

9 Sestrorezk. Wohnviertel Nr. 14/32. Wohnkomplex mit wechselnder Geschoßzahl. Gebäude Nr. 18. Modell. Architekten G. Dawydow, M. Kopkow.

10 Gebäude Nr. 18 Grundriß

9

10

der Bevölkerung sowie für Unterricht und Erziehung, aus Sportbauten, kommunalen und ingenieur-technischen Bauwerken bestehen. In die räumlich-gestalterische Lösung des Komplexes wurden die konkreten Bedingungen der Lage des Wohnviertels im System des Gebietes und der Stadt als Ganzes, die charakteristischen natürlichen Besonderheiten des Gebietes, der Charakter der Bebauung der angrenzenden Wohnviertel und das Vorhandensein von umsäumenden Verkehrsmagistralen einbezogen.

Die architektonische Gestaltung des Experimentalkomplexes weist ein System organisierter Räume auf, die Plätze, Einkaufs- und Fußgängerstraßen sowie halbgeschlossene Höfe einschließen, die hinsichtlich Größe und Charakter unterschiedlich sind. Die Architekten trachteten danach, solche Beziehungen der Grundrisse und der Höhe der Bebauung zu finden, die dem Maßstab des Menschen entsprechen, was man in neuen Bebauungsgebieten leider oft vermißt. Die Silhouette und das Panorama des Komplexes werden von unterschiedlich hohen Wohnhausstrukturen – von drei bis zu 18 Geschossen – gebildet. Die Häuser mit größerer Geschoßzahl sind in der Mitte des Wohnviertels konzentriert, um gleichsam die Bedeutung des hier gelegenen gesellschaftlichen Zentrums hervorzuheben. Die niedriger werdende Randbebauung ist nach dem inneren Raum des Wohnviertels gerichtet und kaskadenförmig realisiert. Den der Stadtmitte zugewandten Höhepunkt des Wohnviertels bildet ein turmartiges Gebäude mit einer charakteristischen Silhouette, die dem Ensemble besondere Schärfe verleiht und die Dominante in der umgebenden Bebauung darstellt. Der Schutz vor Verkehrslärm wird mit unterschiedlichen Mitteln erreicht: ein Teil der Wohngebäude wird durch Gesellschaftsbauten abgeschirmt, andere, die Abschirmungen für die Räume innerhalb des Wohnviertels sind, haben eine spezielle Lärmschutzplanung, und in einem Teil der Häuser ist eine schallschützende Verglasung der Fenster vorgesehen. Auf dem Territorium des Komplexes gibt es keinen Transitverkehr.

Im Experimentalwohnkomplex werden auch neue Verfahren der siedlungstechnischen Ausgestaltung angewendet – überdachte Gänge, Fußgängerstraßen mit Geschäften und Dienstleistungseinrichtungen, Treppen und Terrassen, Stände, Reklame, komplexe Leuchtschriftgestaltung, dekorative Monumentalkunst (Skulpturen, Malerei).

Das wichtigste soziale Element des Experiments ist die Organisation des Versorgungssystems der Bevölkerung. Die Versorgung im Experimentalwohnkomplex wird unter Berücksichtigung der städtebaulichen Lage des Wohnviertels sowie der Verkehrsverbindungen und der Kommunikation organisiert. Viele Versorgungseinrichtungen – Geschäfte, Apotheken, Ausleihstellen

11

12

13

14

11 Leningrad. Projekt des Experimentalwohnkomplexes im Gebiet Schuwalowo-Oserki. Schaubild. Autorenkollektiv unter der Leitung von G. Buldakow und W. Popow.

12/13 Leningrad. Projekt des Experimentalwohnkomplexes im Gebiet Schuwalowo-Oserki. Abwicklung an den Verkehrsstraßen.

14 Leningrad. Gebiet Schuwalowo-Oserki. Projekt eines Kindergartens

15

16

17

und Bestellabteilungen – sind in den Erdgeschossen der Wohnhäuser untergebracht, damit sie sich in nächster Nähe des Kunden befinden.
Bei der Konstruktion des Versorgungssystems des Experimentalwohnkomplexes wurden die Umfänge und Arten sowie die Dislokation der Dienstleistungen unter Berücksichtigung nicht nur der hiesigen Bevölkerung, sondern auch des Transitstromes der Bürger ermittelt. Die Nachbarschaft mit dem gesamtstädtischen Erholungsgebiet und der Metrostation hat neben den für die Einwohner des Experimentalwohnkomplexes näher gelegenen Versorgungseinrichtungen den Aufbau eines entwikkelten Einkaufszentrums bewirkt. Es entsteht im südlichen Teil des Wohnviertels in der Nähe der Metrostation. Hier ballen sich die großen Geschäfte, Restaurants, Cafés und Modeateliers zusammen. Zu den Volksbildungseinrichtungen des Experimentalwohnkomplexes gehören eine allgemeinbildende Schule für 1250 Schüler und drei Kinderkrippen-Kindergartenkombinationen.
Die städtebauliche Entwurfslösung des Wohnkomplexes hat in bedeutendem Maße die Konfiguration der Grundrisse und die räumliche Gestaltung der Wohnhausgruppen und einzelnen Häuser vorausbestimmt, was die Anfertigung von Einzelprojekten für Wohnhäuser (unter Anwendung von typisierten Grundriß- und Konstruktionselementen) im Unterschied zur üblichen Praxis mit sich brachte.
In den oberen Etagen von vielgeschossigen Häusern sind Künstlerateliers untergebracht. Die Häuser der ersten Baustufe sind vorwiegend Blocksektionshäuser, die der zweiten Baustufe Laubenganghäuser und Laubenganghäuser des Spännertyps. In den Erdgeschossen der Wohnhäuser, die nach der Hauptstraße gerichtet sind, befinden sich Dienstleistungseinrichtungen, und daher hat ein großer Teil der Häuser am Rand des Wohnviertels Skelettkonstruktion. Das Hochhaus ist für Alleinstehende und junge Familien vorgesehen und hat Komponenten eines Jugendkomplexes – Räume für Sport- und Gesundheitstraining, Laienschaffen und schöpferische Tätigkeiten. Insgesamt wird es in dem Experimentalwohnkomplex Schuwalowo-Oserki 3420 Wohnungen geben.
Einen Wohnkomplex mit eigenem architektonisch-künstlerischen Bild nach industriellen Verfahren zu bauen ist Hauptaufgabe des Experiments. Es mußten die bei der Vollmontagebauweise in Leningrad gewonnenen Erfahrungen ausgewertet und der derzeitige Stand und die Entwicklungsperspektiven der Produktionsbasis in Betracht gezogen werden. Und zugleich mußten dort, wo es sinnvoll ist, andere effektive Bauweisen überprüft werden. So wird das 25geschossige Haus aus monolithischem Keramsitbeton in wiederverwendbarer Kletterschalung mit vorgefertigten Decken errichtet.

18

19

20

21

22

Der versuchsweise Wohnungsbau hat natürlich ein verhältnismäßig geringes Ausmaß. Die meisten Wohngebiete und Wohnviertel werden nach Typenprojekten gebaut. Dabei kommen zunehmend vom Institut LenNIIprojekt entwickelte Blocksektionen zur Anwendung.

***15/16/17** Leningrad. Projekt des Experimentalwohnkomplexes im Gebiet Schuwalowo-Oserki. Schaubilder von gesellschaftlichen Bereichen*

***18** Leningrad. Experimentalwohnkomplex im Gebiet Schuwalowo-Oserki. Erste Baustufe*

***19/24** Leningrad. Experimentalwohnkomplex im Gebiet Schuwalowo-Oserki. Grundrißlösungen der zweiten Baustufe*

***20** Leningrad. Bebauung aus Block-Sektionen der Serie 137 auf der Wassilewskij-Insel. Fragment*

***21** Leningrad. Bebauung mit 9geschossigen Block-Sektionen auf der Wassilewskij-Insel*

***22/23** Leningrad. Wohnhaus aus 12geschossigen Block-Sektionen der Serie 137. Fassadendetails*

23

24

2A 27.64 46.88

2Б 32.42 53.54

3Б 42.35 66.72

3Б 42.35 69.46

5Б 66.76 95.89

1Б 17.94 37.50

1 Berlin im Jahre 1880 kurz vor Eintritt in das 20. Jahrhundert

Berlin im 20. Jahrhundert (1)

Ein Beitrag zur Bau- und Architekturgeschichte

Dr. Günter Peters, Berlin

Die Bau- und Architekturgeschichte Berlins von 1900 bis 1945 ist eng verbunden mit der 1871 mit Blut und Eisen vollzogenen Gründung des Deutschen Reiches im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles und ihrer 75jährigen baulichen Entwicklung als Reichshauptstadt, zunächst bis 1918 des junkerlich-bourgeoisen Kaiserreiches, dann bis 1933 der großbürgerlichen Weimarer Republik und schließlich des faschistischen Reiches. In all diesen Jahren war Berlin eine Stadt, auf die die Völker voller Mißtrauen und Haß blickten, weil die herrschenden Klassen von hier aus zwei Weltkriege und die Vorherrschaft in Europa und der Welt planten und entfesselten.

An der städtebaulichen Entwicklung Berlins im 20. Jahrhundert läßt sich deutlich die verheerende Wirkung der beiden Weltkriege im Gegensatz zu den Blütezeiten des Wachsens unserer Stadt in Friedensperioden aufzeigen. Der erste Weltkrieg brachte keine sichtbaren baulichen Zerstörungen, jedoch gab es einen Rückgang der Bevölkerung von 235 000 Einwohner, darunter waren 70 000 Zivilpersonen, überwiegend Kinder, die in den Kriegsjahren den Tod durch Hunger und Seuchen fanden. Am Ende des zweiten Weltkrieges im Mai 1945 glich Berlin einem unübersehbaren Trümmermeer mit mehr als 70 bis 90 Millionen m^3 Schutt und stand am Rande des Abgrundes. Mehr als 28,5 Quadratkilometer bebauter Stadtfläche (das entspricht fast der Fläche – 31,3 km^2 – der Stadtbezirke Berlin-Mitte, Berlin-Prenzlauer Berg und Berlin-Friedrichshain), und jedes dritte Gebäude war total zerstört. Erstmals war Berlin durch einen Krieg weitgehend vernichtet worden, und die Einwohnerzahl sank von 4,3 Millionen auf nur noch 2,5 Millionen.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte in Berlin-Karlshorst das faschistische Deutschland bedingungslos vor den Mächten der Antihitlerkoalition. Die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges trug, beendet mit der Schlacht um Berlin den Krieg in Europa. Die rote Fahne auf dem Reichstag war das Symbol des Sieges über den Hitlerfaschismus. Damit wurde in der vielhundertjährigen Geschichte Berlins ein grundlegend neues Kapitel aufgeschlagen.

Über das Bauen in der kaiserlichen Reichshauptstadt

Für die Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches existierte um die Jahrhundertwende keine städtebauliche Gesamtplanung. In dieser Zeit galt der von James Hobrecht im Auftrage des Polizeipräsidiums ausgearbeitete „Große Bebauungsplan", der für ein Jahrhundert voraus berechnet und eine Stadterweiterung auf 4 Millionen Einwohner ermöglichen sollte. Er war durch „Allerhöchste Kabinettsorder" mit dem Reskript vom 2. August 1862 genehmigt worden.

Um die Jahrhundertwende war die bauliche Entwicklung Berlins als Hauptstadt des deutschen Reiches, als bedeutendstes Industrie- und Handelszentrum sowie als wichtiger Verkehrsknotenpunkt im wesentlichen abgeschlossen. Die Stadt hatte den Rang einer Weltstadt und war nach London und Paris die drittgrößte Europas geworden. Der „Große Bebauungsplan" mit seinen Änderungen (Revisionen) galt in dieser Zeit als maßgebender städtebaulicher Ordnungsfaktor.

Um 1900 wohnten 1 889 000 Menschen in der Stadt auf einer Fläche von 6586 ha. Weitere 847 000 Einwohner lebten in den angrenzenden Gebieten, die 1920 in das Stadtgebiet eingegliedert wurden. Im Jahre 1910 gab es im Radius von 15 km um das Rote Rathaus 3 708 000 Einwohner. Vor der Bildung der Einheitsgemeinde Berlin waren es auf einer Fläche von 87 810 ha insgesamt 3 804 048 Einwohner (8. 10. 1919). Diese „Bevölkerungsexplosion" resultierte zum geringsten Teil aus dem natürlichen Geburtenüberschuß, hauptsächlich entsprang sie der massenhaften Zuwanderung Arbeitsuchender aus den ländlichen Gebieten.

Die Kritik an dem „Großen Bebauungsplan" von 1862 begann durch Ernst Bruch schon 1870, gefolgt von August Orth ab 1871 und Baumeister 1876. Auch die Preußische Akademie des Bauwesens äußerte 1898 massive Kritik an den Plänen für die Reichshauptstadt. Diese ständig zunehmende Auseinandersetzung um den seit 1862 verbindlichen „Großen Bebauungsplan" veranlaßte den Berliner Architekten- und Ingenieurverein, durch Hermann Jansen eine Berechnung der möglichen Einwohnerzahl vornehmen zu lassen, die man in Mietskasernen auf dem Gebiet des Bebauungsplanes unterbringen könnte. Das Ergebnis von zwölf Millionen Menschen zeigte die Unhaltbarkeit der bisherigen preußischen Baupolitik, Städteplanung sowie Baugesetzgebung. Im Oktober 1906 wurde ein Wettbewerb für einen Grundplan zur baulichen Entwicklung Groß-Berlins ausgeschrieben. Ziel war ein übergeordneter Bebauungsplan, der die weitere Entwicklung Berlins zu einer 10-Millionen-Weltstadt ermöglichen sollte. Es wurde eine ringförmige Ausdehnung mit unterschiedlichen Funktionsbereichen angestrebt. Übergeordnete Radialstraßen, gekoppelt mit Grünanlagen, sollten bis ins Zentrum führen. Ebenfalls radiale Eisenbahnlinien sollten die Möglichkeit schaffen, neue Siedlungen in den Außenbezirken zu bauen. Von einem Wald- und Wiesengürtel um die ganze Stadt herum sollten Grünbereiche wie Finger bis in die Innenstadt reichen. Ein weiteres Ziel war, dem Zentrum Berlins ein weltstädtisches Aussehen zu verleihen. Im Dezember 1909 wurden nach dreijähriger Arbeit 27 Entwürfe eingereicht. Das Preisgericht zeichnete im Frühjahr 1910 vier Preisträger aus, darunter Jansen und Brix mit dem zusammengelegten 1. und 2. Preis. Die Ergebnisse dieses Wettbewerbes wurden im Rahmen der „Allgemeinen Städtebau-Ausstellung Berlin" 1910 in der Hochschule der Künste vorgestellt. Organisator war Werner

2 Von 1894 bis 1905 wurde der Berliner Dom als evangelische Hauptkirche errichtet (Architekt Raschdorff).

3 Der von Schinkel umgebaute Dom (Umbau von 1816 bis 1821) wurde 1893 gesprengt; damit beginnt die Wilhelminische Architekturära.

4 Blick auf die von 1870 bis Anfang des 20. Jahrhunderts gebaute kapitalistische City Berlins

5 Die Wäschereien und Färberei von Spindler siedelten vom Zentrum nach Spindlersfeld.

6 Elf große fächerartige Bahnhofsanlagen prägten das städtebauliche Bild – Lichtenberger Bahnhof.

7 Die Industrie wanderte aus dem Zentrum vor die Stadt; in Oberschöneweide baute die AEG.

8 Auch an der Ringbahn boten sich neue Industriestandorte an, wie für den Zentralschlachthof.

2

4

3

Hegemann (Autor des Buches: Das Steinerne Berlin – Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt, erschienen 1930). Obwohl die Ergebnisse des Wettbewerbes neue Vorschläge für die Gestaltung der kapitalistischen Großstadt brachten, erfolgte keine Realisierung, ihr Einfluß blieb gering. Anstelle der Gründung eines administrativen „Groß-Berlin" durch weitere Eingemeindungen in die Stadt wurde durch das Gesetz vom 19. Juli 1911 der „Zweckverband Groß-Berlin" geschaffen. Das war der zwangsweise Zusammenschluß der sieben Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg, Spandau sowie der beiden Landkreise Niederbarnim und Teltow mit einer Gesamtbevölkerung von vier Millionen Einwohnern. Dieser Verband sollte begrenzte Aufgaben im Verkehrs-, Bebauungs- und Siedlungswesen sowie zur Erhaltung des Waldgürtels erfüllen. Ein Erfolg war der Erwerb der Unternehmen der Groß-Berliner Straßenbahn und der Ostbahnen sowie des Dauerwaldes. Die Aufstellung und Bestätigung von Bebauungsplänen sowie eines Generalbebauungsplanes für das Gebiet des Zweckverbandes mußten an den vielen Widersprüchen scheitern. Die Großindustrie ließ sich keine Standorte vorschreiben, und die Großbanken bestimmten die Gründung der Boden- und Grundstücksgesellschaften mit ihren Baugebieten. Der preußische Staat und der Berliner Magistrat sowie die anderen kommunalen Behörden waren die willfährige Interessenvertretung des Privatbesitzes.

Martin Mächler unterbreitete 1917 in einer Denkschrift neue Vorschläge für die Bildung einer Einheitsgemeinde Berlin. Das zukünftige Gebiet sollte einen durchschnittlichen Radius von 50 km um das Berliner Rathaus haben mit einer Fläche von 7800 Quadratkilometern. Gleichzeitig gab es städtebauliche Nutzungsvorschläge für Industrie und Landwirtschaft, aber auch für Wissenschaft, Kunst sowie Repräsentation und Verwaltung, verbunden mit Flächen für Wohn- und Erholungsgebiete. Für die Innenstadt entwickelte Mächler einen Bebauungsplan, mit dem erstmals die Idee der Ringstraße aufgegeben wurde, an seine Stelle trat zur Bewältigung der Verkehrsprobleme ein Achsenkreuz. Der Mächlersche Plan von 1917 hatte das gleiche Schicksal wie die Wettbewerbsergebnisse von 1910 für einen Generalbebauungsplan. Trotz interessanter städtebaulicher Gedanken blieben sie alle Utopie.

Ungehemmt und am Profit orientiert wurde bis 1918, ausgehend von den gültigen Baupolizeiordnungen, vom „Großen Bebauungsplan" und den Bebauungsplänen einiger Gemeinden (1908 gab es 14), vielfach ohne einheitliche städtebauliche Planung – regellos und anarchisch – investiert. Im Stadtbild prallten Glanz und Elend, Schein und Sein immer härter durch die sich mit der kapitalistischen Produktionsweise vertiefenden sozialen Gegensätze aufeinander. Es bot sich keine Möglichkeit mehr zu umfassenden großen städtebaulichen Lösungen, jedoch entstanden einige gute Einzelleistungen von Ihne, Messel, Behrens, Mebes und anderen bürgerlichen Architekten. Wesentlich mitgeprägt wurde das Stadtbild durch Ludwig Hoffmann, Stadtbaurat von 1896 bis 1924. Über hundert Vorhaben wurden unter seiner Leitung verwirklicht, u. a. das Stadthaus (heute Haus des Ministerrates der DDR), das Märkische Museum, das Städtische Klinikum in Buch und der Märchenbrunnen im Friedrichshain.

Die Großindustrie baute überall dort, wo sie freien Platz, billigen Boden, günstige Transportmöglichkeiten und profitbringende Arbeitskräfte vorfand oder infolge des verbesserten Personennahverkehrs leicht dorthin ziehen konnte. Dabei spielten Stadt- und Gemeindegrenzen bald keine Rolle mehr. In einem neuen, weiten Ring um die Reichshauptstadt wurden neue Fabrikanlagen inmitten der dörflichen Gebiete und Wälder gebaut. Dabei bildeten sich in verhältnismäßig kurzer Zeit neue Konzentrationpunkte in Lichtenberg, Rummelsburg, Oberschöneweide, Niederschöneweide, Adlershof, Johannisthal und Grünau im Osten und Südosten; Weißensee, Hohenschönhausen, Wilhelmsruh und Reinickendorf im Norden, Tegel, Wittenau, Hennigsdorf, Spandau, Gartenfeld und Siemensstadt im Westen und Nordwesten; sowie Tempelhof und Marienfelde im Süden. Einige dieser großen Industriegebiete erhielten die Namen der Firmeninhaber, wie Siemensstadt, Borsigwalde und Spindlersfeld.

Die Gestaltung des Berliner Raumes und der

5

6

7

8

städtebauliche Zusammenwuchs mit den Nachbarorten wurde von den kapitalistischen Profitinteressen der Grundstücksbesitzer diktiert, die kaum 1 % der Bevölkerung ausmachten. Sie hatten die Grundstücks- und Bauspekulation in den Innen- und Außenbezirken fest in den Händen. Berlin war durch sein staatlich gefördertes Spekulantentum zur dichtbesiedeltsten Stadt der Welt geworden. Die Bodenverschuldung war bis 1905 auf 13 Milliarden Mark gewachsen, und die Lasten wurden rücksichtslos auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Während die besitzenden Schichten luxuriöse Villenviertel bezogen, wurden die werktätigen Massen unter immer menschenunwürdigeren Verhältnissen in finsteren Mietskasernen zusammengepfercht. 1910 wohnten fast 1,5 Millionen Menschen in Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer, rund 60 000 Einwohner hausten in Kellerunterkünften. Als überfüllt galt nach amtlichen Grundsätzen eine Wohnung, wenn mehr als vier Personen in einem heizbaren Zimmer lebten. Das waren 1910 mehr als 600 000 Menschen – also ein Drittel der Bevölkerung der Stadt Berlin –, die in rund 100 000 Wohnungen lebten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands warf angesichts der katastrophalen und ungesunden Wohnungsverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung Berlins und anderer Großstädte die „Wohnungsfrage" zuerst auf. In einer Artikelserie „Zur Wohnungsfrage" zeigte Friedrich Engels 1872/1873 die grundsätzlichen klassenmäßigen Zusammenhänge auf, die zum Wohnungsproblem führen, sowie den einzig möglichen Weg und die notwendigen Maßnahmen, die unter marxistischer Sicht zur Lösung führen. Die Resolution zur Wohnungsfrage des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Preußens 1904 in Berlin zeigt, daß zur damaligen Zeit besonders im linken Flügel der Partei die Positionen des wissenschaflichen Sozialismus noch fest verankert waren. So heißt es darin:

„Die wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung hat zur Voraussetzung einen maßgeblichen Einfluß des Proletariats auf Staat und Gemeinde, der nur durch die Eroberung der politischen Macht errungen werden kann."

Die Sozialdemokratische Partei in Preußen forderte in ihren Leitsätzen zur Verwaltungsreform 1910 als erste der politischen Parteien die Ausdehnung der städtebaulichen Planung auf das umliegende Territorium, dessen Verkehrserschließung und systematische Kultivierung, die Sauberhaltung der Gewässer und die Sicherung von Naherholungsgebieten durch Erhaltung der Wälder und Seen. Als Abgeordneter der Berliner Stadtverordnetenversammlung (1902–1913) und des Preußischen Abgeordnetenhauses setzte sich Karl Liebknecht scharf mit Fragen des kapitalistischen Städtebaues und der Stadtentwicklung auseinander.

Die Arbeiterbewegung unterstützte fortschrittliche Architekten in ihren Bemühungen um die Schaffung von Wohnanlagen mit besseren Bedingungen, funktionell zweckmäßigen Wohnungsgrundrissen und grünen Höfen mit Sonne und Licht sowie ersten Gemeinschaftseinrichtungen. Solche Beispiele sind die Weißbachgruppe in der Proskauer Straße (Stadtbezirk Friedrichshain) von Alfred Messel, Wohnungsbauten in der Grabbe-Allee/Paul-Franke-Straße (Stadtbezirk Pankow) von Paul Mebes und die Reihenhaussiedlung in der Roedernstraße in Oberschöneweide (Stadtbezirk Köpenick) von Peter Behrens. Der junge Bruno Taut schuf das erste Beispiel einer Gartenstadt am Falkenberg in Alt-Glienicke (Stadtbezirk Treptow). Diese Reformbestrebungen waren sowohl gegen den Typ der Mietskasernen als auch ihre Architektur gerichtet. Als im Berliner Architektenverein um die gleiche Zeit vorgeschlagen wurde, unter den periodisch gestellten Preisaufgaben auch Entwürfe zur Gestaltung von Arbeiterwohnungen zu fordern, um dem Elend der Volkskasernierung entgegen zu wirken, wurde diese Anregung zurückgewiesen, eine solche Aufgabe böte zu wenig „architektonisches Interesse".

Während Not und Elend in den Arbeiterwohnvierteln rapide zunahmen, wurden Millionenbeträge für die Wilhelminische Repräsentation in Gestalt historisierender Monumentalarchitektur ausgegeben. Berlin entfaltete als Kaiserstadt auch am Anfang des 20. Jahrhunderts jede nur denkbare Pracht. Die bis dahin umfangreichste Bautätigkeit auf dem Gebiet des Gesellschafts-, Industrie- und Verkehrsbaues sowie der Stadttechnik gab es bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. Die Quantität und Monumentalität nahm beträchtlich zu, viele architektonisch niveaulose Prunk- und Protzbauten sowie monumentale Denkmäler entstanden. Beträchtliche Teile des historisch gewachsenen Berlins wurden abgerissen, einzig der Profit und das Repräsentationsbedürfnis waren entscheidend bei der Umwandlung in eine kapitalistische City. Es hatten sich Gebiete herausgebildet, in denen Ballungen gleichartiger Einrichtungen entstanden wie das Regierungs-, Diplomaten-, Geschäfts-, Banken-, Export-, Zeitungs- und Konfektionsviertel. Dem Neubau Berlins zur kapitalistischen Weltstadt fielen zahlreiche Bauten der Gotik, der Renaissance, des Barocks und auch der jüngsten klassizistischen Periode zum Opfer. Der Magistrat hat nichts zum Schutze dieses einmaligen, schönen und deshalb zu erhaltenen Kulturgutes getan. Selbst um den Abriß von Meisterwerken der Baukunst wurde gestritten, wie um das „uralte" Zeughaus (heutiges Museum für Deutsche Geschichte), das „nüchterne" Brandenburger Tor und die Knobelsdorffsche Oper aus „bühnentechnischen und brandschutztechnischen Gründen". Proteste verhinderten hier, was beim Redernschen Palais von Schinkel und vielen anderen Bauten nicht gelang, den Abriß.

Mit den sich vollziehenden Veränderungen reichshauptstädtischen Charakters war die Verlegung eines entscheidenden Teiles des geschäftlichen Hauptverkehrs nach dem Westen mit der neuen Achse des Kurfürstendammes verbunden.

In der kaiserlichen Hauptstadt gab es am Vorabend des ersten Weltkrieges 48 750 Gebäude, davon 33 688 Wohngebäude mit über 550 000 Wohnungen. Über 92 Prozent der Wohnungen hatten Wasseranschluß, 47 Prozent Gasanschluß, 13 Prozent Badeeinrichtungen, 3 Prozent Strom und nur 1 Prozent Zentralheizung. Dreiviertel aller Gebäude waren an die städtische Entwässerung angeschlossen. Des weiteren gab es 356 Unterrichtsgebäude, 160 Turnhallen, 216 Hotels oder Gasthöfe, 71 Kauf- oder Warenhäuser, 12 Markthallen und 1051 öffentliche Ge-

bäude sowie 143 Kirchen oder Synagogen. Im Stadtgebiet waren 6467 Fabrik- und Lagergebäude vorhanden. Hinzu kamen 395 Büro- und Geschäftsgebäude sowie 48 Banken und Versicherungen. Die Reichshauptstadt hatte 1100 Straßen und 120 Plätze mit einer Fläche von 16,19 Millionen Quadratmetern sowie über 100 städtische Brücken. Der erste Weltkrieg brachte keine sichtbaren baulichen Zerstörungen.

So sah das Bild der Deutschen Kaiserstadt am Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 aus. Das revolutionäre Beispiel der Oktoberrevolution führte dann in Berlin mit der Novemberrevolution 1918/1919 zu einem tiefen historischen Einschnitt.

Über das Bauen in der Weimarer Republik

In Berlin fand der Sieg der Arbeiter, Bauern und Soldaten unter Führung der Bolschewiki in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 vor allem mit dem Januarstreik 1918 ein unmittelbares Echo. Der revolutionäre Aufstand am 9. November 1918 wurde zum ersten Höhepunkt der deutschen Volksrevolution gegen den Imperialismus. Die Novemberrevolution beschleunigte die Beendigung des ersten Weltkrieges und den Sturz der über 500jährigen Hohenzollernherrschaft. Die Errichtung der Republik führte zu bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten für die Volksmassen. Die Grundlagen der ökonomischen und politischen Macht konnten die Großbourgeoisie, Großgrundbesitzer und Militaristen weiter behaupten. Die Klassenwidersprüche und sozialen Gegensätze traten kraß zutage.

Die Novemberrevolution beseitigte die letzten Hemmnisse für eine neue Stadtgemeinde Berlin. Durch das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde vom 27. April 1920, verabschiedet von der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, wurde am 1. Oktober 1920 die Einheitsgemeinde Berlin gebildet. Sie umfaßte außer Berlin die sieben Städte Lichtenberg, Schöneberg, Wilmersdorf, Charlottenburg, Köpenick, Neukölln und Spandau sowie 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke. Die langjährigen Kämpfe der Arbeiterklasse und progressiver bürgerlicher Kräfte fanden mit der Schaffung der fast 4-Millionen-Stadt mit 87 810 ha Fläche ihren positiven Abschluß. Die neue politische Struktur basierte auf dem längst zusammengewachsenen Wirtschafts- und Verkehrsgebiet und schuf günstige Bedingungen für die weitere Entwicklung Berlins als politische, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Metropole der Weimarer Republik.

Durch die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlins hatte die Gebietsfläche der Stadt um mehr als das Dreizehnfache zugenommen. Zu den bisherigen 6693 ha der Stadt Berlin kamen 81 117 ha der vierzehn neu eingegliederten Bezirke hinzu. Von den 3 804 100 Einwohnern lebten vor der Bildung der Einheitsgemeinde 1 907 500 im bisherigen Stadtgebiet und 1 896 600 in dem hinzugekommenen Stadtgebiet. Bis Ende 1932 hatte sich die Bevölkerung um über eine halbe Million Einwohner erhöht und betrug insgesamt 4 314 466. Die Bevölkerung hatte sich in diesen zwölf Jahren in den vierzehn neuen Bezirken um 673 000 gegenüber 1920 erhöht. Gleichzeitig verminderte sie sich im alten Stadtgebiet um 162 000 Einwohner.

Die Bildung der Einheitsgemeinde erfolgte im Interesse der städtebaulichen Entwicklung, jedoch zu spät. Trotzdem entstand nach dem ersten Weltkrieg auch im Städtebau eine neue Lage. Mit dem Zusammenschluß zur Einheitsgemeinde Berlin und der Errichtung eines zentralen Städtebauamtes der Stadt 1922 war die Möglichkeit für eine einheitliche Entwicklung und Gestaltung der Reichshauptstadt der Weimarer Republik geschaffen. An der städtebaulichen Entwicklung Berlins hat der Stadtbaurat Martin Wagner (1926–1933) einen großen Anteil mit seinen neuen Ideen in Städtebau und Architektur. Er trat mit unermüdlicher Energie für die Interessen der Werktätigen ein, förderte die Architekten des Neuen Bauens und versuchte eine großzügige Stadtplanung durchzuführen. Nach seinen Entwürfen wurden auch 1926 in Berlin-Karlshorst die ersten Häuser in Plattenbauweise in Berlin errichtet.

Nach dem Muster der preußischen Einheitsbauordnung von 1919 entstand die Bauordnung Berlins. Sie trat am 1. Dezember 1925 in Kraft. Sie und der ebenfalls 1925 auf ihrer Grundlage entstandene Bauzonenplan bildeten den erfolgreichen Abschluß eines jahrelangen Kampfes der Arbeiterparteien um einschneidende städtebauliche Verbesserungen. Die Bauordnung, die von der kommunistischen Fraktion mitgetragen wurde, mußte gegen den erbitterten Widerstand des reaktionären Flügels der Bourgeoisie durchgesetzt werden, die den Rückgang der Bodenpreise und finanzielle Verluste witterte. Mit der Bauordnung und dem Bauzonenplan, die für den weiteren Wohnungsbau große Bedeutung hatten, konnte das Entstehen weiterer Mietskasernen gestoppt werden. Ausdruck dafür: Es erfolgte ein Verbot der Errichtung von Hinterhäusern und Seitenflügeln, die neuen Wohngebiete mußten von denen der Industrie getrennt werden. Auch die Vorschriften über Gestaltung und Ausstattung der Wohnungen trugen wesentlich dazu bei, das allgemeine Niveau des Wohnungsbaues zu heben. Doch fanden diese Prinzipien bei den Altbauten keine Anwendung.

Die Neuordnung der Gesetzgebung schuf neue Wege in der städtebaulichen Planung. Dazu gehörten die erstmalige Aufstellung von Flächenverteilungs-, Bauzonen- und Grünflächenplänen, die bewirkten, daß die neuen Baugebiete besser genutzt und die Freiflächen erhalten blieben. Als reine Wohngebiete wurden 12 300 ha, als reine Industriegebiete 4000 ha, als gemischte Gebiete, in denen sowohl Wohn- als auch Gewerbe- und Industrieansiedlungen erlaubt waren, wurden 11 400 ha und als geschützte Gebiete 25 300 ha ausgewiesen. Wie der Bauzonenplan, war auch der 1929 vom Stadtplanungsamt fertiggestellte Freiflächenplan Bestandteil des beabsichtigten Generalsiedlungsplanes. Er sah eine 31 500 ha große Freifläche vor, von der 20 000 ha im städtischen Besitz war, davon allerdings 4000 ha Rieselfelder. Die größten Flächen bildeten die Waldgebiete, die mit Grünzügen untereinander und mit den See- und Wasserflächen verbunden werden sollten. Auch Dauerkleingärten, Heimstättengärten, öffentliche Parkanlagen und eine Vielzahl von Spiel- und Sportplätzen waren Bestandteil des Generalfreiflächenplanes. Eine 20 629 ha große Fläche wies geschützte Baumbestände und „Naturschönheiten" aus.

Eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden war auch die Bautätigkeit in der Hauptstadt der Weimarer Republik. Sie ist gekennzeichnet durch die Inflationsperiode von 1919 bis 1923, die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus von 1924 bis 1929 und die Periode der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. Durch den ersten Weltkrieg war auch die Bautätigkeit in Berlin bis 1923 fast zum Stillstand gekommen. In den Jahren 1924 bis 1929 flossen insgesamt etwa 21 Milliarden Mark Anleihen, vor allem aus den USA, nach Deutschland. Mit dieser kräftigen Finanzhilfe, besonders für das deutsche Monopolkapital, wurde auch die ökonomische Entwicklung und damit die Bautätigkeit in der Reichshauptstadt gefördert.

Durchschnittlich wurden von 1924 bis 1928 jährlich zwischen 720 bis 860 Bauten für gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke fertiggestellt, 1929 waren es 958 Neubauten mit 3,1 Millionen m^3 umbautem Raum und 1930 915 Vorhaben mit 2,9 Millionen m^3 umbautem Raum. 1931 und 1932 war die Industriebautätigkeit stark rückläufig, es wurden nur noch jährlich Vorhaben mit 1,4 Million m^3 umbautem Raum fertiggestellt. Große Industrieanlagen entstanden für die Konzerne in Siemensstadt und Gartenfeld. Auch die Kraftwerke West und Klingenberg, die Hochbauten des Westhafens und des Flughafens Tempelhof, das Haus des Rundfunks, die Ausstellungshallen mit dem als

9 Das Bild der Reichshauptstadt in den zwanziger der Weimarer Republik

10 Das Großkraftwerk Rummelsburg nach Plänen von Walter Klingenberg, errichtet 1924 bis 1926

11 Neben der Industrie vor den Toren der Stadt hatten die Banken und die Berliner Börse im Zentrum ihren Platz

12 In der Stadt herrschte eine ungeheure Wohnungsnot und ein großes Wohnungselend – Beispiel für eine Arbeiterwohnung.

13 Das Revolutionsdenkmal in Friedrichsfelde um 1930 erstmals tritt die Arbeiterklasse als Bauherr auf.

14 Die nach der Novemberrevolution weiter herrschende Klasse baute ihre Dominanten – Ullstein-Druckerei.

Stahlgittergerüst errichteten Funkturm und die ersten Hochhäuser der Weltstadt, wie das Wernerwerk und das Schaltwerkhochhaus (1926), das Kathreiner-Hochhaus (1929), das Shell-Haus (1931) und das Alexander- und Berolina-Haus am Alexanderplatz (1931) gehören zu den bedeutendsten Vorhaben der zwanziger Jahre.

Die Verkehrsanlagen und Straßen wurden weiter ausgebaut oder modernisiert. Das Straßennetz nahm um 1739 Kilometer mit 4,9 Millionen m^2 Fläche zu. Durch die Erweiterung des Streckennetzes der Hoch- und Untergrundbahn um über 40 Kilometer und der Schnellbahn (S-Bahn) einschließlich ihrer Elektrifizierung verbesserte sich der Personennahverkehr. Der Umbau des Alexanderplatzes wurde vorgenommen. Viele dringende Verkehrs- und Straßenbauvorhaben konnten jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Situation nicht durchgeführt werden.

Bei der Bildung des einheitlichen Stadtgebietes gab es große Unterschiede in der stadttechnischen Versorgung, bedingt durch die unterschiedliche Entwicklung und die soziale Differenzierung. Die Baumaßnahmen in den zwanziger Jahren waren darauf gerichtet, einheitliche Ver- und Entsorgungssysteme zu schaffen. Dadurch konnten die Hausanschlüsse für Wasser von 64 077 auf 94 342 und für die Entwässerung von 56 000 auf 100 576 im Zeitraum von 1922 bis 1932 erhöht werden. Die Länge des Gasrohrnetzes wurde von 1949 Kilometer im Jahre 1920 auf 6024 Kilometer 1932 erweitert. Besonders stark wurde die Energieversorgung ausgebaut. In zehn Jahren konnte die Stromerzeugung verdoppelt werden. Die Anzahl der Stromabnehmer hatte sich von 211 317 im Jahre 1922 auf 1 065 532 im Jahre 1932 erhöht. Ende 1932 waren etwa 50 Prozent aller Wohnungen an das Energienetz angeschlossen.

Die öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen konnten unter dem Einfluß der Vertreter der Arbeiterklasse in der Stadtverordnetenversammlung um 581 ha vergrößert werden, so vor allem durch die Neuanlage von Parks wie den Volkspark Rehberge im Bezirk Wedding mit 126 ha und den Volkspark Jungfernheide im Bezirk Charlottenburg. Die gesamten Grün- und Erholungsflächen betrugen am 1. April 1933 1920 ha und die Waldflächen 16 931 ha. Es gab 307 Spiel- und Sportplätze, und die Spielplatzfläche je Kopf der Bevölkerung betrug 1,6 m^2 (Mindestforderung 3,0 m^2). In den zwanziger Jahren hatten sich auch die Kleingartenanlagen beträchtlich erweitert. Ende 1931 gab es 100 970 Kleingärten mit einer Fläche von 4466 ha.

Nach 1918 waren es vor allem die Arbeiterparteien, die Pläne für eine neue Wohnungs-

9

10

11

12

13

14

und Siedlungspolitik forderten, und so wurde die Wohnungsfrage zu einem der wichtigsten politischen Probleme der Weimarer Republik. Die bürgerlichen Parteien konnten nicht verhindern, daß die durch die Novemberrevolution bewirkte Anerkennung des Rechts auf eine eigene Wohnung ihren Niederschlag in der Weimarer Verfassung fand. Dieses Recht blieb jedoch von vornherein eine leere Worthülse. Von Anbeginn zeigte sich, daß die Errungenschaften der Novemberrevolution auch im Bereich des Städte- und Wohnungsbaus nur unter dem Druck der Volksmassen erhalten und ausgebaut werden konnten.

Im politischen Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands nahmen die Ziele und Programme zur Verbesserung der Wohnbedingungen der Werktätigen sowie die Forderungen nach gerechterer Mietpolitik und zeitgemäßer Planung des Städtebaus einen hervorragenden Platz ein. Vom Gründungsprogramm der KPD über das Kommunalprogramm von 1922, die Richtlinien des Thälmannschen ZK vom Dezember 1927 „Die Kommunisten und die Wohnungsfrage" bis hin zur „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" und zum Berliner Arbeitsbeschaffungsplan zeigt sich die Kontinuität des Ringens. Diese Richtlinien hatten auch für die Berliner Kommunisten große praktische Bedeutung im Kampf gegen Zwangsräumungen, Mietwucher und Preistreibereien. Seit ihrem Bestehen befaßte sich die Bezirksparteiorganisation der KPD mit dieser Problematik und nutzte die verschiedenen Kampfformen. Sie organisierte Demonstrationen und Mieterstreiks, prangerte in der Presse die Wohnungsmisere und die Baupolitik des Magistrats an. Eine große Rolle spielte das Auftreten der kommunistischen Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung.

Das Wohnungselend der Berliner Arbeiter war nach dem ersten Weltkrieg geblieben und verstärkte sich weiter. Wurden 1919 in Berlin 70 000 Wohnungssuchende registriert, so stieg deren Zahl 1922 bereits auf 147 000. Aus Furcht vor dem Proletariat hatte es deshalb 1919/1920 durch Reformen einzelne Zugeständnisse gegeben wie die gesetzliche Mietspreisbildung, die Aufhebung des Kündigungsrechtes durch die Hauswirte und die Einrichtung von Mieteinigungsämtern. Der Wohnungsneubau für die Arbeiter stagnierte fast vollständig. Durch öffentliche Finanzierungshilfen war eine minimale Wohnungsproduktion gesichert, hinzu kamen einige Not- und Behelfswohnungen. Die ersten 2297 Wohnungen wurden erst 1921 fertiggestellt. Bis 1924 wurden nur 10 908 Wohnungen neu gebaut. Im Jahre 1924 suchten bereits 223 000 Familien überwiegend aus Arbeiterkreisen eine gesunde und billige Kleinwohnung.

Die katastrophalen Wohnverhältnisse der Berliner Werktätigen wurden mit der offiziellen Grundstücks- und Wohnungsaufnahme vom 3. Mai 1925 sichtbar gemacht. Von den 1 173 603 Wohnungen waren 96,4 Prozent vermietet, und nur 3,6 Prozent belegten die Besitzer der Grundstücke und Wohngebäude für ihre eigenen Zwecke. Von dem Gesamtwohnungsbestand hatten 53 995 Wohnungen kein Wasser, 34,4 Prozent keine Toilette, 72,6 Prozent kein elektrisches Licht, 73,6 Prozent kein Bad oder Dusche und nur 6,5 Prozent aller Wohnungen wurden zentral beheizt. Fast 12 Prozent der Haushalte waren mit anderen Haushalten zusammen in einer Wohnung untergebracht. 34 Prozent der Haushalte hatten Untermieter, über 12 Prozent Schlafgänger.

Im Jahre 1925 zog eine Arbeitermehrheit in das Rote Rathaus ein. Die kommunistische Fraktion verlangte vom Magistrat eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiter und setzte sich besonders für die Verbesserung der Wohnverhältnisse ein. Das bestimmte auch ihre Haltung zum genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Wohnungsbaus, der sich

15

16

17

18

15 Das Berolina- und Alexander-Haus am Alexanderplatz nach Plänen von Peter Behrens, gebaut 1928 bis 1931

16 Neue Wohnbauten nach Plänen von Bruno Taut werden im Stadtbezirk Prenzlauer Berg errichtet.

17/18 Größenwahn des deutschen Faschismus und seine Folgen: Projekt eines von den Faschisten geplanten, alte Maßstäbe sprengenden Gebäudes im Zentrums Berlins, und das zerstörte Stadtzentrum im Jahre 1945

in Berlin in dieser Zeit in beachtlichem Maße entwickelte. Die neuen Wohngebiete waren gekennzeichnet durch familiengerechte Grundrißformen, durch besondere stadthygienische Bedingungen wie Grünflächen, sonnige Lage, neue städtebauliche Strukturen, wie mehrgeschossige Wohnzeilen in offener Bebauung. Von 1925 bis 1931 entstanden 161 002 Wohnungen, insgesamt wurden in der Zeit der Weimarer Republik 181 267 Wohnungen gebaut, das waren etwas über 13 Prozent des Wohnungsbestandes vom 1. Januar 1933. Das bedeutete zweifellos eine Verbesserung gegenüber der Situation vor dem ersten Weltkrieg. Doch das Wohnungsproblem als soziales Problem mußte unter kapitalistischen Verhältnissen ungelöst bleiben.
Bleibende und hervorragende städtebauliche und architektonische Leistungen vollbrachten in dieser Zeit Walter Gropius, Ludwig Mies van der Rohe, Bruno und Max Taut, Martin Wagner, Hugo Häring, Hans Scharoun sowie Peter Behrens, Hans Poelzig, Erich Mendelsohn, Ludwig Hilberseimer, Erich Gutkind, Paul Emmerich u. a. Ihre Bauten hatten auch eine große internationale Ausstrahlungskraft. Berlin wurde in den zwanziger Jahren zu einem international führenden Architektur- und Städtebau-Zentrum. Deshalb hatten die Abgeordneten der KPD- und SPD-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung 1928 geschlossen dafür gestimmt, daß auf einer Internationalen Bauausstellung ein umfassender Rechenschaftsbericht über die in Deutschland, besonders in Berlin, durch das gemeinnützige Bauen erreichten Fortschritte im Städtebau und Wohnungswesen gezeigt werden sollte. Durch die kapitalistischen Unternehmerverbände erhielt die am 9. Mai 1931 mit einem Jahr verspätet eröffnete Ausstellung eine ganz andere Richtung. Die stark von ihnen beherrschte Ausstellung zeigte angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise keine Entwicklungsperspektiven. 1931 erfolgte bereits eine scharfe Auseinandersetzung um den Niedergang im Wohnungs- und Städtebau. Die Diffamierung des Neuen Bauens und progressiver Architekten begann verstärkt in der Rechtspresse.
Das „Kollektiv für sozialistisches Bauen" unter Leitung des kommunistischen Architekten Arthur Korn und des Roten Studentenklubs an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, darunter Benny Heumann und Gerhard Kosel, veranstaltete von Ende Mai bis Juli 1931 in einigen leerstehenden Fabrikräumen in der Köpenicker Straße 111 im Stadtbezirk Berlin-Mitte die „Erste Proletarische Bauausstellung", eine Art Gegenausstellung zur Mammutschau am Funkturm. Sie zeigten einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Stadt als Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse. Anhand von Statistiken und Fotos war die Wirklichkeit der Stadt im Kapitalismus dargestellt und dabei, soweit die Kenntnisse und das verfügbare Material reichte, der Anfang des Städtebaus in der Sowjetunion mit seinen Problemen und Perspektiven. Diese „Erste proletarische Bauausstellung" gab der Arbeiterschaft und besonders den Mitgliedern der KPD eine Orientierung, die weit über die übliche Einengung des Städtebaues auf das Wohnungsproblem hinausging.
Nach der Bildung der Einheitsgemeinde im Jahre 1920 vollzog sich das weitere bauliche Wachstum im wesentlichen innerhalb der eigenen Stadtgrenzen. Die bebauten Flächen hatten sich von 11 837 ha im Jahre 1920 um 4510 ha auf 16 347 ha am 1. April 1933 erhöht. Das Bauland war vor allem für die Erweiterung der Industriegebiete und der 17 am inneren Stadtrand entstandenen Großsiedlungen mit mehr als 4000 Wohnungen genutzt worden. Am 1. Januar 1933 gab es 166 152 Wohngebäude mit 1 357 812 Wohnungen, davon hatten 67,1 % der Wohnungen nur 1 bis 2 Zimmer, 450 Kindergärten und Kinderkrippen mit 16 415 Plätzen, 785 Schulen, die Universität und 7 Hochschulen, sowie 396 Kinos, 34 Theater und 6 Varietés oder Kabaretts. In der Stadt waren 29 Krankenhäuser und weitere Anstalten vorhanden mit einer Bettenkapazität von ca. 47 000. Es gab 254 Kirchen, 19 Synagogen und 197 Kapellen und Räume für Religionsgemeinschaften. Die ca. 9000 Straßen hatten eine Gesamtlänge von 4042 km mit 27,9 Millionen m^2 befestigter Fläche, es gab 707 Brücken und 389 Eisenbahnbrücken.
Der Wert der 36 207 versicherten Gebäude betrug 1932/1933 11,3 Milliarden Reichsmark. Der gesamte Anlagenwert im Stadtgebiet wurde um 1930 auf ca. 30 Milliarden RM geschätzt, davon machte der Gebäudewert einschließlich Grund und Boden einen Anteil von 25 Milliarden Reichsmark aus. Der Wert der Straßen, Brücken, Kanäle, Häfen usw. betrug ca. 1,5 Milliarden Reichsmark und die städtischen sowie staatlichen Verkehrsanlagen 2,5 Milliarden Reichsmark. In der Zeit der Wirtschaftskonjunktur wurden von 1925 bis 1929 schätzungsweise jährlich 600 bis 700 Millionen Reichsmark für Neubauten investiert.
So sah das städtebauliche Bild der republikanischen Hauptstadt 1932/1933 vor der Machtübertragung an den Faschismus aus.

Über die Zerstörung Berlins durch den Faschismus

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur am 30. Januar 1933 wurden alle progressiven städtebaulichen und architektonischen Entwicklungen und Errungenschaften unterbrochen. Es begann eine Phase der geplanten Zerstörung, die in der Tat – allerdings anders als es sich die Nazis vorgestellt hatten – zur weitgehenden baulichen Vernichtung der über 700jährigen Stadt führte. Als Sitz ihrer Regierung hatten die Nazis die Wilhelmstraße gewählt. Hier war die Schaltzentrale der Diktatur und von hier führte der Weg des faschistischen deutschen Imperialismus direkt in den zweiten Weltkrieg. Brutal setzte der Faschismus das Leben der Bürger und die Existenz der Stadt aufs Spiel, um seine Vorherrschaft in Europa und in der Welt durchzusetzen, vor allem aber um die sozialistische Sowjetunion zu vernichten.
Die Faschisten hatten in den Jahren 1936 bis 1938 ein städtebauliches Umgestaltungsprogramm ausgearbeitet, mit dem sie von ihren aggressiven Kriegszielen abzulenken trachteten. Am 27. Januar 1938 wurde allgemein über die Rahmenplanung der Neugestaltung in der faschistischen Presse berichtet. Ein monströses städtebauliches Neugestaltungsprogramm für die Reichshauptstadt wurde mit großer propagandistischer Inszenierung, mit Modellen, Plänen, Zeichnungen und Fotos vorgestellt. Gleichzeitig entstanden für Hamburg, München und Nürnberg ab 1937 ebensolche bombastischen „Neugestaltungsprogramme". Die Hauptstadt des „Tausendjährigen Reiches" hatte dabei den absoluten Vorrang.
Die faschistische Hauptstadt sollte das gesamte Gebiet bis zum Autobahnring umfassen – unter Einschluß von Potsdam – und eine „Stadt für 10 Millionen Menschen" bilden. Der Stadt wurde symbolhaft in dem neuen Stadtgrundriß im Bereich des Brandenburger Tores mit den Straßen in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung ein Achsenkreuz als „Rückgrat" vorgegeben. Im Bereich des Brandenburger Tores bildeten die Straßen in Nordsüd- und Ostwestrichtung dieses Achsenkreuz. Der um Berlin führende Autobahnring, der die neue Stadtgrenze markieren sollte, schloß vier Enden der Ostwest- und Nordsüdachse an das Verkehrssystem an. Vier Flugplätze sollten hinter den Autobahnauffahrten neu errichtet werden. Vier Ringstraßen um das neue Stadtzentrum vervollständigten das Achsenkreuz, samt einer Vielzahl von Ausfallstraßen. Während die Nord-Süd-Achse eine totale Neuanlage darstellte, benutzten die Ost-West-Achse, die Ringstraßen und die Ausfallstraßen größtenteils vorhandene Straßenzüge, die verbreitert werden mußten oder Straßendurchbrüche erforderten.
Zur politischen Machtdarstellung kam dem sieben Kilometer langen Mittelabschnitt der 38,5 Kilometer umfassenden Nordsüdachse die zentrale Bedeutung zu. Hier sollten die Steinkolosse der Verwaltungsgebäude der Nazipartei, der faschistischen Wehrmacht, der Stadtverwaltung, der Monopole, Banken sowie „Denk- und Ehrenmäler" errichtet werden. Die Wucht der Steinfassaden und die

ANZAHL DER EINWOHNER

1900	1888848
1918	1893721
1933	4242501
1943	4478102
1946	3077092

ANZAHL DER WOHNUNGEN

476283
604006
1357812
1562641
1061846

AUSSTATTUNG DER WOHNUNGEN (%)

	1900	1925
WASSERLTG.	97,2	95,5
ABORT	45,7	65,7
BAD	8,4	26,4

REGISTRIERTE WOHNUNGSSUCHENDE FAMILIEN

1922	147 000
1924	223 000
1926	260 000
1930	229 000

ANTEIL DER WOHNUNGEN MIT 1,2,3,4 UND MEHR WOHNRÄUMEN 1943

Wohnräume	%
1	3,6
2	25,8
3	37,6
4	33,0

1. WELTKRIEG · 2. WELTKRIEG

ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUES

19 Entwicklung Berlins von 1900 bis 1945

kolossalen Maßstäbe hatten den Eindruck unüberwindlicher Kraft des Naziregimes zu vermitteln. Als neuer Stadtmittelpunkt sollte eine kuppelartige Versammlungshalle mit nie dagewesenen Dimensionen – 290 Meter Höhe, 315 Meter Seitenlänge, Fassungsvermögen: 180 000 Menschen – errichtet werden. Die Kuppelhalle hätte das in der Nähe befindliche klassizistische Brandenburger Tor allein um 260 Meter überragt. Auf Wunsch Hitlers wurde kurz vor Kriegsausbruch im Modell der obere Abschluß der Kuppelhalle verändert: das Hakenkreuz wurde durch den faschistischen Hoheitsadler, der in seinen Fängen eine Weltkugel hielt, ersetzt.

Der Gesamtumfang der Auswirkungen dieses monströsen Planes, besonders die flächendeckenden Abrisse ganzer Stadtteile, Kulturstätten, Geschäftshäuser, Schulen und anderer Gebäude, wurde der Öffentlichkeit freilich vorenthalten. Allein für den Bau der Nordsüdachse der „Prachtstraße", hätten mehr als 50 000 Wohnungen verschwinden müssen. Auch die Charitè, das Schloß Monbijou und die beiden offenen Säulenhallen des Brandenburger Tores sowie weitere Bauten sollten den faschistischen Vorstellungen zum Opfer fallen.

Der vor der militärischen Niederlage der Hitler-Armee bei Moskau aufgestellte Plan sah als Fertigstellungstermin das Jahr 1950 vor. Auf einer „Weltausstellung" wollte man die gigantomanischen Bauten der Achse ihrer Bestimmung übergeben und Berlin aus diesem Anlaß in „Germania" umtaufen.

Realisiert wurden von diesen Baumaßnahmen lediglich ein Stück Spreebegradigung, Geländefreimachungen und der bereits 1939 umgebaute Großen Stern mit der „Versetzungsaktion" der Siegessäule (vorheriger Standort beim Reichstag). Die letzten Bauarbeiten wurden spätestens 1941 eingestellt.

Tatsächlich wurde das Bauen unmittelbar nach 1933 in die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung einbezogen. Im faschistischen „Friedensjahr" 1937 waren nur 5,1 Prozent aller Vorhaben Wohnungsbauten, 94,9 Prozent dagegen waren „Bauten für andere Zwecke", im Klartext: Rüstungsbetriebe, Kasernen und ähnlich kriegswichtige Vorhaben. Der Vierjahresplan war faktisch das Mobilmachungsprogramm. Damit wurde 1936/1937 die Kontingentierung von Stahl und Beton zugunsten „kriegswichtiger Bauten" eingeführt. In der Zeit von 1933 bis zum 30. Juni 1944 wurden in Berlin 5698 Gebäude für öffentliche, gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke mit 23,3 Millionen Kubikmeter umbauten Raum fertiggestellt.

Die Wohnungssituation hatte sich nach der Errichtung der faschistischen Diktatur wesentlich verschärft. Die großmäuligen Versprechungen der Nazis zum Bau von jährlich 15 000 bis 20 000 Wohnungen und der Altstadtsanierung in den dichtbesiedelten Bezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Wedding und Kreuzberg mit dem Ziel der Reduzierung der Bevölkerungsdichte auf 150 Einwohnern je Hektar erwiesen sich bald als eine große Lüge. Während der faschistischen Ära wurden durchschnittlich nur 7800 Wohnungen jährlich in der 4,3 Millionen Stadt neu gebaut. Die größte Anzahl wurde 1937 mit 18 746 Wohnungen erreicht und lag damit erheblich unter der Jahreshöchstzahl der Weimarer Republik mit 43 854 Wohnungen, die 1930 neu gebaut wurden. Nach 1937 erfolgte eine rapide Drosselung des Wohnungsbaues, und nach 1939 wurde er fast völlig eingestellt. Die Wohnverhältnisse der arbeitenden Menschen war noch katastrophaler geworden. 1938 fehlten schätzungsweise bereits 170 000 Wohnungen und fast 300 000 Wohnungen galten als unzumutbar. Dringender denn je war der Bau von mindestens 470 000 bis 500 000 Wohnungen geworden neben der versprochenen Altstadtsanierung. Doch das Wohnungsproblem als sozialen Anspruch hatten die faschistischen Machthaber völlig aus dem Städtebau ausgegrenzt.

Die gewaltsame Zerstörung Berlins begann bereits vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Das Fanal auf die kommende Vernichtung der Stadt wurde unmittelbar nach der Errichtung der faschistischen Diktatur am 27. Februar 1933 mit der Reichstagsbrandprovokation gegeben. Sie setzte sich fort mit der Brandschatzung und Zerstörung von 20 Synagogen, 7500 Geschäften und Warenhäusern sowie weiterer Schul- und Wohngebäude während der Judenprogrome der Nazis am 9. und 10. November 1938.

Die weitgehende Vernichtung der Stadt war die direkte Folge des vom faschistischen deutschen Imperialismus von Berlin aus angezettelten und ausgelösten zweiten Weltkrieges, der Europa zu einem großen Teil verwüstete und schließlich auf die faschistische Metropole hart zurückschlug. Berlin gehörte zu den am häufigsten bombardierten und am meisten zerstörten Städten Deutschlands.

Berlin glich am Ende des zweiten Weltkrieges im Mai 1945 einem unübersehbaren Trümmermeer mit 70 bis 90 Millionen Kubikmeter Schutt. Mehr als 28,5 Quadratkilometer bebauter Stadtfläche und jedes dritte Gebäude von den insgesamt früher vorhandenen 245 300 Gebäuden waren total zerstört. Vom gesamten Wert der Gebäude und Anlagen, der 1939 rund 24 Milliarden Reichsmark betrug, waren über 5,2 Milliarden vernichtet. Bei den oberirdischen Baulichkeiten waren es Werte von ca. 4,3 Milliarden (ca. 28 Prozent) und bei den unterirdischen Baulichkeiten einschließlich Reichsbahnanlagen von ca. 0,9 Milliarden Reichsmark (ca. 9 Prozent). Das wirkte sich katastrophal aus, denn die Bevölkerung konnte nicht mit Wasser, Strom und Gas versorgt werden; und der Verkehr auf Straße, Schiene und zu Wasser war völlig lahmgelegt.

Von 277 628 Arbeitsstätten des Jahres 1939 waren am Kriegsende noch 117 845 vorhanden. Von den am 12. August 1945 erfaßten Betrieben waren nur 41 842 ohne äußere Beeinträchtigung ihrer Arbeitsfähigkeit übriggeblieben. Bei 16 343 Arbeitsstätten gab es nur geringfügige Schäden. Damit waren nur etwa 58 000 Arbeitsstätten mehr oder weniger einsatzfähig. Von den 1 562 000 Wohnungen waren 500 795 vernichtet, nur 370 000 Wohnungen fast unbeschädigt geblieben, alle anderen hatten schwere, mittlere und leichte Schäden. 87 Prozent der einstigen Schulräume, 73 Prozent der Krankenhauskapazitäten sowie 79 Prozent der Gaststätten und Hoteleinrichtungen waren vernichtet oder stark zerstört. Besonders schmerzhaft war die fast völlige Zerstörung des Stadtzentrums mit seinen öffentlichen Gebäuden und Baudenkmälern, darunter die Straße Unter den Linden, die Friedrichstadt und die Museumsinsel.

Von den 4,3 Millionen Einwohnern des Jahres 1939 hatten 1,8 Millionen die Stadt verlassen oder waren im Krieg umgekommen. Im Mai 1945 hausten noch 2,5 Millionen Menschen in dieser Trümmerwüste und rangen um das Überleben.

Kriege und Krisen haben Berlin häufig schwere Schäden zugefügt. Aber alles verblaßte angesichts dessen, was der faschistische deutsche Imperialismus hinterließ. Und dennoch: Berlin war frei von der Nazidiktatur. Das Tor für eine friedliche Zukunft war geöffnet.

Zur Gestaltung der Bereiche zwischen Innenstadt und Neubauwohngebieten

Städtebaulich-architektonische Aspekte unter besonderer Berücksichtigung der Hauptbewegungsräume

Dr.-Ing. Hedwig Pahnke
Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur

Die Erhöhung der städtebaulich-architektonischen Wirksamkeit der Bereiche zwischen den Innenstädten und den zur Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms meist am Stadtrand errichteten großen Neubauwohngebieten ist eine wichtige Aufgabe für die Stadtgestaltung in den 90er Jahren. Am Institut für Städtebau und Architektur durchgeführte Untersuchungen, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden sollen, hatten das Ziel, die größere Bedeutung dieser Bereiche für die Komposition und das Erlebnis der Stadt nachzuweisen, ihre vorhandene Gestalt zu analysieren und Gestaltungsaufgaben, -prinzipien und -möglichkeiten abzuleiten. Die Untersuchungen erfolgten an ausgewählten Beispielen aus 16 Groß- und Mittelstädten der DDR. Auf die Notwendigkeit der städtebaulich-architektonischen Vervollkommnung und Umgestaltung der genannten Bereiche wurde auch im Zusammenhang mit der Auswertung der Ergebnisse der Planung und Gestaltung von Wohngebieten hingewiesen.

Die gewachsene stadtgestalterische Bedeutung der zwischen den Innenstädten und den großen Neubauwohngebieten gelegenen früheren Stadterweiterungen und ehemaligen Stadtrandzonen resultiert aus der veränderten Lage im Stadtgrundriß und im Massen- und Höhenaufbau der Stadt, vor allem aber aus der Verstärkung der hier verlaufenden Verkehrsbeziehungen. Die großen Wohngebiete bilden neue, bedeutsame Wohnschwerpunkte. So leben beispielsweise in den Wohngebieten Cottbus-Sachsendorf/Madlow und Plauen-Chrieschwitz rund ein Fünftel, im Wohngebiet Bautzen-Gesundbrunnen rund ein Viertel sowie in den Wohngebieten Gera-Lusan und Neubrandenburg-Oststadt rund ein Drittel der Einwohner der jeweiligen Stadt. Nach Fertigstellung des Wohngebietes Großer Dreesch wird hier sogar annähernd die Häfte der Schweriner Bevölkerung wohnen. Die sich daraus ergebenden entscheidenden Veränderungen der räumlichen Verteilung der Einwohner in der Stadt haben die Intensivierung und die Herausbildung neuer Verkehrsbeziehungen zur Folge. Der Verkehr von und zu den großen Wohngebieten wird vorwiegend über die Hauptbewegungsräume zwischen den Wohngebieten und den Innenstädten realisiert. Diese Hauptbewegungsräume entwikkeln sich damit zu wichtigen Räumen der Stadt, über die die einzelnen Bereiche der jeweiligen Stadterweiterungsrichtung von einem großen Teil der Stadtbewohner alltäglich wahrgenommen und erlebt werden. Wie die Untersuchungen gezeigt haben, sind das, stadtgeschichtlich bedingt, Bereiche unterschiedlicher Entstehungszeit, Funktion, baulich-räumlicher Struktur und Ausdehnung (Abb. 1, 2, 3). Nur etwa 50 Prozent der analysierten Flächen sind Wohn- und Mischgebiete. Die anderen 50 Prozent werden von Arbeitsstätten, Sport- und Erholungsanlagen, größeren gesellschaftlichen Einrichtungen auf eigenen Grundstücken, Verkehrsanlagen, aber auch als landwirtschaftliche Nutzflächen und Kleingartenanlagen genutzt.

Theoretisch-methodische Grundlagen der Analyse

Die Analyse der vorhandenen Gestalt der Bereiche zwischen den Innenstädten und den Neubauwohngebieten baute auf ein von dem sowjetischen Städtebauwissenschaftler Mamakow entwickeltes theoretisches Modell zur Beschreibung der Stadtkomposition auf. Dieses Modell stellt die funktionelle und die kompositionelle Struktur der Stadt gegenüber. Die elementaren Bestandteile sind jeweils die Achsen (Verkehrstrassen u. a.) und die Knoten (gesellschaftliche Zentren, Verkehrsknotenpunkte u. a.), die das Gerüst bilden, und die Flächen (Wohngebiete, Arbeitsstättengebiete, Parke u. a.).

Im Verlauf der Stadtentwicklung erfolgen die Veränderungen von funktioneller und kompositioneller Struktur nicht immer gleichzeitig. Für die bisherige extensive Stadtentwicklung war die vorrangige Entwicklung neuer funktioneller und kompositioneller Flächen in Form der Neubauwohngebiete und neuer funktioneller Achsen in Form der Verkehrsverbindungen zu den Neubauwohngebieten charakteristisch. Beim Übergang zur intensiven Stadtentwicklung stellt sich die Aufgabe der kompositionellen Ausprägung dieser Achsen einschließlich ihrer Knoten sowie der funktionellen und kompositionellen Weiterentwicklung der an diese Achsen grenzenden Bereiche.

Davon ausgehend wurden für die Analyse folgende grundlegende Kriterien verwendet (Abb. 4):

- die städtebaulich-architektonische Wirksamkeit der von den Hauptbewegungsräumen aus erlebbaren Bereiche
- die Übereinstimmung von Funktion und Gestalt der Hauptbewegungsräume
- die räumliche Gestalt der Hauptbewegungsräume
- die städtebaulich-architektonische Wirksamkeit wichtiger Knoten in den Hauptbewegungsräumen.

Analyseergebnisse

Bei der Analyse der Beispiele nach den genannten Kriterien wurde eine Reihe von Gestaltungsproblemen erkennbar, die in Abhängigkeit von der Stadtstruktur, der Stadtgröße und der Konzentration des Wohnungsneubaus in den einzelnen Städten in mehr oder weniger großem Umfang in Erscheinung treten. Das Hauptproblem besteht darin, daß sich einerseits die Bedeutung der untersuchten Bereiche für die Komposition und das Erlebnis der Stadt wesentlich erhöht hat, aber andererseits ihre ursprüngliche Gestalt unter den Bedingungen der extensiven Stadtentwicklung im wesentlichen nicht verändert wurde. Das äußert sich in einer insgesamt nicht befriedigenden städtebaulich-architektonischen Wirksamkeit der Hauptbewegungsräume und einer innerstädtischen Lage widersprechenden aufgelockerten und niedrigen Bebauung eines Teils der angrenzenden Flächen.

Verbunden damit sind neben der ungenügenden baulich-räumlichen Integration der Neubauwohngebiete in das Stadtgefüge solche Probleme wie

- das unvermittelte Aufeinanderstoßen von Bereichen und Straßenräumen, die durch unterschiedliche Kompositions- und Raumauffassungen und baulich-räumliche Maßstäbe geprägt sind
- das Erlebbarwerden von Bereichen, die sich über längere Zeiträume entwickelt haben und eine heterogene, ungeordnete Bebauung aufweisen
- eine mangelhafte räumliche Orientierung
- eine unzureichende räumliche Fassung der Straßenräume in den ehemaligen Stadtrandzonen und im Bereich der Neubauwohngebiete

1

ÜB Übergangsbereiche zwischen Innenstadt und Neubauwohngebiet
0 100 200 300 400 500 600 ha
Altenburg ÜB zum WG Nord
Greifswald ÜB zum WG Schönwalde
Greifswald ÜB zum WG Ostseeviertel
Plauen ÜB zum WG Chrieschwitz
Neubrandenburg ÜB zum WG Oststadt
Neubrandenburg ÜB zum WG Datzeberg
Jena, ÜB zum WG Lobeda (östliche Verbindung)
Jena, ÜB zum WG Lobeda (westliche Verbindung)
Zwickau, ÜB zum WG Neu-Planitz – entlang Reichenbacher Straße
Zwickau, ÜB zum WG Neu-Planitz entlang Planitzer Straße
Cottbus, ÜB zum WG Sachsendorf/Madlow
Cottbus ÜB zum WG Schmellwitz
Schwerin ÜB zum WG Großer Dreesch
Schwerin ÜB zum WG Lankow
Gera, ÜB zum WG Lusan entlang Leninstraße
Erfurt, ÜB zum WG Südost entlang Kranichfelder Straße
Karl-Marx-Stadt, ÜB zum WG Fritz-Heckert entlang Stollberger Straße
Dresden, ÜB zum WG Gorbitz entlang Freiberger Straße
Leipzig, ÜB zum WG Grünau (nördliche Verbindung)
Leipzig, ÜB zum WG Grünau (südliche Verbindung)
Wohn- und Mischgebiet
Industriegebiet
gesellschaftliche Einrichtung
Park, Wald
Kleingartenanlage
Friedhof, Ehrenhain
Sportanlage
landwirtschaftliche Nutzfläche
Verkehrsanlage
Ödland, Restfläche

- zu enge, dem erheblich gewachsenen Fahrverkehr nicht entsprechende Straßenräume in den dichten Altbaugebieten
- die nicht genügende Berücksichtigung des Fußgänger- und Radverkehrs.

Ein besonderes Problem ergibt sich daraus, daß infolge des in den 70er Jahren vorherrschenden Prinzips der Komposition der Wohngebiete die Hauptbewegungsräume von der Bebauung relativ unabhängig gestaltete Verkehrsstraßen sind, die nicht die funktionellen und kompositionellen Schwerachsen der angrenzenden Gebiete bilden.
Weiterhin zeigte sich, daß markante städtebauliche Situationen in den Hauptbewegungsräumen oftmals nicht ausreichend orientierungswirksam, zu weiträumig und schwer erfaßbar sind. Das betrifft die Eingänge in die Neubauwohngebiete, Richtungswechsel, wichtige Verkehrsknotenpunkte und Haltepunkte des öffentlichen Personennahverkehrs.
Großflächige Verkehrslösungen führen besonders in den weniger großen Städten zu einschneidenden Zäsuren und schaffen durch ihre Weiträumigkeit ungünstige Kontraste zu historischen baulich-räumlichen Strukturen.
Im Zuge des Übergangs zur intensiven Stadtentwicklung werden in verschiedenen Städten städtebauliche Maßnahmen geplant oder befinden sich bereits in Realisierung, die zur Aufwertung des baulich-räumlichen Zusammenhangs zwischen den Innenstädten und den Neubauwohngebieten beitragen werden. Dazu gehören zum Beispiel die Errichtung des Wohngebietes Reitbahnweg im Übergangsbereich zum Wohngebiet Datzeberg in Neubrandenburg und ergänzende Bebauung in den Übergangsbereichen zu den Wohngebieten Lankow und Großer Dreesch in Schwerin.

Gestaltungsaufgaben und -prinzipien

1. Grundsätzliche Aufgabe ist es, die Bereiche zwischen den Innenstädten und den großen Neubauwohngebieten als städtische Bereiche mit einer entsprechend hohen Funktions- und Bebauungsdichte zu entwickeln.
Das muß sich mit der Ausprägung einer unverwechselbaren baulich-räumlichen Ordnung und Architektur der einzelnen Bereiche gemäß ihrem kulturhistorischen Wert und ihrer Rolle im Massen- und Höhenaufbau der Stadt verbinden.
Im Interesse eines städtischen Charakters empfiehlt sich eine überwiegend mehrgeschossige, kompakte Bebauung. Dieses Prinzip schließt die Integration erhaltenswerter Ortslagen und Stadtrandsiedlungen, zum Beispiel des Dorfangers im Übergangsbereich zum Wohngebiet Schmellwitz in Cottbus, sowie intensiv gestalteter Freiflächen ein.
Die Nutzung der landschaftlichen Gegebenheiten – beispielsweise die Einbeziehung der Waldgebiete und Uferbereiche in die Gestaltung der Übergänge zwischen der Schweriner Innenstadt und den Neubauwohngebieten Großer Dreesch und Lankow – bildet eine wichtige Voraussetzung für die wirkungsvolle Verbindung von Stadt und Landschaft.
In den untersuchten Bereichen geht es außer der Vervollkommnung der bestehenden Wohn- und Mischgebiete in besonderem Maße auch um bessere städtebaulich-architektonische Lösungen bei der intensiven Entwicklung der hier befindlichen Arbeitsstättengebiete. Diese Aufgabe ist sowohl für die Ausprägung des Stadtbildes insgesamt als auch für die Herstellung gut gestalteter räumlicher Beziehungen zwischen Arbeiten und Wohnen von Bedeutung. Ansätze dafür zeichnen sich beispielsweise mit der Errichtung neuer Arbeitsstätten in Nachbarschaft der Wohngebiete Oststadt in Neubrandenburg und Lankow in Schwerin ab.
Für die künftige Entwicklung von Kultur-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen sowie Sport- und Erholungsanlagen mit hoher Besucherfrequenz, die weder in die Innenstädte noch in die großen Neubauwohngebiete eingeordnet werden können, sollten in den dazwischen liegenden Bereichen geeignete Standorte mit hoher Lagegunst ausgewiesen und vorgehalten werden.
2. Eine weitere grundsätzliche Aufgabe besteht darin, die die Innenstädte und die Neubauwohngebiete verbindenden Hauptbewegungsräume in Übereinstimmung mit ihrer funktionellen Bedeutung als einprägsame kompositionelle Achsen und als Grundelemente der Raumstruktur der Stadt zu gestalten.
Im Gegensatz zu den Neubauwohngebieten mit oft getrennten Trassen für die verschiedenen Verkehrsarten und zu den Innenstädten, die zu einem großen Teil vom Durchgangsverkehr befreit sind und in denen Fußgängerbereiche existieren, stellt sich für die Verbindung der Innenstädte und der Neubauwohngebiete insbesondere die Aufgabe der Gestaltung von Magistralen und Hauptnetzstraßen, in denen auch künftig sowohl öffentlicher Personennahverkehr, Individualverkehr als auch Fußgänger- und Radverkehr realisiert werden müssen. Erforderlich sind deshalb entsprechend komplexe gestalterische Lösungen, die die vielfältigen Anforderungen der einzelnen Verkehrsarten und Anliegerfunktionen besser berücksichtigen.
In einigen Städten bietet sich die Anlage beziehungsweise die Ausgestaltung von zusätzlichen separaten Fuß- oder Radwegen an, so in Altenburg, wo über Fußwege eine kürzere Verbindung zwischen der Altstadt und dem Wohngebiet Nord hergestellt wird. Eine generelle Trennung der Trassen der unterschiedlichen Verkehrsarten würde jedoch die Abwertung von Hauptbewegungsräumen als wichtige Erlebnisräume der Stadt und die Dezentralisierung des Einsatzes von Gestaltungsmitteln bewirken.

2

ÜB Übergangsbereiche zwischen Innenstadt und Neubauwohngebiet

ha: 0, 50, 100, 150, 200, 250, 300

Altenburg ÜB zum WG Nord
Greifswald ÜB zum WG Schönwalde
Greifswald ÜB zum WG Ostseeviertel
Plauen ÜB zum WG Chrieschwitz
Neubrandenburg ÜB zum WG Oststadt
Neubrandenburg ÜB zum WG Datzeberg
Jena, ÜB zum WG Lobeda (östliche Verbindung)
Jena, ÜB zum WG Lobeda (westliche Verbindung)
Zwickau, ÜB zum WG Neu-Planitz entlang Reichenbacher Straße
Zwickau, ÜB zum WG Neu-Planitz entlang Planitzer Straße
Cottbus, ÜB zum WG Sachsendorf/Madlow
Cottbus ÜB zum WG Schmellwitz
Schwerin ÜB zum WG Großer Dreesch
Schwerin ÜB zum WG Lankow
Gera, ÜB zum WG Lusan entlang Leninstraße
Erfurt, ÜB zum WG Südost entlang Kranichfelder Straße
Karl-Marx-Stadt, ÜB zum WG Fritz-Heckert, entlang Stollberger Straße
Dresden, ÜB zum WG Gorbitz entlang Freiberger Straße
Leipzig, ÜB zum WG Grünau (nördliche Verbindung)
Leipzig, ÜB zum WG Grünau (südliche Verbindung)

Strukturtyp entsprechend (5)
Mehrfamilienhausbebauung
2 " 1870–1918 2–3 Geschosse
3 " 1870–1918 4–5 Geschosse
4 " 1919–1945 2–3 Geschosse
5 " 1919–1945 4–5 Geschosse
Mehrfamilienhausbebauung
6 " 1946–1970
7 " 1971–1980 und 1981–1985
8 Ein- und Zweifamilienhausbebauung
9 Dörfliche Bebauung

1 Anteile der Flächennutzungsarten in den Einzugsbereichen der Hauptbewegungsräume

2 Anteile der Strukturtypen der Wohn- und Mischgebiete in den Einzugsbereichen der Hauptbewegungsräume

3 Längenausdehnung der Stadterweiterungsrichtungen(Abbn. 3–10 Seite 50/51)

4 Analyseschema

5 Schwerin. Im letzten Abschnitt der Ernst-Thälmann-Straße ergibt sich eine gute Orientierung zum Wohngebiet Lankow. Die Einbeziehung des Uferbereiches des Lankower Sees in die Gestaltung dieses Hauptbewegungsraumes ist für die enge Verbindung von Stadt und Landschaft charakteristisch.

6 Schwerin. Die landschaftstypischen Waldgebiete und Seen bilden eine wirksame Zäsur zwischen der Altstadt und der mehr- und vielgeschossigen Bebauung des Wohngebietes Großer Dreesch.

7 Neubrandenburg. Die Straße der Befreiung stellt eine klare Verbindung vom Wohngebiet Oststadt zur Innenstadt und in umgekehrter Richtung her. Der Bereich zwischen Oststadt und Eisenbahntrasse wird von der großflächigen Verkehrslösung beherrscht. Für seine künftige Entwicklung ist eine bessere baulich-räumliche Ordnung unter Berücksichtigung der Überschaubarkeit von der höher gelegenen Hauptverkehrsstraße anzustreben.

8 Leipzig. Die Hauptbewegungsräume zum Wohngebiet Grünau entsprechen in den durch die dichten Altbaugebiete verlaufenden Abschnitten nicht dem wachsenden Verkehr. Es bestehen gegenseitige Störungen und Behinderungen des Fußgänger-, des Individual- und des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der angrenzenden Funktionen. Lösungen dieser Problematik können nur in engem Zusammenhang mit der Rekonstruktion und Umgestaltung der Altbaugebiete im Rahmen gesamtstädtischer Konzeptionen gefunden werden.

9 Neubrandenburg. Schon von weitem zeichnet sich die Silhouette des Wohngebietes Datzeberg ab. Die begrünten Hänge vermitteln zwischen der mehr- und vielgeschossigen Neubebauung und den weiter stadteinwärts gelegenen älteren Baugebieten.

10 Leipzig. Die Hochhäuser des Wohngebietes Grünau sind in den letzten Abschnitten der dorthin führenden Hauptbewegungsräume gut erlebbar. Eine Verbesserung der räumlichen Qualität dieser Abschnitte läßt sich durch die Umgestaltung der raumbegrenzenden Industriebebauung, aber auch bereits mit weniger aufwendigen Maßnahmen wie die Pflanzung von Baumreihen erreichen.

ÜB Übergangsbereiche zwischen Innenstadt und Neubauwohngebiet

km: 0 1 2 3 4 5 6 7 8

Längenausdehnung des Neubauwohngebietes

Entfernung zwischen Innenstadt und Neubauwohngebiet

Bautzen ÜB-WG Gesundbrunnen
Altenburg ÜB-WG Nord
Greifswald ÜB-WG Schönwalde
Greifswald ÜB-WG Ostseeviertel
Plauen ÜB-WG Chrieschwitz
Görlitz ÜB-WG Königshufen
Neubrandenburg ÜB-WG Oststadt
Neubrandenburg ÜB-WG Datzeberg
Frankfurt/Oder ÜB-WG Neuberesinchen
Jena ÜB-WG Lobeda
Zwickau ÜB-WG Neu-Planitz
Cottbus ÜB-WG Sachsendorf/Madlow
Cottbus ÜB-WG Schmellwitz
Schwerin ÜB-WG Großer Dreesch
Schwerin ÜB-WG Lankow
Gera ÜB-WG Lusan
Erfurt ÜB-WG Südost
Karl-Marx-Stadt ÜB-WG Fritz-Heckert
Dresden ÜB-WG Gorbitz
Leipzig ÜB-WG Grünau

3

Bestimmung der Bereiche zwischen Innenstadt und Neubauwohngebieten

Herausarbeitung der Bedeutung für die Komposition und das Erlebnis der Stadt

Analyse der städtebaulich-architektonischen Gestalt

funktionelle Flächen

städtebaulich-architektonische Wirksamkeit der von den Hauptbewegungsräumen aus erlebbaren Bereiche
- Ausprägung der Gestaltbereiche
- Übergänge zwischen den Gestaltbereichen

kompo-sitionelle Flächen

funktionelle Achsen

Übereinstimmung von Funktion und Gestalt der Hauptbewegungsräume
- Ausbildung der Hauptbewegungsräume als kompositionelle Achsen
- Berücksichtigung der Anforderungen der differenzierten Verkehrsarten und der angrenzenden Funktionen
- Orientierung in den Hauptbewegungsräumen

Räumliche Qualität der Hauptbewegungsräume
- Raumwirkung der einzelnen Abschnitte
- Ausbildung der Raumfolgen

kompo-sitionelle Achsen

funktionelle Knoten

städtebaulich-architektonische Wirksamkeit wichtiger Knoten in den Hauptbewegungsräumen

kompo-sitionelle Knoten

Ableitung von Aufgaben und Prinzipien für die städtebaulich-architektonische Gestaltung

Analyse der Möglichkeiten und Bedingungen für die städtebaulich-architektonische Gestaltung

4

Die Ausbildung der Hauptbewegungsräume zu einprägsamen Achsen und interessanten Raumfolgen, in denen die historische Entwicklung der Stadt erlebbar wird, verlangt sowohl eine differenzierte Gestaltung der einzelnen Abschnitte als auch die Anwendung verbindender und sich wiederholender Gestaltelemente.
Die Verbesserung der Orientierung ist besonders in den Städten ohne direkte Sichtbeziehungen zwischen den Innenstädten und den Neubauwohngebieten erforderlich. Erreicht werden kann das durch
- die Verstärkung der räumlichen Führung zu den Wohngebieten und in umgekehrter Richtung zum Stadtzentrum
- die gestalterische Dominanz gegenüber den angrenzenden Raumstrukturen
- die Steigerung der Gestaltungsvielfalt und Erlebnisdichte zum Stadtzentrum hin
- die Ausprägung von Merkzeichen und Blickzielen in den Hauptbewegungsräumen
- den Ausbau oder die Schaffung von Sichtbeziehungen zu den Zentren, zu typischen Dominanten und Silhouetten der Stadtbebauung sowie zu charakteristischen Landschaftselementen.

Um die notwendige stärkere räumliche Fassung der Hauptnetzstraßen in den ehemaligen Stadtrandzonen und im Bereich der Neubauwohngebiete zu erreichen, geht es bei der Umgestaltung der angrenzenden Bereiche darum, deren Komposition auf diese Hauptbewegungsräume auszurichten und die jeweils geeigneten Mittel zur Raumbildung zielgerichtet anzuwenden. Neben baulichen Mitteln können in vielen Fällen durch die Anlage von Baumalleen und die gartenarchitektonische Gestaltung der Straßenräume günstige Raumwirkungen erreicht werden.

3. Die Aufgabe der Gestaltung der Hauptbewegungsräume zu einprägsamen Achsen schließt die Entwicklung der hier befindlichen funktionell und gestalterisch wichtigen städtebaulichen Situationen als kompositionelle Knoten ein. Funktionell zweckmäßig und gestalterisch wirksam ist die Konzentration attraktiver gesellschaftlicher Einrichtungen an den Halte- und Umsteigestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. Je nach Bedeutung der einzelnen Konzentrationspunkte des öffentlichen Personennahverkehrs erweist sich hier ebenso wie in Verbindung mit funktionell oder gestalterisch bedeutsamen Gebäuden und Ensembles die Ausbildung kleinerer Platzerweiterungen als sinnvoll.
Damit Richtungswechsel im Verlauf der Hauptbewegungsräume und Eingänge in die großen Neubauwohngebiete eine klarere, orientierungswirksamere Raumbildung erhalten, empfiehlt sich in

5

6

7

8

9

10

vielen Fällen die Ergänzung und Abrundung der Bebauung und die Schaffung von baulichen Akzenten. Besondere Aufmerksamkeit verlangen auch die Übergänge zwischen Abschnitten mit unterschiedlicher Raumwirkung, beispielsweise die Übergänge von baulich nicht begrenzten zu geschlossenen Räumen.
Die städtebaulich-architektonische Vervollkommnung der Bereiche zwischen den Innenstädten und den großen Neubauwohngebieten ist mit der Lösung vielfältiger, stadt- und standortspezifisch sehr differenzierter und für die Planung zum großen Teil neuartiger Gestaltungsaufgaben verbunden, die vertiefende Untersuchungen, experimentelle Entwürfe und Lösungsbeispiele erfordern. Das sind u. a.
- die Querschnittsgestaltung von Hauptbewegungsräumen unter Berücksichtigung der differenzierten Funktionen
- die Integration des öffentlichen Personennahverkehrs in die Raumstruktur und die Aufwertung seiner Konzentrationspunkte
- die Umgestaltung von Industriekomplexen unter Beachtung ihrer gestalterischen Wirksamkeit in den Hauptbewegungsräumen
- die Aufwertung der an die Hauptbewegungsräume grenzenden Randbereiche der Neubauwohngebiete.

Möglichkeiten und Bedingungen für die Gestaltung

Mit der intensiven Stadtentwicklung reifen die Bedingungen für die Lösung der genannten Aufgaben heran. Prinzipielle Möglichkeiten sind flächenmäßige städtebauliche Maßnahmen in den Einzugsbereichen der Hauptbewegungsräume, städtebauliche Maßnahmen in den Hauptbewegungsräumen selbst und punktuelle städtebauliche Maßnahmen an wichtigen Knoten in den Hauptbewegungsräumen.
Die durchgeführten Untersuchungen haben gezeigt, daß sich in den Einzugsbereichen der Hauptbewegungsräume umfangreiche Standortangebote für den Wohnungs-, Gesellschafts- und Industriebau sowie für die weitere Entwicklung des Freiflächensystems der Stadt befinden. Sie haben insbesondere durch den Ausbau der Verkehrsverbindungen zu den Neubauwohngebieten eine Wertsteigerung erfahren.
Bei der intensiven Entwicklung der Bereiche zwischen den Innenstädten und den großen Neubauwohngebieten können erhebliche ökonomische, soziale, strukturelle und gestalterische Effekte miteinander verbunden werden:
- Durch die Inanspruchnahme der hier bestehenden städtebaulichen Reserven wird eine intensivere Nutzung der mit den Neubauwohngebieten entwickelten Verkehrstrassen und öffentlichen Verkehrsmittel, bei ausreichenden Kapazitäten auch der Netze der Stadttechnik und der gesellschaftlichen Einrichtungen erreicht und ein Beitrag zur sinnvollen Begrenzung des Wachstums der Baugebietsflächen geleistet.
- Die zielgerichtete funktionelle und gestalterische Vervollkommnung dieser Bereiche bewirkt die Ausprägung eines harmonischen funktionellen und baulich-räumlichen Zusammenhangs der betreffenden Stadterweiterungsrichtung. Damit wird zu einer begreifbaren Ordnung und spürbaren Verbesserung der bestehenden Stadtstruktur und zur kulturvollen Gestaltung der Stadt als Ganzes beigetragen.
- Mit der funktionellen und gestalterischen Aufwertung wichtiger Erlebnisräume und -bereiche und der besseren Integration der großen Wohngebiete in die Stadt werden die Lebensbedingungen der Bewohner verbessert und deren Identifikation mit der Stadt gefördert.

Schlußfolgerungen für die städtebauliche Planung

Die aufgeführten potentiellen Intensivierungseffekte können nur dann erreicht werden, wenn die Vervollkommnung und Umgestaltung der Bereiche und Hauptbewegungsräume zwischen den Innenstädten und den großen Neubauwohngebieten im Rahmen der Generalbebauungsplanung rechtzeitig und ausreichend komplex geplant wird. Diese Aufgabe erfordert die Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Erfordernisse sowie kultureller, technischer, ökologischer und rechtlicher Einflußfaktoren. Die Planung der städtebaulich-architektonischen Gestalt ist dabei ein Teilaspekt und muß in enger Wechselwirkung mit den anderen städtebaulichen Aufgaben durchgeführt werden.
Ausgehend von gründlichen Analysen der vorhandenen Situation geht es um die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, die
- in die Pläne der Stadtkomposition
- in Konzeptionen für die städtebaulich-architektonische Gestaltung der Hauptbewegungsräume als ergänzende und präzisierende Bestandteile dazu sowie
- in Konzeptionen für die städtebaulich-architektonische Gestaltung von Teilgebieten als Bestandteile städtebaulicher Leitplanungen

einzuordnen sind.
In die Planungsdokumentation sollten sowohl generelle Aussagen, die die notwendige Flexibilität zum Offenhalten konkreter, den jeweiligen Entwicklungserfordernissen und Gestaltungsmöglichkeiten entsprechender städtebaulicher Lösungen gewährleisten, als auch detaillierte Aussagen (Baufluchtlinien, Trassenführung, Bauvorbehaltsflächen, Nutzungsarten und -beschränkungen, Form und Höhe der Bebauung) zur Durchsetzung wichtiger Gestaltungsabsichten aufgenommen werden.
Ein gutes Beispiel für die Planung von Hauptbewegungsräumen bieten die Magistralenkonzeptionen der Hauptstadt, mit deren Erarbeitung bereits in den 70er Jahren begonnen wurde. Die Hauptbewegungsräume sind in der Grundlinie zur städtebaulich-architektonischen Gestaltung der Hauptstadt der DDR Berlin ein Schwerpunkt für die weitere städtebaulich-architektonische Gestaltung von Berlin.
Die praktische Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Vervollkommnung und Umgestaltung der Bereiche und Hauptbewegungsräume zwischen den Innenstädten und den Neubauwohngebieten kann nur schrittweise im Zuge der Vorbereitung und Realisierung einzelner Bauvorhaben erfolgen. Das erfordert eine entsprechende Qualität und Verbindlichkeit der Generalbebauungspläne, insbesondere der Flächennutzungspläne.

KDT-Tagung „Ruhender Verkehr"

Im November 1986 fand in Berlin die Fachtagung „Ruhender Verkehr" statt. Eingeladen hatte zu diesem Erfahrungsaustausch, an dem mehr als 200 Fachleute aus dem In- und sozialistischen Ausland teilnahmen, der Fachverband Fahrzeugbau und Verkehr, die Bezirksfachsektion Verkehrswesen Berlin und die Betriebssektion im Büro für Verkehrsplanung (BfV) Berlin der Kammer der Technik sowie die Zentrale Fachgruppe Städtebau des Bundes der Architekten der DDR.
In den 24 Beiträgen wurde, ausgehend von der verkehrspolitischen Zielstellung zur Lösung des ruhenden Verkehrs, über Analysemethoden zur Bestimmung des Angebots an Stellplätzen, Methoden und Lösungsansätze zur Organisation des ruhenden Verkehrs in Großstädten der DDR und im sozialistischen Ausland bis zur Prognose des ruhenden Verkehrs mit entsprechenden Lösungsmöglichkeiten informiert und diskutiert.
Der vorliegende Tagungsbericht beschränkt sich jedoch nur auf einige ausgewählte Schwerpunkte der Fachtagung.
In dem Beitrag „Zu den verkehrspolitischen Grundsätzen der Planung des ruhenden Verkehrs in Berlin" (Dr. Lenken, BfV Berlin im Auftrag des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Verkehrs- und Nachrichtenwesen) wurde zum Ausdruck gebracht, daß nicht der gesamte Bedarf an Stellplätzen für den ruhenden Verkehr einer Großstadt abgedeckt werden kann und dies aus verkehrspolitischer Sicht auch nicht angestrebt wird.
Vielmehr ist der ruhende Verkehr zu einer Steuergröße geworden – das wurde u. a. auch bei einer Reihe weiterer Beiträge aus Erfurt (Böselt), Prag (Kohout, Böhm, Fenclova), Budapest (Varady, Takacs) eindeutig herausgearbeitet –, über die das prognostische Benutzungsverhältnis zwischen individuellem Kfz-Verkehr und öffentlichem Personennahverkehr im verkehrspolitisch gewünschten Umfang beeinflußt werden kann.
Die Planung des ruhenden Verkehrs wird damit zu einem wichtigen Bestandteil der Planung des Nahverkehrssystems.
Bei der Bedarfsdeckung des ruhenden Verkehrs wird von folgender Rangfolge, bezogen auf die verschiedenen Verkehrsarten, ausgegangen:

1. Der Einwohnerbedarf (Stellplätze in Wohnnähe) ist in vollem Umfang abzudecken.
2. Der Wirtschaftsverkehr ist ebenfalls voll zu sichern.
3. Der Einkaufs- und Besucherverkehr ist nach Sicherung des Bedarfs für den Einwohner- und Wirtschaftsverkehr bis an die Grenze der verfügbaren Stellflächen abzudecken.
4. Dem Berufsverkehr sind sämtlich darüber hinaus verfügbare oder nur zeitweilig benötigte Flächen bereitzustellen.

Für absehbare Zeit wird bei der Bedarfsdeckung im dicht bebauten Stadtgebiet in der Regel auf die Nutzung der vorhandenen Verkehrsflächen orientiert. Dabei erhält die Durchsetzung verschiedener verkehrsorganisatorischer Maßnahmen eine große Bedeutung.
In dem Beitrag zur „Entwicklung Berlins aus städtebaulicher Sicht" (Dr. Kristen, Büro für Städtebau Berlin) wurde ein Überblick über den bisher erfolgten und in den nächsten Jahren vorgesehenen Wohnungsbau in der Hauptstadt der DDR gegeben. Für den Zeitraum von 1986 bis 1990 sind allein 117 000 WE Neubau und 50 000 WE Rekonstruktion geplant. Die meisten Wohnungen werden auf Standorten am Rande der Stadt errichtet. Große Bedeutung hat darüber hinaus der innerstädtische Wohnungsbau (Lückenschließung). In diesem Zusammenhang verschärfen sich die Probleme für den ruhenden Verkehr.
Da die Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 den Vorrang hat, ist erst perspektivisch mit mehrgeschossigen Parkanlagen zu rechnen. Deshalb liegt gegenwärtig der Schwerpunkt bei der Lösung des ruhenden Verkehrs auf verkehrsorganisatorischen Maßnahmen. Werden bisher für den ruhenden Verkehr nicht genutzte Flächen einbezogen, muß darauf von seiten des Städtebaus mit einer entsprechenden Neugestaltung reagiert werden.
In „Aktuellen Aspekten bei der Planung der Anlagen des ruhenden Verkehrs" (Prof. Dr. Glißmeyer, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar/Zentrales Forschungsinstitut des Verkehrswesens) und den Bedingungen zur Lösbarkeit des ruhenden Verkehrs wurde dargelegt, daß stärker als bisher von allen dafür verantwortlichen Organen die Sicherung der gesetzlich verankerten Forderung (1 Stellplatz/Wohnung) berücksichtigt werden muß. Dieser Forderung wird in der Regel in Neubauwohngebieten entsprochen.
Problematisch sind jedoch die Umgestaltungsgebiete. Der ebenerdige Abdeckungsgrad liegt hier bei max. 50% und bedeutet, daß der gegenwärtige Motorisierungsgrad (200 Pkw/1000 EW) etwa diesem Angebot entspricht. In den nächsten Jahren bis zum Zeitraum 2000/2010 wird sich die Motorisierung weiter erhöhen, so daß mit einer Verdopplung des Pkw-Bestandes gerechnet werden kann. Das bedeutet,

1 Rechtzeitige Hinweistafel auf einen P+R-Platz (Autobahnzubringer Nord)

2 P+R-Platz in Pankow-Heinersdorf mit 450 Stellplätzen, der vorwiegend von Berlin-Besuchern aus den Nordbezirken genutzt wird (links Parkplatz, im Vordergrund Fußgängerzugang, rechts S-Bahnsteig)

3 P+R-Platz in Altglienicke mit 600 Stellplätzen, der größtenteils von Besuchern aus den Südbezirken aufgesucht wird

4 P+R-Parkstreifen am S-Bahnhof Berlin-Köpenick, der überwiegend von Berufspendlern aus den umliegenden Siedlungsgebieten genutzt wird

daß Lösungsmöglichkeiten gesucht und gefunden werden müssen.
Solche zusätzlichen Lösungsmöglichkeiten sind
- der Bau von mehrgeschossigen Anlagen
- Einschränkung der Flächen für den fließenden Verkehr auch auf Hauptnetzstraßen, insbesondere während der Nachtstunden,
- Nutzung nicht öffentlicher Flächen (z. B. Höfe).

Darüber hinaus muß der ruhende Verkehr stärker in die prozeßbezogenen Regulative einbezogen werden. In Abhängigkeit von der Nutzungshäufigkeit des Pkw und der damit verbundenen zeitlichen Inanspruchnahme der Stellflächen bis zu bewußten strukturellen Differenzierung der Bebauung hinsichtlich deren Flächenansprüche sind Überlegungen anzustellen, die weit über die reine Bilanzierung des ruhenden Verkehrs hinausgehen. Nach Auffassung des Referenten sollte die Verantwortung für die Lösung des ruhenden Verkehrs vorrangig beim Städtebau liegen, da nur mit strukturellen und baulichen Lösungen eine Verbesserung herbeigeführt werden könne.
Die „Mehrfachnutzung der Stellplätze in Stadtzentren" (Dr. Schultz, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur) ist ein Gebot städtebaulicher und wirtschaftlicher Vernunft. Im wesentlichen gehen die Bemühungen in zwei Richtungen:
- Durch Begünstigung der Parkvorgänge mit kurzer Parkdauer soll in den Zeiten großer Stellplatznachfrage ein häufiger Fahrzeugwechsel erreicht werden.
- Durch wechselseitige Bedienung von Verkehrsarten, deren Parkbedürfnis zu verschiedenen Zeiten auftritt, sollen die Stellplätze möglichst über den ganzen Tag kontinuierlich ausgelastet werden.

Als organisatorische Maßnahmen zur rationelleren Stellplatznutzung kommen insbesondere in Betracht:
- die Zusammenführung zeitlich überlagerbarer Verkehrsarten durch Parkwegweisung
- die Beschleunigung des Parkzeitwechsels durch Parkzeitbeschränkung oder Parkzeitgebühren
- die Freigabe betriebseigener, vermieteter oder im öffentlichen Verkehrsraum reservierter Stellplätze außerhalb der Zeit des Eigenbedarfs sowie
- der Abbau zeitlicher Überschneidungen des Fahrzeugzuflusses- und -abflusses durch zweckmäßige Staffelung der Arbeits-, Öffnungs- und Sprechzeiten.

Da die Mehrfachnutzung von Stellplätzen dem Wesen nach ein Bedienungsprozeß ist, bei dem zu verschiedenen Zeiten auftretende Parkbedürfnisse nacheinander befriedigt werden, hat die Mischung der verkehrserzeugenden Funktionen naturgemäß einen großen Einfluß. „Über Lösungen des ruhenden Verkehrs in Ländern mit hoher Motorisierung" (Prof. Dr. Voigt, Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List", Dresden, Wissenschaftsbereich Straßenverkehr) wurde in einem weiteren Beitrag informiert.
Die Schaffung ausreichenden Parkraumes für die Anwohner wird in vielen Ländern nicht nur als ein städtebauliches und verkehrliches, sondern zunehmend als ein sozialpolitisches Problem gesehen. Der Parkplatz für das Auto der Familie gehört heute dazu wie Badezimmer oder Balkon.
Man ist sich international einig darüber, daß den Anwohnern Erstrecht auf einen Stellplatz in ihrem Wohngebiet zukommt und daß die Funktionstüchtigkeit der Innenstädte als gesamtstädtische sowie regionale Einkaufs-, Verwaltungs- und Kulturzentren langfristig gesichert und ihre Attraktivität erhöht werden muß. Man versucht deshalb, den Kfz-Verkehr in den Stadtzentren insgesamt zu reduzieren. Hierbei spielt neben der bereits vielerorts erfolgten Einrichtung von Fußgängerbereichen und Fußgängerzonen insbesondere auch die räumliche und zeitliche Beeinflussung des ruhenden Verkehrs eine ausschlaggebende Rolle. Hauptzielrichtungen dieser Beeinflussung sind:

a) die konsequente Parkraumbewirtschaftung unter besonderer Beachtung der Anwohnerrechte

b) die Schaffung weiterer Abstellmöglichkeiten außerhalb des öffentlichen Straßenraumes, vor allem in Form von Hoch- und Tiefgaragen

c) die Durchsetzung bzw. Weiterentwicklung flankierender Maßnahmen zur Reduzierung des Kfz-Fahrtenaufkommens und das Stellplatzbedarfes in den Innenstadtbereichen, wie die Zuflußdosierung im Frühspitzenstundenverkehr mittels entsprechender Lichtsignalsteuerungen (die auf den Zuflußstraßen nur so viel Freigabezeit senden, daß der Fahrzeugfluß die gewünschte, vom Stellplatz bestimmte Größe nicht übersteigt), das P+R-System u. a.

d) der Ausbau der öffentlichen Nahverkehrssyteme, um im Zusammenwirken mit Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen Änderungen in der Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel zu erreichen und damit auch den Stellplatzbedarf im gesamten Stadtverkehrssystem, insbesondere aber in den Innenstadtbereichen, zu verringern.

In dem Beitrag zu Problemen des „Schallschutzes beim ruhenden Verkehr im Rahmen des innerstädtischen Bauens" (Lauterbach, Ministerium für Gesundheitswesen, Hauptabteilung Hygiene und Staatliche Hygieneinspektion) wurde zum Ausdruck gebracht, daß die bisher geübte Praxis des Lärmschutzes beim ruhenden Verkehr auf der Gewährung von Mindestabständen basierte. Diese Herangehensweise kann beim innerstädtischen Bauen, bedingt durch die im wesentlichen vorhandenen Verkehrssysteme, nicht immer realisiert werden.
In innerstädtischen Gebieten gibt es nur begrenzte Möglichkeiten zur Vermeidung der Lärmursachen. Diese Möglichkeiten sind im wesentlichen auf verkehrsorganisatorische sowie lärmschutzgerechte funktionelle und baulich-räumliche Organisation des Wohngebietes konzentriert. Folgende Maßnahmen der schallschutzgerechten Planung sind zu nennen:

- Schaffung lärmarmer Innenhofbereiche ohne ruhenden Verkehr
- Konzentration von Stellflächen in den Randzonen von Wohngebieten
- Einordnung von Parkflächen in Nebennetzstraßen
- Vermeidung von Durchgangsstraßen und versetzte Stellplatzordnung
- Vermeidung von Einbahnstraßensystemen
- Schaffung von Mischverkehrsflächen und verkehrsberuhigten Zonen
- Gewährleistung eines hohen Auslastungsgrades vorhandener innerstädtischer Parkplätze für den Stellplatzbedarf gesellschaftlicher Einrichtungen und Wohngebäude.

Die „Umweltfreundliche Gestaltung von Parkplätzen" (Wenzel, VEB Entwurfs- und Ingenieurbüro des Straßenwesens BT Berlin) sollte bei dem Bau von Flächen für den ruhenden Verkehr eine wesentlich stärkere Berücksichtigung finden.
Die schöpferische Initiative des Planers und Projektanten muß mehr angeregt werden, die Besonderheiten des Parkplatzstandortes in seiner Umgebung in vielfältiger Weise zu nutzen und zu steigern, ohne die Einhaltung der funktionsbedingten Mindestanforderungen unberücksichtigt zu lassen.
Parkplätze dienen dem Zweck, Fahrzeuge abzustellen. Parkplätze sind aber auch ein Teil der gebauten räumlichen Umwelt. Sie müssen gut gestaltet werden und sich in die Umgebung einfügen.
Bereits bei der geometrischen Einordnung des Parkplatzes in topografisch besondere Gegebenheiten bieten sich nicht selten abwechslungsreiche und wirtschaftliche Lösungen an. Über notwendige und vertretbare Befestigungsarten, Konstruktionsdicken und Randeinfassungen wird vielfach nur aus der Sicht der Baubetriebe diskutiert. Selten werden die Parkplatzbenutzer oder gar die Anwohner in die Diskussion einbezogen. Bei der Konzipierung der Lage der Entwässerungsleitungen und Beleuchtungskabel werden oft nicht die zu pflanzenden Baumreihen oder -gruppen berücksichtigt.
Auch der Gehölzbestand, mitunter einmalige Baumexemplare, fallen oft einem starren Schema oder gar zu einseitigem Denken zum Opfer.
Das spezielle Schutzbedürfnis von Spiel-, Sport- und Sitzplätzen im Wohngebiet wird vielfach bei der Einordnung von Parkplätzen ungenügend berücksichtigt.
Die oft angeführten wirtschaftlichen Argumente der Projektbearbeitung, der Bauausführung und der Instandhaltung von Parkplätzen kann in vielen Fällen gesamtvolkswirtschaftlich widerlegt werden.
Bei nachträglicher Analyse werden mitunter zu hohe Aufwendungen für Erdbewegungen, Befestigung und Entwässerung der Parkplätze festgestellt.
Über weitere auf der Tagung behandelte Themen kann beim Bezirksvorstand der KDT Berlin, Abt. Wissenschaft und Technik, Kronenstraße 18, Berlin, 1080, entsprechendes Material abgefordert werden.

Dipl.-Ing. Friedhelm Fehr
Stellv. Vorsitzender für Weiterbildung der Bezirksfachsektion Verkehrswesen Berlin der KDT

ARCHITEKTUR

Information

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Ing. Eberhard Simon, Dresden,
1. August 1927, zum 60. Geburtstag

Bauing. Heinrich Sell, Erfurt,
3. August 1912, zum 75. Geburtstag

Dipl.-Ing. Siegfried Potrykus, Mölkau,
4. August 1937, zum 50. Geburtstag

Obering. Karl-Heinz Hauck, Rostock,
5. August 1927, zum 60. Geburtstag

Gartenbauing. Wolfgang Müller, Dresden,
7. August 1927, zum 60. Geburtstag

Bauing. Wolfgang Dechert, Berlin,
8. August 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Joachim Drogge, Leipzig,
8. August 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Erich Will, Berlin,
8. August 1927, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Ing. Dieter Haseloff, Ückeritz,
9. August 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Architekt Ruth Fitze-Lühnsdorf, Brandenburg,
10. August 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Eugen Rimpel, Schwerin,
11. August 1937, zum 50.Geburtstag

Dipl.-Ing. Gabriele Koppe, Berlin,
13. August 1937, zum 50. Geburtstag

Architekt Rudolf Hager, Leipzig,
13. August 1912, zum 75. Geburtstag

Bauing. Heinrich Seibt, Dresden,
13. August 1922, zum 65. Geburtstag

Bernd Gerhard, Merseburg,
14. August 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Dora Immerschied, Berlin,
16. August 1937, zum 50. Geburtstag

Architekt Klaus-Dieter Fahrland, Berlin,
18. August 1927, zum 60. Geburtstag

Bauing. Joachim May, Berlin,
18. August 1927, zum 60. Geburtstag

Architekt Heinz Glenz, Magdeburg,
19. August 1922, zum 65. Geburtstag

Dipl.-Gärtner Horst Radzey, Berlin,
20. August 1927, zum 60. Geburtstag

Gartenbauing. Gunter Kirsch, Schwerin,
21. August 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Horst Witter, Dresden,
21. August 1937, zum 50. Geburtstag

Obering. Eberhard Leuthold, Magdeburg,
22. August 1927, zum 60. Geburtstag

Architekt Günter Müller, Leipzig,
23. August 1927, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Gärtner Klemens Heinze, Markkleeberg,
26. August 1912, zum 75. Geburtstag

Dipl.-Ing. Dieter Schierloh, Parum,
28. August 1937, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Karl Hoffmann, Cottbus,
28. August 1917, zum 70. Geburtstag

Dipl.-Ing. Horst Sommer, Berlin,
29. August 1927, zum 60. Geburtstag

Architekt Alfred Goßlar, Potsdam,
29. August 1902, zum 85. Geburtstag

Hochbauing. Fritz Lehmann, Cottbus,
31. August 1902, zum 85. Geburtstag

Veranstaltungen

Leistungsschau der Nachwuchsarchitekten

Im Dezember 1986 fand im Zentralhaus der Architekten in Moskau die Jahresleistungsschau der Diplomarbeiten von Absolventen der Architekturhochschulen und -fakultäten der Sowjetunion als Nachfolge der Leistungsschau 1985 in der Hauptstadt der Usbekischen SSR, Taschkent, statt. Jede große Veranstaltung dieser Art lenkt die Aufmerksamkeit der Architektenschaft, der Fach- und allgemein-politischen Presse, des Rundfunks und Fernsehens auf sich. Handelt es sich doch um das Schaffen der neuen Architektengeneration an der Schwelle des XXI. Jahrhunderts und um die Tendenzen der Weiterentwicklung der sozialistischen Architektur in der Sowjetunion. 1987 wird eine Jubiläumsschau die sieben Jahrzehnte Geschichte des Sowjetlandes zeigen. Das ist auch das Jahr des VIII. Kongresses des Bundes der Architekten der UdSSR, auf dem die Errungenschaften und Mängel der architektonischen und Bautätigkeit kritisch eingeschätzt und die Perspektiven für den Planzeitraum vorgezeichnet werden.

Merkmale und Tendenzen der heutigen Architektur und des Städtebaues im Land und ihre Entwicklungswege fanden in den auf der letzten Leistungsschau gezeigten Diplomarbeiten schon Niederschlag. Sehr charakteristisch ist die Einstellung einer großen Gruppe von Studenten zu den schöpferischen Problemen der Rekonstruktion von großen städtebaulichen Ensembles, Straßen, Plätzen, historischen Zentren und Landschaftsgebieten. Von insgesamt 302 Diplomarbeiten, die von 49 Instituten und Fakultäten eingereicht worden waren, sind etwa 50 % den verschiedenen Aspekten der Rekonstruktion der städtischen und ländlichen Bebauung gewidmet. 16 Arbeiten dieser Thematik wurden mit Ehrendiplomen und Urkunden ausgezeichnet. In der öffentlichen Erörterung der Diplomarbeiten wurde besonders hervorgehoben, daß die Lösung der Aufgaben der komplexen städtebaulichen Rekonstruktion nicht nur volkswirtschaftliche, sondern auch ästhetische und erzieherische Bedeutung hat.

Ein anderes wichtiges Merkmal der letzten Leistungsschau ist die weitere Stärkung des für unsere Architekturpädagogik traditionellen umfassenden Herangehens an die Projektierung von Gebäuden unter dem Aspekt des Städtebaues sowie die zunehmende Zahl von Diplomarbeiten, die der Methodik der Ausarbeitung der Generalpläne für die Entwicklung der Ortschaften gewidmet sind, die mit komplizierten technisch-ökonomischen Begründungen, einer Analyse der demographischen Probleme, der Ökologie usw. versehen sind.

Beliebtes und populärstes Thema bleiben nach wie vor die Gesellschaftsbauten (88 Diplomarbeiten). Darunter sind Projekte von Krankenhäusern und anderen Sozial- und Dienstleistungseinrichtungen kaum vertreten. Das interessante Thema Schule fand nur vier Autoren! Veranstaltungsgebäude und Mehrzweckbauten mit ihrer vielfältigen Struktur und den reichen gestalterischen Möglichkeiten stellen wohl die interessantesten Diplomthemen dar. Offensichtlich dominiert die Thematik der Gesellschaftsbauten, die die Ideologie der Gesellschaft bildlich am besten zum Ausdruck bringen, in den Projektierungsprogrammen für Diplomarbeiten auch weiterhin.

Wie in Taschkent bleibt das Zahlenverhältnis von Gesellschafts- und Wohnungsbauthemen ausgeglichen.

Im Laufe der Diskussion hat eine Reihe von Experten wohl begründet den Wunsch geäußert, daß künftig der Projektierung von weniggeschossigen Wohnhäusern mit größerer Bebauungsdichte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, die sozialökonomische Begründung dafür steht außer Zweifel. Bekanntlich wird der moderne Wohnungsbau im Land auf die Einführung von neuen flexiblen industriellen Bausystemen orientiert. Dieses Thema hat in einer Reihe von gewürdigten Projekten Niederschlag gefunden und bleibt offensichtlich in den nächsten Jahren eines der führenden Themen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß im künstlerisch-bildhaften Erfassen der verschiedenen Arten des industriellen Wohnungsbaues ein hohes Niveau erreicht wird.

Weniger befriedigend stellt sich der Stand der Diplomarbeiten zu Themen des Industrie- und Landwirtschaftsbaus sowie des ländlichen Bauens dar, obwohl die Jury der Leistungsschau mit Recht eine Reihe interessanter Projekte in beiden Richtungen gewürdigt hat. Das Gesamtniveau der Arbeiten über Industrie- und ländliche Architektur unterscheidet sich wenig von dem der letzten Jahre, aber läßt auf die merkliche Abnahme der Projekte zur ländlichen Thematik aufmerksam werden.

In der Diskussion wurde auch die Frage der schöpferischen Zielrichtung der Projektierung in den Diplomarbeiten insgesamt angeschnitten. Wann, wenn nicht in jungen Jahren, kann man der Phantasie, einem kühnen Traum, freien Lauf lassen! Das Lehrpersonal und die anwesenden Studenten standen dieser Frage offenbar wohlwollend gegenüber.

Die meisten perspektivischen Ideen, die Neuerervorschläge, die bei der in den Diplomarbeiten eingebundenen Projektierung gemacht wurden, bleiben Eigentum der Institutsarchive und werden den Architekten in der Öffentlichkeit in der Regel vorenthalten. Spärliche Veröffentlichungen in Zeitschriften befriedigen natürlich nicht. Es wurde nicht zum ersten Mal vorgeschlagen, alljährlich Diplomarbeitssammelbände herauszugeben.

Stand und Perspektiven der Ausbildung von Architekten sowie die Frage des „Einlebens" der Absolventen in den Projektierungsalltag werden immer mehr zum Gegenstand des aktiven Interesses der Studentenschaft.

Arch. D. G. Kopeljanskij

Bücher

AID/Heft 24

Ein weiteres Heft der Schriftenreihe der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden mit Veröffentlichungen von Beiträgen der Wissenschaftlichen Tagung des Bereiches Wohn- und Gesellschaftsbauten
„Stand und Tendenzen der Gesellschaftsbauentwicklung"
liegt zum Versand vor (30 Beiträge, 142 Seiten, 135 Abbildungen).
Der Preis für 1 Exemplar beträgt 20,– M.
Bestellungen richten Sie bitte an

Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Bereich Wohn- und Gesellschaftsbauten
o. Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel
Mommsenstr. 13
Dresden
8027

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir

Autorenkollektiv
Beiträge zur Berliner Baugeschichte und Denkmalpflege
Herausgeber: D. Winkler
1. Aufl. 1987, 152 Seiten, 160 Abbildungen, Pappband zellophaniert, 25,– M, Ausland 25,– DM

Autorenkollektiv
Ökonomische Fragen der Rekonstruktion baulicher Grundfonds der Industrie
2., stark bearbeitete Aufl. 1987, etwa 160 Seiten, 24 Zeichnungen, 10 Fotos, 13 Tabellen, Broschur, etwa 13,80 M, Ausland etwa 13,80 DM

Autorenkollektiv
Schweißen im Bauwesen, Technische Grundlagen
Herausgeber: H. Erhard, K.-D. Röbenack, B. Römer
2., durchgesehene Aufl. 1987, 112 Seiten, 41 Abbildungen, 58 Tafeln, Broschur, 12,– M, Ausland 15,– DM

Autorenkollektiv
Schweißen im Bauwesen, Anwendungsgebiete
Herausgeber: H. Erhard, K.-D. Röbenack, B. Römer
1. Aufl. 1987, etwa 192 Seiten, 178 Abbildungen, 60 Tabellen, Broschur, etwa 18,– M, Ausland etwa 23,– DM

H. Bergs, A. Resch
Fachzeichnen der Heizungsinstallation
Lehrbuch
3., bearbeitete Aufl. 1987, 128 Seiten, 170 Abbildungen, 10 Tabellen, 25 ganzseitige Arbeitsblätter, Broschur, 8,– M, Ausland 8,– DM

Miersch, S.; Berger, Th.
FDGB – Ferienheim „Hermann Matern“ in Wernigerode 9

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) S. 9 –15, 20 Abbildungen

Das derzeit größte FDGB-Erholungsheim im Bezirk Magdeburg wurde im Oktober 1985 zur Nutzung übergeben. Es kann rund 13000 Urlauber im Jahr aufnehmen und befindet sich am westlichen Stadtrand Wernigerodes, in unmittelbarer Nähe eines der schönsten Wander- und Wintersportgebiete der DDR. Der Baukomplex besteht aus Bettenhaus und einem Komplement, in dem sich die gastronomische Versorgung befindet.
Als konstruktive Lösungen kamen die Stahlbetonskelett-Montagebauweise und die modifizierte VGB zum Einsatz.

Miersch, S.; Berger, Th.
Профсоюзный дом отдыха им. Херманна Матерна в г. Вернигероде

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 7, стр. 9 – 15, 20 илл.

Наибольший в настоящее время профсоюзный дом отдыха в округе Магдебург был сдан по назначению в октябре 1985 г. В нем могут проводить свой отпуск ок. 13 тыс. человек в год. Он находится на западной окраине города Вернигероде в непосредственной близости одной из красивейших областей туристских походов и зимнего спорта ГДР. Строительный комплекс состоит из спального корпуса и одного примыкающего здания, в котором находятся помещения гастрономического обслуживания. В качестве конструктивного решения применились способ железобетонного каркасно-сборного строительства, а также модифицированный способ унифицированного многоэтажного строительства.

E. Böttcher
Das Konsument-Warenhaus Berlin, Leninallee-Fennpfuhl 16

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, S. 16 – 21, 15 Abbildungen

Als Teil des Wohngebietszentrums entstand am Fennpfuhl das Konsument-Warenhaus. Zusammen mit einer Kaufhalle bildet es ein klar gestaltetes Bauensemble, das durch seine braun getönte Fassade zur umliegenden Bebauung einen interessanten Kontrast bildet. Für die Tragkonstruktion wurde in Anlehnung an die Geschoßmontagebauweisen ein individuelles Fertigteilsystem angewendet.
2 von 5 Geschossen sind mit insgesamt 7000 m^2 Verkaufsraumfläche belegt.

E. Böttcher
Универмаг потребительского кооператива в г. Берлине в районе ул. Лениналле-Феннпфуль

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 7, стр. 16 – 21, 15 илл.

Как часть центра жилого района создан на Феннпфуле универмаг потребительского кооператива. Вместе с универсамом он образует ясно оформленный строительный ансамбль, который благодаря своей коричневой оттенке фасада создает интересный контраст с окружающей застройкой. В подражание способов многоэтажного строительства для несущей конструкции применилась индивидуальная система сборного строительства. Два из пяти этажей заняты торговыми помещениями площадью 7 тыс. $м^2$

Koch, D.; Töpfer, W.
Stadtbildanalyse und Gestaltungskonzeption für den Stadtkern von Fürstenwalde 22

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, S. 22 – 28, 18 Abbildungen

Bei der Lösung der Bauaufgaben erlangt die harmonische Verbindung der neu entstehenden Bauten mit der vorhandenen wertvollen Bausubstanz immer größere Bedeutung. Am Beispiel des innerstädtischen Wohnungsbaus im Stadtkern der Kreisstadt Fürstenwalde entwickeln die Autoren auf der Basis einer Stadtbildanalyse Schwerpunkte einer Gestaltungskonzeption. Dabei sind solche Aspekte wie die historische Entwicklung der Stadtstruktur, die städtebaulich-räumliche Struktur der vorhandenen Bebauung, Gestaltungsmerkmale der Freiflächen und Außenanlagen sowie gestaltdominante Bau- und Landschaftselemente zu integrieren.

Koch, D.; Töpfer, W.
Анализ городского облика и концепция архитектурно-планировочного решения центра города Фюрстенвальде

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 7, стр. 22 – 28, 18 илл.

При решении строительных задач все большее значение придается гармоническому сочетанию новостроящихся зданий с существующим ценным строительным фондом. На примере внутригородского жилищного строительства в центральной части районного города Фюрстенвальде авторы намечают основные направления концепции архитектурно-планировочного решения на основе анализа городского облика. При этом следует интегрировать такие аспекты как историческое развитие структуры города, градостроительнопространственная структура существующей застройки, критерии оформления свободных пространств и наружных сооружений, а также доминирующие в архитектурно-планировочном решении элементы строительства и ландшафта.

Schröder, D.
Institut für Halbleiterphysik in Frankfurt (Oder) 29

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, S. 29 – 33, 9 Abb., 3 Grundrisse, 1 Schnitt

Beherrschender Teil der Gesamtanlage ist das langgestreckte Laborgebäude. Die Begrenzung auf vier Geschosse sowie die Farbgebung (Gelbocker, das mit ziegelroten und weißen Flächen kontrastiert) nehmen Bezug auf die benachbarte Bebauung. Speisesaal, Beratungsräume, Bibliothek und Foyer sind großzügig bemessen, da dieser Bereich wissenschaftlichen Veranstaltungen, Kontakten zu gesellschaftlichen Gruppen der Stadt und dem Meinungsstreit zwischen Institutsangehörigen dienen soll.
Die einzelnen Bauteile sind in einer Stahlbetonskelett-Montagebauweise (VGB) errichtet und weisen Stützenraster von 3600, 6000 und 7200 mm auf.

Schröder, D.
Институт физики полупроводников в г. Франкфурте на Одере

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 7, стр. 29 – 33, 9 илл., 3 плана, 1 разрез

Обладающей частью общего сооружения является вытянутое лабораторное здание. Ограничение на четыре этажа, а также цветовое оформление (желтый-окер, который образует констраст с кирпично-красными и белыми плоскостями) приведены в соответствие с соседней застройкой. Столовая, заседательные помещения, библиотека и фойе запланированы большими размерами, так как эта зона должна служить научным мероприятиям, общению с общественными группами города и проведению дискуссий среди сотрудников института.
Отдельные строительные корпусы возведены по способу железобетонного каркасно-сборного строительства (унифицированного многоэтажного строительства) и их сетка колонн составляет 3600, 6000 и 7200 мм.

Melnikow, J.
Neue Wohngebiete in Leningrad 34

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, S. 34 – 40, 24 Abbildungen

Die Planung neuer Wohngebiete in Leningrad wird mit der Weiterentwicklung des Wohnungsbaus und der Erprobung progressiver Erkenntnisse der Bauforschung verbunden. Die Gebiete Sestrorezk und Schuwalowo-Oserki, die hier vorgestellt werden, sind solche Experimentalvorhaben. Zugleich werden auch die bereits im Massenwohnungsbau eingeführten Wohnungsbauserien, die auf der Projektierung mit Blocksektionen basieren, weiterentwickelt.

Melnikow, J.
Новые жилые районы в г. Ленинграде

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 7, стр. 34 – 40, 24 илл.

Планирование новых жилых районов в г. Ленинграде соединяется с усовершенствованием жилищного строительства и проверкой на практике последних результатов научно-исследовательских работ в области строительства. Районы Сестрорецк и Шувалово-Озерки, которые представляются в настоящей статье, являются такими экспериментальными проектами. Одновременно усовершествуются и введенные в массовое жилищное строительство домостроительные серии, базирующие на блок-секционном проектировании.

Peters, G.
Berlin im 20. Jahrhundert (I) 41

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, S. 41 – 47, 19 Abbildungen

Der Autor – einem breiten Leserkreis bekannt durch eine Artikelfolge zur Baugeschichte Berlins in der Tagespresse – beschreibt im ersten Teil der Bau- und Architekturgeschichte Berlins im 20. Jh. die städtebauliche Entwicklung der Stadt als Hauptstadt des Kaiserreiches, als erweiterte größte Stadtgemeinde der Weimarer Republik und deren Zerstörung durch die historische Schuld des Faschismus 1945.
Dieser Report dokumentiert deutlich die verheerende Wirkung der beiden Weltkriege im Gegensatz zu den Blütezeiten des Wachsens der Stadt in Friedensperioden.

Peters, G.
Берлин в 20 столетии (1)

Architektur der DDR, Берлин **36** (1987) 7, стр. 41 – 47, 19 илл.

Автор – известный уже широкому кругу читателей благодаря публикации серии статей об истории строительства Берлина в дневной прессе – описывает в первой части истории строительства и архитектуры г. Берлина в 20-ом столетии градостроительное развитие города как столицы империи, как расширенной наибольшей городской обшины Веймарской Республики и его разрушение в 1945 г. по исторической вине фашизма.
Этот рапорт документирует ясно разорительное действие обеих мировых войн в противоположность к периодам расцвета и становления города в мирные времена.

Miersch, S.; Berger, Th.
„Hermann Matern" Union Holiday Hotel in Wernigerode 9

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 7, pp. 9–15, 20 illustrations

The largest union holiday hotel (FDGB) in the Region of Magdeburg was completed ready for opening in October 1985. Its annual capacity amounts to 13,000 holiday-makers. It is located in the western outskirts of Wernigerode, in close vicinity to one of the most beautiful hiking and winter sport areas of the GDR. Included are the bed-room wing and a complementary structure with dining halls and kitchen facilities.
The hotel is a reinforced concrete frame assembly structure completed by a modified version of the V6B system.

Miersch, S.; Berger, Th.
Maison de vacances de la FDGB „Hermann Matern" à Wernigerode

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, pages 9–15, 20 illustrations

La maison de vacances de la Fédération des syndicats libres allemands (FDGB) „Hermann Matern" ouvrit ses portes en octobre 1985. Présentant une capacité de quelque 13 000 personnes par an, cette maison de vacances qui est la plus grande du district de Magdebourg, se trouve à la périphérie de la ville de Wernigerode, à proximité immédiate de l'un des plus beaux centres touristiques et de sports d'hiver de la RDA.
L'ensemble est constitué par un immeuble-lits et une construction complémentaire réservée aux services gastronomiques. Les méthodes de construction appliquées sont la construction en ossature de béton armé et une version modifiée de la méthode de construction unifiée à étages (VGB).

E. Böttcher
„Konsument" Department Store in Berlin, Leninallee-Fennpfuhl 16

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 7, pp. 16–21, 15 illustrations

The „Konsument" department store was completed as part of the Fennpfuhl housing area. It is a neatly designed ensemble through its association with a supermarket. Its brownish-shaded front face provides an interesting contrast to the surrounding buildings. A specially devised precast component system was used on the loadbearing structures, in adaptation to multistorey assembly processes. Two of five storeys are available for 7,000 m² of sales area.

E. Böttcher
Grand magasin Konsument à Berlin, Leninallee-Fennpfuhl

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, pages 16–21, 15 illustrations

Ce grand magasin Konsument a été implanté en plein centre d'une nouvelle zone résidentielle à Berlin, Leninallee-Fennpfuhl. Cette construction et un autre magasin offrant à prédominance des produits alimentaires forme un ensemble harmonieux dont les façades de coloris brun contrastent bien avec les immeubles environnants. Suivant l'exemple des méthodes de construction à étages, on a mis en œuvre un système individuel d'éléments préfabriqués pour l'appareil porteur de l'ensemble. La surface de vente (7000 m²) occupe deux étages du bâtiment comportant au total cinq étages.

Koch, D.; Töpfer, W.
Townscape Analysis and Design Concept of Urban Centre of Fürstenwalde 22

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 7, pp. 22–28, 18 illustrations

Growing importance is assumed by harmonious linkage of new construction with preservation of valuable old-age building stock, as an approach to accomplish the tasks in the building industry. Priorities of a design concept were developed on the basis of a townscape analysis for urban renewal of the centre of Fürstenwalde, the administrative centre of the same district. To meet the challenge, several aspects had to be integrated with each other, including the historic background of the urban structure, the present set-up of built-up areas, layout of open spaces and outdoor facilities as well as artificially created, man-made, and natural landmarks with relevance to design and layout.

Koch, D.; Töpfer, W.
Analyse de la physionomie de la ville de Fürstenwalde, base d'une conception d'aménagement pour le noyau urbain

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, pages 22–28, 18 illustrations

A la solution des tâches actuelles à accomplir dans le secteur du bâtiment, on accorde une importance sans cesse croissante à allier en une synthèse heureuse les constructions anciennes et nouvelles. A l'exemple de la construction de logements en plein centre de Fürstenwalde, chef-lieu d'arrondissement, les auteurs, en s'appuyant sur l'analyse de la physionomie de la ville, ont élaboré des points forts devant être pris en considération lors de la mise au point d'une conception d'aménagement. En font partie: développement historique du tissu urbain, structure urbaniste des constructions existantes, disposition des terrains vagues et espaces extérieurs, éléments dominants (constructions, paysages, etc.).

Schröder, D.
Institute of Semiconductor Physics in Frankfurt (Oder) 29

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 7, pp. 29–33, 3 floor plans, 1 elevation

A long laboratory building is the predominant part of the whole complex. Limitation to four storeys as well as yellow-ochre coloration in contrast with red bricks and white surfaces were chosen to harmonise the complex with neighbouring buildings. Dining hall, conference rooms, library, and lobby are of generous dimensions, since they have been earmarked for scientific meetings, contacts with local individuals and groups, and meetings for debates among institute personnel. The structural components are based on reinforced concrete frame assembly (VGB) with loadbearing grids of 3,600 mm, 6,000 mm, and 7,200 mm

Schröder, D.
Institut de la physique des semi-conducteurs à Francfort-sur-l'Oder

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, pages 29–33, 9 illustrations, 3 plans horizontaux, 1 coupe

L'ensemble est dominé par le bâtiment abritant les laboratoires. Compte tenu des constructions avoisinantes, on a limité la hauteur du complexe à quatre étages et opté pour des tons ocreux qui contrastent bien avec des surfaces en rouge brique et en blanc. Le réfectoire, les salles de consultation, la bibliothèque et le foyer ont bénéficié d'un dimensionnement généreux.
Ces zones sont destinées à l'organisation de manifestations scientifiques, à l'entretien de contacts avec des collectivités de la ville ainsi qu'à l'échange de vues entre les spécialistes de l'institut.
Les différentes parties de l'ensemble sont exécutées en construction en ossature de béton armé (VGB), les trames des poteaux étant de 3600, 6000 et de 7200 mm.

Melnikov, Y.
New Housing Areas in Leningrad 34

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 7, pp. 34–40, 24 illustrations

Planning of new housing areas in Leningrad is linked to more development of housing construction and site testing of progressive findings recorded from building research. The Sestrorezk and Shuvalovo-Oserki areas described in this article are experimental projects. Work is being continued at the same time on housing construction series based on block segment design which have already been introduced to mass housing construction.

Melnikov, J.
Nouvelles zones résidentielles à Leningrad

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, pages 34–40, 24 illustrations

La planification de nouvelles zones résidentielles à Leningrad est étroitement liée au perfectionnement systématique de la construction de logements dans son ensemble et à la mise à l'épreuve des connaissances les plus récentes acquises en matière de recherche du bâtiment. Les zones résidentielles de Sestroresk et de Shouvalovo-Ozerki, traitées dans l'article présent, constituent de tels projets expérimentaux. Une attention particulière est accordée, de plus, au perfectionnement ultérieur des séries de construction de logements dont les projets ont pour base des systèmes de construction par blocs.

Peters, G.
Berlin in the 20th Century (I) 41

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) No. 7, pp. 41–47, 19 illustrations

The author of this contribution already has a large community of readers through a series of articles published by him in dailies about the history of building in Berlin. The first part of his Berlin History of Building and Architecture in the 20th Century covers the growth of this city to become the capital of Imperial Germany, its expansion in the twenties through incorporation of many outskirts in the Weimar Republic, and its destruction in 1945 as a consequence of fascism.
This report demonstrates clearly the disastrous effects of two world wars against the periods of flourishing in times of peace.

Peters, G.
La ville de Berlin au 20ᵉ siècle (I)

Architektur der DDR, Berlin **36** (1987) 7, pages 41–47, 19 illustrations

L'auteur est connu à un large cercle de lecteurs par une série d'articles publiée dans la presse quotidienne et portant sur l'histoire de l'architecture de la ville de Berlin. Dans une première partie consacrée à l'histoire de l'architecture de la ville de Berlin au 20ᵉ siècle, l'auteur renseigne sur le développement urbaniste de la ville comme capitale de l'Empire, comme municipalité la plus grande de la République de Weimar ainsi que sur la destruction de la ville en 1945, conséquence historique des crimes commis par le fascisme. Ce reportage documente clairement les suites dévastatrices des deux guerres mondiales à l'opposé des années de prospérité que la ville de Berlin a connu durant les périodes de paix.

1. Auflage 1987,
208 Seiten,
163 Abbildungen,
23,5 cm × 27 cm,
Pappband,
zellophaniert,
34,– M
Bestellnummer:
562 357 8
ISBN 3-345-00182-9

VEB Verlag
für Bauwesen,
Französische Str.
13/14,
Berlin,
DDR 1086

Bestellungen richten
Sie bitte an
Ihre Buchhandlung

Nach dem Wiederaufbau der Straße Unter den Linden und der Leipziger Straße bis hin zur Friedrichstraße rückt das Gebiet der ehemaligen Friedrichstadt mit dem ehemaligen Gendarmenmarkt, der seit seiner Fertigstellung durch Schinkel als einer der schönsten Plätze Europas gilt, in den Mittelpunkt des baulichen Geschehens.
Der Anteil der Neugestaltung an dieser historischen Platzanlage ist dabei besonders groß. In einer weitgehend authentisch überlieferten historischen Form wurde nur die äußere Architektur der drei den Platz beherrschenden Bauten, des Schauspielhauses und der Kirchen mit den Domtürmen, wiederhergestellt. Das Innere der Bauten und die den Platz umgrenzende Architektur werden neu gestaltet. Der Autor zeichnet in seinem Buch die 250jährige Geschichte des Platzes der Akademie im Herzen Berlins nach.

Peter Goralczyk

Der Platz der Akademie in Berlin

ISSN 0323-3413